

Kein Sommerloch

Diskussionen – Strategien – Differenzen



Kein Sommerloch

Diskussionen – Strategien – Differenzen



Impressum:

Herausgeber: PDS-Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
web: <http://www.pds-berlin.de>
e-mail: lv@pds-berlin.de
Redaktion: Katrin Framke, Axel Hildebrandt, Udo Wolf (V.i.S.d.P.)
Titelfoto: Berlin, 24. 5.1999, ©Stefan Boness/Ipon
Layout: Michael Pickardt
Druck: Druckerei Paulick
erschienen: September 2000

Editorial

Im Mai dieses Jahres befassten sich die Delegierten und Gäste des Landesparteitages der PDS Berlin mit dem zunehmenden Rechtsextremismus. Gründe für eine solche Debatte gab es hinreichend, gerade auch in der Hauptstadt. Ausländerfeindliche Gewalttaten sind beinahe alltäglich. Kameradschaften rüsten auf. NPD und Republikaner haben ihre Partei-Zentralen hierher verlegt. Und vor allem Ostbezirke wurden erkoren, „national-befreite Zonen“ zu schaffen.

Zudem gilt Berlin als symbolträchtig. Kein Wunder also, dass die NPD es als Sieg und die aufgeschreckte Öffentlichkeit es als Skandal empfanden, was die Medien am 29. Januar 2000 weltweit verbreiten konnten: Alte, viel mehr aber junge Nazis marschierten durch das Brandenburger Tor. Sie jubelten die Waffen-SS und demonstrierten gegen das geplante Holocaust-Mahnmal.

Als wir im „Willy-Brandt-Saal“ des Schöneberger Rathauses tagten, konnten wir noch nicht ahnen, dass der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland zum dominierenden Sommerloch-Thema 2000 werden sollte. Auslöser dürfte ein Bombenattentat in Düsseldorf gewesen sein. Die Opfer waren Aussiedler aus den GUS-Staaten, überwiegend jüdischen Glaubens. Der mörderische Anschlag und seine Hintergründe sind bislang nicht aufgeklärt.

Das Thema, das uns – nicht nur – im Mai beschäftigte, hatte nach Jahren des offiziellen Schweigens, politischen Verdrängens und gesellschaftlicher Duldung plötzlich an Brisanz und Öffentlichkeit gewonnen. Zu Recht und überfällig, meine ich. Und ich warne zugleich vor einfachen Antworten, die allzu gerne aufgerufen werden. Sei es, die Jugend ist schlecht, oder der Osten wurde verdorben, oder das Kapital sei schuld, oder die „Glatze“ sei arbeitslos, oder überhaupt sei Rechtsextremismus hierzulande nicht schlimmer als anderswo.

Der Landesparteitag der PDS hatte entschieden, die geführte Debatte, den gefassten Beschluss und begleitende Materialien zu dokumentieren. Die danach folgende „Sommerloch“-Debatte veranlasste uns zu einer Weiterung, die Sie nun in Form einer Broschüre in der Hand halten. Die nunmehr zweiteilige Dokumentation ist ein Denk- und Diskussionsangebot. Sie bietet keinen „Königsweg“. Sie ist eine Einladung zum Mitmachen.

Zugleich wünsche ich uns Kritik und Anregungen. Denn die gesellschaftliche Ächtung des Rechtsextremismus darf nicht im Sommerloch versanden.

*Petra Pau,
PDS-Landesvorsitzende*

Inhalt

PETRA PAU	<i>Editorial</i>	3
	Teil I	
	Landesparteitag der PDS Berlin	
	Rechtsextremismus dokumentiert	
UDO WOLF	<i>Zwei Parteitage – Ein Zwischenstand</i>	9
	<i>Die Parteitagsdebatte, zusammengefasst von Axel Hildebrandt</i>	11
KATRIN FRAMKE RALF FISCHER	<i>Rechtsextremismus</i>	27
BERND WAGNER	<i>Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit</i>	33
DIRK TESCHNER	<i>Junge Faschisten in der DDR</i>	46
DIRK TESCHNER	<i>Ausländerinnen und Ausländer und die Staatspolitik der DDR</i>	52
ELLEN BROMBACHER REGINA KLÖHN MICHAEL BENJAMIN GERALD SCHWEMMER	<i>Der Landesparteitag möge beschließen ...</i>	55
BESCHLUSS	<i>Rechtsextremismus als Herausforderung für die PDS 7. Landesparteitag der PDS Berlin, 3. Tagung, 20. 5. 2000</i>	57
	Teil II	
	Analysen – Meinungen – Vorschläge	
	Dokumente aus dem Sommerloch	
MARION SEELIG	<i>Wenn Politik nur noch als Symbol daherkommt</i>	63
NORBERT MADLOCH	<i>Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik</i>	69
MICHAEL BRIE	<i>Das autoritäre Erbe der DDR und der Rechtsextremismus</i>	80
MICHAEL CHRAPA	<i>Rechtsextremismus und Öffentlichkeit</i>	83
INTERVIEW MIT ANDRÉ BRIE	<i>„Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“ aus: Berliner Zeitung, 7. 8. 2000</i>	86

ELLEN BROMBACHER HEINZ MAROHN GERALD SCHWEMBER	<i>Eine Studie über Rechtsextremismus oder die Fortsetzung der Totalitarismuskonzeption mit anderen Mitteln</i>	90
	<i>AG Antirassismus, Migrations- und Flüchtlingspolitik der PDS Zur aktuellen Einwanderungs-Debatte</i>	103
	<i>Handeln gegen Rechts Beschluss des PDS-Vorstandes vom 14. August 2000</i>	109
SYLVIA-YVONNE KAUFMANN	<i>Rechtsextremismus entschieden bekämpfen</i>	112
ULLA JELPKE	<i>10-Punkte-Sofortprogramm gegen Rechts</i>	114
FRITZ-DIETER KUPFERNAGEL	<i>Bürgermeister gegen Rechtsextremismus Der Oberbürgermeister der Stadt Sangerhausen unterbreitet seinen PDS-AmtskollegInnen in einem Offenen Brief Vorschläge für die Arbeit vor Ort.</i>	118
	<i>Rechtsextremismus in Berlin konkret und vor Ort bekämpfen Vorschläge der PDS für den „Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“</i>	121

Anlage

	<i>Arbeitsgemeinschaft (AG) Rechtsextremismus/ Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS Politikberatung</i>	127
	<i>Antifaschistische Clubtour Für solidarisches Handeln. Gegen Ausgrenzung!</i>	129
	<i>Empfohlene Partner Pressearchiv und Bildungszentrum</i>	133
	<i>Interessante web-adressen (Auswahl)</i>	136

Teil I

Landesparteitag der PDS Berlin

Rechtsextremismus dokumentiert

Zwei Parteitage – Ein Zwischenstand

Das Thema Rechtsextremismus führt auch in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu Kontroversen. Zwar gibt es keinen Zweifel am antifaschistischen Grundkonsens der PDS. Diskussionen über Ursachen des Rechtsextremismus, insbesondere in Ostdeutschland, und Auffassungen über wirksame Gegenstrategien zeigen jedoch durchaus Unterschiede.

So debattierte 1998 ein Landesparteitag das Wahlprogramm der Berliner PDS für die kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Der Entwurf enthielt folgende umstrittene Formulierung: „Die PDS steht für eine antifaschistische Tradition und wird diese verstärkt in die öffentliche Aufklärung und auf der Suche nach aktuellen Handlungsstrategien mit unterschiedlichen Bündnispartnern einbringen. (...) Die PDS setzt sich dabei aber auch mit den eigenen totalitären Wurzeln auseinander, die mit einer Erziehung zur Konformität und einem Wertekatalog, der Sicherheit, Ordnung, Gleichheit, Unterordnung, Sauberkeit und Disziplin einschloß...“

Nach teilweise emotionaler und hitziger Diskussion wurde der zitierte Passus durch eine knappe Mehrheit der Delegierten gestrichen. Dies war nicht weiter verwunderlich. Zum einen war die Diskussion zu diesem Programmteil ungenügend vorbereitet. Zum anderen berührten die umstrittenen Sätze das Selbstverständnis der PDS in besonderer Weise. Zumal damals gerade der „Töpfchenstreit“ entbrannt war. Autoritäre Erziehungsmuster in der DDR, meinte der Kriminologe Christian Pfeiffer (Hannover), wären mitverantwortlich für die besondere Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. Die Medien verkürzten seine Thesen auf das in Kindergärten übliche planmäßige „Auf-den-Topf-Setzen“ von Kindern. Vielfache Empörung war die verständliche Reaktion in Ostdeutschland: Wieder ein Wessi, wieder eine Diffamierung.

Was die praktische Seite antifaschistischer Arbeit betraf, gab es keine wahrnehmbaren Differenzen innerhalb der PDS. Unbestritten war und ist, dass die PDS in unterschiedlichen Bündnissen gegen rechtsextreme Aufmärsche und Aktionen mobilisieren muss. Und sie engagiert sich entsprechend. Selbstverständlich auch, als am 29. Januar 2000 Neonazis durch das Brandenburger Tor marschierten. Die Empörung blieb dieses Mal nicht auf

„die Linke“ beschränkt. Ein Personenbündnis aus Kultur, Gewerkschaften, Jüdischer Gemeinde, Kirchen und verschiedenen Parteien schloss sich zusammen.

Doch ein Problem blieb. Das Bündnis setzte zwar ein nötiges Zeichen, aber es blieb im wesentlichen reaktiv. Die Rechtsextremen planten, meldeten an und marschierten, die demokratische Öffentlichkeit reagierte. Was aber kann man darüber hinaus tun, was vorbeugend? Wie also kommt man zu zivilgesellschaftlicher Prävention?

Hier wollten wir mit unserer Diskussion auf der 3. Tagung des 7. Landesparteitages ansetzen. Es ging um Analysen, um Erfahrungen, um Konzepte und um Angebote zum antifaschistischen Handeln. Gefragt wurde nach den sehr komplexen Ursachen des Rechtsextremismus – in Ost und West. Und damit wurde die 1998 umstrittene Position, wonach auch die DDR-Geschichte kritisch zu analysieren ist, wenn es um aktuelle, rechtsextreme Spezifika in den neuen Bundesländern geht, wieder aufgegriffen.

Zugleich war die Parteitags-Debatte Teil inzwischen öffentlich ausgetragener Kontroversen. Es ging um Verbote der NPD und anderer rechtsextremer Organisationen. Es wurde über Einschränkungen des Demonstrationsrechtes diskutiert, wie sie von CDU-Politikern gefordert wurden. Und natürlich ging es um die Fragen: Was kann und soll der Staat tun, und was soll und kann die Zivilgesellschaft leisten.

Dem Parteitag lagen verschiedene Anträge vor. Verhandelt und beschlossen wurde schließlich jener, der von einer Arbeitsgruppe des Landesvorstandes gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus Lichtenberg vorgelegt wurde. Außerdem lag den Delegierten ein Material mit verschiedenen Aufsätzen und Betrachtungen zum Thema Rechtsextremismus vor, die wir im ersten Teil dieser Broschüre gleichfalls dokumentieren. Die Berliner PDS bietet damit einen Zwischenstand ihrer Überlegungen an. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Udo Wolf ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Berlin.

Die Parteitagsdebatte

zusammengefasst von Axel Hildebrandt

Marion Seelig (Mda) begründete den Antrag:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste!

Als am 29. Januar diesen Jahres mehrere hundert Rechtsextreme mit Fahnen und Parolen gegen das Holocaust-Mahnmal durch das Brandenburger Tor marschierten, waren sich viele Berlinerinnen und Berliner sicher darin einig, dass dies ein unerträglicher Anblick war. Zugleich war der Protest dagegen, auch auf unserer Seite, für dieses Ereignis unangemessen gering. Wenn sich dieser Parteitag heute erneut mit dem Thema „Rechtsextremismus“ befasst, dann aber nicht nur auf Grund dieses Bildes. Es gibt eine Reihe neuer Entwicklungen, auf die die PDS Antworten finden muss.

Der Rechtsextremismus – auch in dieser Stadt – ist nicht nur öffentlicher geworden. Es ist der NPD zudem gelungen, Kameradschaften und Funktionäre aus Neonazi-Organisationen an sich zu binden, die Anfang der 90er Jahre verboten wurden. Das radikalere Image der NPD und ihrer Jugendorganisation JN hat in den letzten Jahren mit dafür gesorgt, dass Die Republikaner und die DVU Einzug in Parlamente hielten. Und es bietet jetzt offensichtlich die Möglichkeit, weitere Bündnisse im rechtsextremen Spektrum zu organisieren. Auch die Neue Rechte, am Beispiel von Horst Mahler, verbrämt ihre Nähe zur NPD nicht mehr. Ihr Thema am 29. Januar war die Ablehnung des Holocaust-Mahnmals. Die damit demonstrierte Nähe zu CDU-Politikern, wie Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, ist nicht sonderlich verblüffend. Seit Jahren ist erkennbar, wie rechtsextremistische Forderungen Einzug in die Programmatik der sogenannten großen Volksparteien halten.

Auch nicht neu, aber zunehmend präsenter, ist die Rückwendung der Rechtsextremismus-Szene in den neuen Bundesländern zum Strasser-Flügel und dessen nationalsozialistischem Gedankengut. Mit Bezug auf die DDR und gegen das internationale Großkapital, für ostdeutsche Identität und für Arbeitsplätze für Deutsche gehen die Rechtsextremisten gezielt auf Stimmenfang. Und sie vereinnahmen dabei nicht selten, wenn es um soziale Belange und um antikapitalistische Positionen geht, Forderungen der PDS.

Diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen, und die Auseinandersetzung mit völkischen Alltagsparolen ist notwendiger denn je.

Der andere Punkt, der unsere Debatte notwendig macht, ist die Tatsache, dass CDU-Politik gerade die Mobilisierungsfähigkeit des Rechtsextremismus und die berechtigte Empörung darüber massiv instrumentalisiert, um Bürgerrechte außer Kraft zu setzen. Die de facto Abschaffung des Asylrechtes ist ein deutliches Beispiel für die Gefährlichkeit dieses Kurses. Berlins Innensenator Werthebach (CDU) macht auch kaum ein Hehl daraus, dass seine Verbotsverfügung für rechte Demonstrationen einzig dem Zweck dient, sie letztlich stattfinden zu lassen. Bewusst wird der schwarze Peter damit der Justiz zugeschoben. Das Versammlungsrecht als solches wird diskreditiert. Und zugleich werden Proteste sowie Gegendemonstrationen von Antifaschisten als linksextremistisch kriminalisiert. Wenn wir dieser Taktik auf den Leim gehen, gefährden wir eines der wichtigsten Freiheitsrechte dieses Staates. Das Versammlungsrecht ist ein konstituierendes Recht dieser Demokratie. Es ist ein Abwehrrecht des Bürgers gegen den Staat, und wir lassen es auch nicht von marschierenden Nazihorden kaputt machen.

Ich bin dafür, dass Nazis keinen öffentlichen Raum in dieser Stadt besetzen dürfen. Aber dies müssen wir selber verhindern. Dazu braucht es einen breiten antifaschistischen Konsens und, mit Verlaub, Zivilcourage. Ich bin auch dafür, dass Versammlungsverbote ausgesprochen werden, wenn die Kriterien des Versammlungsrechtes dafür ausreichen. Aber ich bin nicht für die Beugung des Rechts, auch nicht im Namen einer guten Sache. Ich muss Euch wohl nicht daran erinnern, wer in diesem Lande die Gesetze macht, und ich muss Euch sicher auch nicht daran erinnern, dass letztlich unser aller Recht auf der Strecke bleibt, wenn es erst einmal eingeschränkt wird. Der Berliner Innensenator hat dem Versammlungsrecht den Kampf angesagt und nicht dem Rechtsextremismus. Deshalb ist aus meiner Sicht die Passage im Antrag – Versammlungsrecht verteidigen – die einzig richtige Antwort.

Unter dem Titel „Linksextremismus“ hat Berlins Innensenator den Antifaschisten den Kampf angesagt. Was meint Ihr wohl, wen es trifft, wenn wir die Schwelle für Parteienverbote selber herabsetzen. Eine Politik der Verbote ist eine symbolische Politik, die nichts daran ändert, dass rechtsextremistisches Gedankengut in den bürgerlichen Parteien längst umgesetzt wird, und die nichts daran ändert, dass Rechtsextremismus sich teilweise zu einer Art Popkultur entwickelt hat. Dabei handelt es sich um eine Subkultur, die ganze Landstriche für Ausländer oder linksaussehende Obdachlose zu verbotenen Zonen macht. Schließlich ist Rechtsextremismus kein Jugendphänom und es ist auch kein Problem, welches sich auf soziale Ursa-

chen reduzieren ließe. Ja, es wäre gefährlich, Rechtsextremismus auf Jugendliche und auf den Ausfluss von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit oder Protest zu beschränken. Weil wir damit den Einfluss der Familien und die Tradition von Nationalismus und Überlegenheitsdenken ausblenden würden. Auch Menschen in beruflich und sozial stabilen Verhältnissen tendieren nach rechts, das ist inzwischen erwiesen. Halbe Wahrheiten, wie wir sie in den vorliegenden Thesen der KPF angeboten bekommen, können nicht eine gründliche Analyse ersetzen. Die Tendenz, psychosoziale Problemlagen, wie sie die Wiedervereinigung und die kapitalistische Globalisierung hervorgebracht haben, als Ursachen und nicht lediglich als Verstärker für Rechtsextremismus zu identifizieren, birgt letztlich die Gefahr, zur Tatenlosigkeit verdammt zu sein. Ich möchte, dass wir wirkungsvoll gegen den Rechtsextremismus vorgehen und nicht nur symbolische Bekenntnisse ablegen. Und ich finde einen arbeitslosen Rassisten und Antisemiten in Brandenburg genauso widerlich, wie einen gut verdienenden Facharbeiter selber Gesinnung in Baden-Württemberg. Der Unterschied ist nur: Wir sind in Baden-Württemberg bisher weder als Opposition noch als regierende Partei in der gleichen Verantwortung wie in den neuen Bundesländern. Deshalb bleibt es mir rätselhaft, warum wir uns nicht gründlich mit dem Phänomen dort auseinandersetzen sollen, wo wir wirkungsvolle Möglichkeiten dafür haben, also in den neuen Bundesländern. Nebenbei bemerkt liegt Brandenburg bei der Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten an dritter, Sachsen-Anhalt an zweiter und Mecklenburg-Vorpommern an erster Stelle.

Ein Antrag ist ja inzwischen zurückgezogen worden. In ihm war gefordert worden, den kurzen Absatz in unserem Antrag zu streichen, der sich mit Besonderheiten auf dem Boden der ehemaligen DDR befasst. Ich hoffe, dass dies jetzt von den Antragstellern auch so gemeint ist, dass man darauf nicht verzichten kann. Natürlich kann man die Augen zumachen und nach dem Motto agieren, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Was so neu nicht wäre. Neben der Statistik „rechtsextremistischer Gewalttaten“ sollten wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es Rechtsextremisten in den neuen Bundesländern nicht erst seit 1990 gegeben hat, und dass sich dort neue und andere Formen von Rechtsextremismus herausgebildet haben, als in der BRD üblich waren, sogenannte nationalbefreite Zonen. Wenn, wie Ellen Brombacher auf dem zurückliegenden Wahlprogrammparteitag schilderte, sich ihre jüdische Freundin in der DDR vor antisemitischen Übergriffen sicher gefühlt hat, dann bezweifle ich das nicht. Allerdings weiß ich nicht, ob ich mich noch so sicher gefühlt hätte, als 1987 der jüdische Friedhof in der Schönhauser Allee flächendeckend geschändet worden war. Er

grenzte auch damals schon unmittelbar an ein Polizeirevier. Und dies war nicht der erste Überfall auf jüdische Friedhöfe in der DDR. Ich glaube auch nicht, dass ich mich als schwarzer Vertragsarbeiter ähnlich sicher gefühlt hätte. 1985 kam es zur Gewalt gegen dunkelhäutige Ausländer in Eberswalde, Dresden, Ostberlin, Cottbus, Görlitz und Königs-Wusterhausen. In all den Jahren gab es immer wieder auch Ausschreitungen gegen sowjetische Einrichtungen, gegen Schwule, Gruftis und Punks. Ganz zu schweigen von dem Einfluss faschistischer Ideologien in den DDR-Fußballstadien, wie sie die Hauptabteilung XX des MfS registrierte.

Einer der größten Fehler war, damals diese Entwicklung zu beobachten, aber nicht wirklich zur Kenntnis zu nehmen und die Gefahren nicht öffentlich zu diskutieren. Als kurz nach der Wende die westdeutschen Nazikader in großen Haufen einreisten, fanden sie schon Strukturen vor, die es angeblich nicht gegeben hatte. Dementsprechend hilflos waren die Reaktionen der Linken. Wenn wir glaubwürdige Strategien gegen das Erstarken des Rechtsextremismus entwickeln wollen, dann müssen wir ohne Tabus Ursachen und Erscheinungsformen analysieren. Selbstgerechtigkeit ist das Gegenteil von Aufklärung. Und Aufklärung ist eine Grundvoraussetzung, um gegen die vielfältigen Formen des Rechtsextremismus vorgehen zu können. Gerade wenn dieser sich antikapitalistischer Attitüde und ostdeutscher Empfindlichkeit bedient. Lasst uns also heute, wie im Antrag angeregt, vorhandene Ideen und Projekte bündeln, neue Strategien und Modelle entwickeln. Es sind ja gar nicht alles Neuigkeiten, die wir aufgeschrieben haben, wir denken nur, dass die Erfahrungen ausgewertet werden müssen, und dass wir weitere Schritte für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus zu gehen haben.

Halina Wawczyniak (PDS Kreuzberg)

„Die PDS kann stolz darauf sein, eine lange antifaschistische Tradition zu besitzen und offensiv dafür einzustehen. Das entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, sich immer wieder mit autoritären und rassistischen Positionen auseinanderzusetzen, die auch in Teilen ihrer Wählerschaft verbreitet sind, und zu prüfen, inwieweit auch die Realität des gescheiterten DDR-Sozialismus Anknüpfungspunkte für die Suche nach einfachen Lösungen bietet und wie die Propagierung rechtsextremistischer Ordnungs- und Sicherheitsprinzipien aufgegriffen wird.“

Für diesen umstrittenen Passagen im Antragstext setzte sich Genossin Wawczyniak ein. Groß geworden in Königs-Wusterhausen habe sie schon vor der Wende Diskos und örtliche Jugendklubs gemieden, weil dort Rechtsex-

tremisten „Eiserne Kreuze“ trugen, den „Hitler-Gruß“ zeigten und niemand dagegen einschritt. „Die FDJ-Leitung wusste Bescheid, die SED-Kreisleitung wusste Bescheid, es ist toleriert worden.“ In der Schule habe sie viel über den Faschismus gelernt und Fahrten in einstige Konzentrationslager hätten viel bewirkt – aber nicht bei allen. Zudem gab es in der DDR auch einen Antifaschismus, der mit einem starken Nationalgefühl verbunden wurde. Halina erinnerte als Beispiel an den Slogan „Sozialismus in den Farben der DDR“.

Aktuell warnte sie vor administrativen Scheinlösungen wie Verboten. „Wir dürfen nicht einfach auf Staat und Richter schauen und damit Verantwortung delegieren, sondern wir müssen handeln, vor Ort, in der Kommune politisches Engagement stärken... Ich bitte Euch“, appellierte sie schließlich, „haltet das Versammlungsrecht hoch und gehen wir dem Innensenator nicht auf den Leim!“

Lorenz Korgel (Zentrum für demokratische Kultur)

Betrachte man die Entwicklung des Rechtsextremismus in den 90iger Jahren, so zeige sich, dass dessen Aktionsfelder vor allem auf kommunaler Ebene erweitert und ausgebaut wurden. Ergo bedarf es kommunalpolitischer Analysen und „Ansätze, die sich vor Ort problemorientiert gegen Rechtsextremismus engagieren. Denn gerade in den Großstadtbezirken erscheinen so unterschiedliche Ausprägungen des Rechtsextremismus, dass die demokratischen Akteure dessen Einflüsse häufig unterschätzen oder gar nicht erst wahrnehmen“, betonte Lorenz Korgel. In Berlin wurde bisher nur eine groß angelegte Analyse vorgenommen: für den Bezirk Hohenschönhausen. Dadurch konnten bezirkliche Anlaufpunkte und Zentren des Rechtsextremismus systematisch lokalisiert und beschrieben werden. Das „gravierendste Beispiel: der BFC Dynamo, der örtliche Fußballclub, wo klassische Hooligan-Fan-Gruppen mit rechtsextremen Kadergruppen interagieren, was während der Spieltage zu einer permanenten Dominanz rassistischer Einstellung führt“. Rechtsextremismus sei kein isoliertes Phänomen, „das deutet sich auch in Hohenschönhausen an“, wo Eltern durchaus unterstützend bzw. legitimierend auf diese Einstellungen einwirken. Außerdem konnte Klarheit darüber gewonnen werden, wo die „politischen Interaktionen und Entwicklungen im kommunalen Raum stattfinden. Auf Grund dieser Erkenntnisse entwickelt der Bezirk zur Zeit zielgerichtete kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien, die ihren Teil dazu leisten werden, rechtsextreme Dominanz auf kommunaler Ebene zurückzudrängen“.

Maria Aschmutat (PDS Friedrichshain)

Sie werde dem Antrag zustimmen. Obwohl sie „aus den sachlich richtigen Aussagen in den Punkten 1-7 keine Vorschläge zu zwingendem, konkretem Handeln, weder für Basis- noch für Bezirksorganisationen, noch für Fraktionen oder den Landesvorstand entnehmen“ könne. Die Jugend brauche unsere, „dass heißt, die tatkräftige Unterstützung der älteren Generation im Kampf gegen alle Spielarten des Neofaschismus“, unterstrich Maria. Sie selbst habe seit zwei Jahren gute Kontakte zu einer Gruppe der Jugend-Antifa in Berlin-Friedrichshain. „Wir sind inzwischen Freunde geworden und die Jugendlichen akzeptieren, wenn ich ihnen auf meine Art helfe. Sie wehren sich, wenn sie Autonome genannt werden, und hinter ‚Antifa heißt Angriff‘ verbirgt sich für sie nicht Gewalt, sondern die Absicht, etwas zu tun bevor die Rechten aktiv werden, Aktion, nicht Reaktion.“. Aktionen sind umso wichtiger, so Maria, da das im März 1999 unter Schirmherrschaft des SPD-Bürgermeisters gegründete „Bündnis gegen Rechts“ bisher keine Wirkung erzielt habe. Auch würden nur wenige Schuldirektoren auf Angebote von Widerstandskämpfern eingehen, vor Schülern über ihre Lebenserfahrungen zu sprechen.

Die Rednerin sprach sich für die konsequente Durchsetzung aller bestehenden Gesetze aus, die neofaschistische Tätigkeit, die Verherrlichung des Faschismus und Hetze gegen Völkerverständigung verbieten. Zugleich verwahrte sie sich gegen „Aussagen von Politikern und in Medien, wonach die Verantwortung für den heutigen Neofaschismus den neuen Bundesländern oder der DDR zugeschoben wird. Ich frage, woher kamen die Akteure, die Hintermänner, die Geldgeber, die im beigetretenen Territorium Morgenluft witterten. Woher kommen z.B. Lanzerhefte, die auf den Märkten heute verkauft werden?“

Rudi Range (PDS Friedrichshain)

Genosse Range erinnerte an den NPD-Aufmarsch am 12. März 2000 und die Gegenkundgebung am Brandenburger Tor, die „irgendwie nach hinten los ging. Wir standen mit prominenten Vertretern, mit Antifaschisten aller Gruppierungen auf der Ostseite des Brandenburger Tores und waren doch etwas hilflos, als die Nazis hinter dem Tor ihre Kundgebung abhielten, am geplanten Holocaust-Denkmal ihre Hasstiraden loslassen konnten und sogar noch von der Polizei geschützt wurden“.

Auch deshalb habe er mit anderen Teilnehmern aus Friedrichshain den Antrag gestellt, das „Verbot aller rechtsextremistischen und faschistischen Parteien und Organisationen“ zu fordern. „Wir müssen doch wenigstens den

Versuch machen, ein Verbot solcher Parteien zu prüfen. Wenn wir diesen Versuch nicht machen, da kann man uns immer nachsagen: Ihr sprecht ja doch dafür. Und wenn ihr euch gegen ein Demonstrationsverbot ausspricht, sprecht ihr euch gleichzeitig dafür aus, dass Nazis auch Demonstrationen machen dürfen. Ein Weg muss doch gefunden werden und ich denke, es gibt keinen anderen Weg, als ein Verbot aller extremistischen, faschistischen Parteien.“

Conny Heidrich – („Jugendbündnis gegen Rechts“, Köpenick)

Das Köpenicker Jugendbündnis agiert unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt, bunt statt braun“. Es fand sich zusammen, nachdem die NPD-Zentrale im Februar nach Köpenick umgezogen war. Inzwischen umfasse das Bündnis rund 20 Projekte in öffentlicher und freier Trägerschaft.

„Das Ziel unserer Arbeit haben wir bewusst positiv formuliert. Wir haben nicht gesagt, wir sind gegen die NPD oder Nazis raus, denn dann kommt die Frage: wie und wohin? Wir wollen die Jugendkultur in Köpenick, die müssen wir ja nicht erfinden, stärken, breiter machen, wir wollen Signale setzen, um Jugendlichen zu zeigen, es gibt Orte, wo sie hingehen können, es gibt Orte, wo Angebote für sie gemacht werden, und es gibt auch Orte, wo sie Angebote für andere machen können. Wir wollen Räume ausfüllen, damit sie den Nazis oder naziähnlichen Strukturen nicht überlassen werden“, schilderte Conny Heidrich.

Das Köpenicker Jugendbündnis sei als ein Versuch zu verstehen, „Jugendliche zu erreichen und zu aktivieren, die ansonsten eher unpolitisch sind und die Parteien oder politische Gruppierungen genauso interessant finden wie möglicherweise den Wetterbericht... Andererseits ist es genauso ein bewusster Versuch, Jugendliche in das Bündnis zu holen, die politisch sensibler sind und die möglicherweise alleine mit einem Molli in Richtung NPD-Zentrale gezogen wären, was dann in Richtung kriminelle Straftat gegangen wäre“.

Zur ersten Veranstaltung am 18. Februar, eine Aktionsdemonstration in Köpenick, hatte das Bündnis 500 Teilnehmer angemeldet – es kamen ca. 1500. Genauso wichtig war, dass eine „Vermischung der Jugendszenen“ stattgefunden habe: „In diesem Zug ist ein Punker neben einem Hipphopper gelaufen oder ein Hipphopper hat sich zum Reggae bewegt. Und selbst Polizisten standen swingend am Rand und haben sich jeglicher Musikrichtung angepasst.“ Ihnen sei wichtig, die Unabhängigkeit des Jugendbündnis von politischen Gruppierungen und Parteien zu erhalten, weil das auch die Spontanität bewahre.

Zugleich sei Unterstützung von vielen Seiten nötig und nicht zuletzt durch „Stadträte gegeben, und zwar auf zwei Ebenen. Das eine sind die Amtswegen, die man doch dann mal abkürzen kann, und das andere ist natürlich auch eine moralische Unterstützung. In dem Moment, wo der Bezirksbürgermeister sich bereit erklärt hatte, auf der Demo des Jugendbündnisses zu sprechen, setzt er ein Signal für die Parteien und den gesamten Bezirk Köpenick. Und wenn der Jugendstadtrat auf dem anschließenden Konzert sprach, war das ein Signal in Richtung Eltern, Lehrer und Schülerschaft.“

Michael Benjamin (KPF)

„Es hat jeder seine Vergangenheit und meine ist anders als die von Marion oder von anderen. Aber ich kann auch nicht darüber hinweg, dass von den drei Leben, die ich bisher gelebt habe, die 40 Jahre DDR jene waren, die am wenigsten von Rassismus und Antisemitismus überschattet waren. Ja, es ist bitter, sich bewusst zu werden, dass Faschismus in der DDR nicht ein für allemal beseitigt wurde, dass er unterdrückt, aber nicht überwunden wurde, in seinen Wurzeln nicht überall beseitigt wurde, dass wir dafür auch Verantwortung tragen... Ich möchte aber auch nicht verbergen und ich stimme dem zu, was in der Vorlage Antrag 20 gesagt wird, dass der Antifaschismus in der DDR eben nicht in erster Linie ein verordneter Antifaschismus war, sondern dass diese Denk- und auch Handlungsweise vieler, vieler DDR-Bürger bis heute nachwirkt... Wir haben Thesen vorgelegt und bitten darum, sie in die Diskussion einzubeziehen, auch wenn sie unvollständig und einseitig sind. Das Problem ist ja breit genug. Der Faschismus als ein extrem hierarchisches System hat historische Hintergründe, soziale, familiäre, über die auch in der DDR zu wenig gesprochen wurde. Es gibt auch strukturelle Gesichtspunkte. Faschismus, Neofaschismus sind extrem hierarchische Systeme, die auf dem Führerprinzip beruhen und die instrumentalisieren natürlich auch hierarchische Systeme anderer Art... Man muss dazu nicht einmal die sogenannten preussischen Sekundärtugenden bemühen, Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit usw., die dabei ja immer eine Rolle spielen. Auch heute demonstriert jedes Unternehmen, jede Produktion, wie Hierarchien funktionieren, wie Herrschaft funktioniert, jede Bürokratie, jede Armee und jede Polizei. Und wir wollen auch die Kirchen mit dem Dogma zum Beispiel der katholischen Kirche von der Unfehlbarkeit des Papstes dabei nicht vergessen. Das gehört alles in den grossen Komplex, über den wir sprechen müssen, über den wir streiten müssen, über den wir diskutieren müssen. Vor allem aber müssen wir gemeinsam handeln.“

Bärbel Grygier
(Bezirksbürgermeisterin Berlin-Hohenschönhausen)

Vor vier Jahren, erinnerte sich Bärbel Grygier, kam eine lateinamerikanische Delegation nach Hohenschönhausen, vorgewarnt. In Hohenschönhausen sei es gefährlich, die rechtsextremistische Szene agiere, es sei zum Fürchten. Diese Information kam vom Goethe-Institut. „Heute würde ich nicht mehr dort anrufen, um mich dagegen zu verwahren. Das ist die Erkenntnis der letzten vier Jahre.“

Vor der Studie, von der Lorenz Korgel vorhin sprach, hatten wir eigene Umfragen zum Rechtsextremismus in unseren Bereichen, insbesondere im Jugendressort, gemacht. Die Antworten hießen fast immer: Nichts Auffälliges, auch der Verfassungsschutzbericht gäbe nichts her, außerdem stehe Hohenschönhausen bei rechtsextremen Übergriffen weit unten. Und wenn doch mal was passiert war, dann hieß es: Es passiert ja überall mal was. Genau das ist das Beunruhigende, und es passiert immer häufiger. Mehr als die Hälfte aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten wurden 1999 in den neuen Bundesländern begangen. Hier leben aber nur 17 % der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Und die ausländerfeindliche Skinhead- und Hooliganszene ist im Osten viel stärker präsent. Mehr als 4000 gewaltbereite Glatzen leben in den neuen Bundesländern, und sie sind eben genau nicht zu- oder eingewandert. Wir haben nach der Statistik im Osten ein 30 mal höheres Risiko, Opfer von rechtsextremen Übergriffen zu werden als in alten Altbundesländern. So sehen die Zahlen halt aus und da fragt man sich natürlich, wer noch im ernst glaubt, dass die Probleme ausschließlich und erst nach der Wende entstanden seien.

So dann illustrierte Bärbel Grygier Sichten und Wertungen, die in Interviews mit Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Jahrgängen Hohenschönhausens deutlich wurden und Bestandteil der Studie sind: „Wer rechts ist, ist für einen ordentlichen Staat! Die DDR war einer!“ „Die DDR hat dafür gesorgt, dass nicht zu viele Ausländer reinkamen.“ „Die wollen doch hier gar nicht arbeiten, sondern nur abzocken!“ Ein Zitat, vielleicht das böseste, meinte Bärbel, fand seinen Weg durch die Medien: „Mein Großvater war bei der Waffen-SS, mein Vater bei der Staatssicherheit und ich bin jetzt beim BFC.“

Ausländerfeindlichkeit und auch Ausländerhass als erste Stufe von Rassismus sind eben auch – und deswegen haben wir uns damit zu befassen – ein in der DDR und durch die DDR gewachsenes Gedankengut. Und wir haben heute noch eine Ablehnung und Angst vor Fremden und Ausländern und insbesondere dort, wo der Ausländeranteil am geringsten ist, die Auslän-

derfeindlichkeit am höchsten ist. Und ich sag es für Hohenschönhausen: Vier Prozent der dort Wohnenden sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Folgt man den Äußerungen eines großen Teils der Bevölkerung, dann sind wir der Überfremdung anheim gefallen.

Ich will der Bemerkung von Michael Benjamin noch mal folgen. Ich würde das Wort vom verordneten Antifaschismus auch nicht benutzen. Aber ich denke, nachdem er als staatstragende Philosophie verschwunden ist, machen sich über Jahre weitergereichte, niemals bearbeitete Vorurteile – und ich finde auch ein sehr gepflegter Rassismus – breit.

Viele Menschen wollen von uns auch wissen, was sie, was wir gegen rechts tun können, welche Strategien wir miteinander entwickeln – zu Recht. Das erste und wichtigste, meine ich, ist die öffentliche Auseinandersetzung, denn Öffentlichkeit ist auch gleichzeitig Demokratie, wobei man den Rechten beileibe kein Forum bieten darf.

Wolfgang Brauer (Mda)

Ich habe als Lehrer für Geschichte an der DDR-Schule selbstverständlich die Zeit des Nationalsozialismus versucht zu unterrichten, zu vermitteln, gemäß der damals geltenden pädagogischen Doktrin konzentriert auf antifaschistische Werte. Wir haben unterrichtet Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“ und wir haben unterrichtet Dieter Noll „Die Abenteuer des Werner Holt“ und durften regelmäßig alle Jahre feststellen, dass „Die Abenteuer des Werner Holt“ für die Schülerinnen und Schüler viel interessanter waren – aber es war nicht der Werner Holt, der den großen Reiz ausübte, es war der Landsknecht Wolzow. (...) Wir haben versucht, Widerstandsethos zu vermitteln und am Wochenende hat Opa dann über Russland erzählt. Was uns fehlte – und das war ein Kardinalfehler des DDR-Schulsystem: Wir haben die Täterseite fasst völlig ausgeklammert, und mit Täter meine ich nicht nur die Massenmörder von Auschwitz, ich meine auch den sogenannten einfachen Soldaten der deutschen Wehrmacht. Wir müssen uns eigentlich nicht wundern, wenn viele Informationen, die wir nicht haben vermitteln können oder auch nicht wollten, beides mag zutreffen, dann über andere Quellen gelaufen sind und im besten Falle noch über Robert Merl „Der Tod ist mein Beruf“ oder über Heinz Bergschickers „Deutsche Chronik“, die sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde. Das zur DDR.

Heute haben wir einen ähnlichen Zustand, anders herum.

Euch liegt der Antrag aus Treptow gegen den Versuch vor, drei Straßennamen zu tilgen, die Antifaschisten gelten. Ich möchte uns alle bitten, jeder Diskussion entgegen zu treten, die als Hauptargument die Kostenfrage

bemüht – was kostet denn das die Anlieger? – Wir sollten die politische Offensive suchen. Und lassen wir uns auch in der laufenden Debatte um das Schicksal des internationalen Dokumentations- und Begegnungszentrum „Topographie des Terrors“ nicht auf die Finanzschiene schieben. Hier wird versucht, ein Projekt zu verhindern und die dringend notwendige Sicht auf diese Täterseite auszublenden. Und inzwischen wächst eine neue Tätergeneration nach. Im übrigen verstehe ich nicht, weshalb wir kein NPD-Verbot fordern!

Sabine Schwarz (PDS-Vorsitzende Marzahn-Hellersdorf)

Unsere neu gebildete Bezirksorganisation Marzahn/Hellersdorf hatte am 1. Mai eine erste Bewährungsprobe. Es war nämlich ein Gegenpol gegen eine NPD-Demonstration in Hellersdorf zu schaffen.

Ein breites Bündnis stand unter dem – von Köpenick geliehenem Motto – „Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“ und war ein Erfolg. Aus diesem Bündnis hat sich bis zum Schluss auch die Hellersdorfer CDU nicht zurück gezogen, trotz großen Drucks von Herrn Diepgen (CDU-Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister). In beiden Bezirken sind wir außerdem an den runden Tischen für Menschenwürde und gegen Gewalt präsent.

Ich denke: Ein Verbot der NPD wird wohl nicht helfen. Unsere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, mit völkischer, rassistischer Ideologie muss so vielfältig sein, wie und wo diese auftreten. Und wie nehmen wir Rechtsextremismus wahr – sehen wir ihn als Nazifratze oder ist es manchmal nicht doch der nette Junge von nebenan? Es geht auch um die schleichende Ausgrenzung in sauberen deutschen Wohnzimmern, um Ausgrenzung von Anderssein, von bunten Leuten oder von Behinderten. Insofern geht es also auch um Toleranz in dieser Gesellschaft, um tolerantes Miteinander. Wir sind mit vielen Vereinen dabei, in Hellersdorf eine Tradition zu begründen, eine Woche der Toleranz.

Martin Haller (Sprecher von [solid] Berlin)

Die neofaschistische Demonstration, von der Sabine Schwarz sprach, stand unter dem rassistischen Motto: „Arbeit zuerst für Deutsche“. Und wieder einmal trat die NPD als Anmelder auf. Sie ist ein Sammelbecken von Rechtsextremisten und Neonazis. Und es ist schon sehr fragwürdig, in wie weit sie mit der Verfassung der BRD noch konform ist. Im Großbezirk Hellersdorf/Marzahn hat die NPD ihren größten Berliner Kreisverband. Doch das Problem ist breiter als NPD, Kameradschaften und Republikaner, und es ist

kein gesellschaftliches Randproblem. Wer bei Rechts nur an Brandschatz- und Stiefelfaschisten denkt, denkt zu kurz. Rechtsextremismus ist kein jugendspezifisches Problem, macht aber gerade Jugendlichen in ländlichen Gebieten zu schaffen, die sich nicht dem rassistischen und nationalistischen Wahn unterordnen wollen. Der Begriff von nationalbefreiten Zonen ist vorhin schon gefallen. Die Auseinandersetzung mit allen rechten Schattierungen ist das Anliegen der „Antifaschistischen Aktion 2000“ von [solid], der sozialistischen Jugend Berlin. Wir bieten in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und frei nach dem Motto – linke Politik heißt Aktion, Bildung und Kultur – eine interessante Veranstaltungsreihe an.

Ellen Brombacher (KPF)

Es gibt so einen Ausspruch von Paracelsus „Allein die Dosis macht, dass das Ding kein Gift ist!“. Mein Problem ist nicht, dass wir uns in den Debatten darüber, was es in Deutschland und besonders in den neuen Bundesländern an rechtsextremen Entwicklungen gibt, auch fragen: Wo liegen Ursachen in der Vergangenheit? Die Frage, die mir nachdenkenswert erscheint, ist die Tendenz der heutigen Debatte. Wir wehren uns in dem Antrag 20 gegen einfache Lösungen für komplizierte Probleme. Wir sollten es auch hier tun. Weil es im Osten besonders viele Glatzen gibt zu sagen, deshalb muss es in der Vergangenheit des Ostens liegen, könnte eine zu einfach Lösung eines viel komplizierteren und nicht zuletzt sozial-determinierten Problems sein.

Es wird, wenn es um das Thema Vergangenheit geht, auch zu wenig an Sätzen und Gedanken darüber verloren, was an sehr konsequentem Antifaschismus existierte, und zwar verordnetem und nicht nichtverordnetem. Ich denke man mußte verordnen, gerade nach dem Krieg. Weil, es waren ein paar Menschen zu viel, die mitmarschiert waren, als das es ganz ohne Verordnung gegangen wäre. Das ist erst mal überhaupt noch keine moralische Bewertung.

Und wir reden zu wenig darüber, dass im Osten die Richtigen enteignet wurden. Statt dessen gibt es Leute, die fangen an, die Bodenreform in Frage zu stellen, im Einzelfalle auch in unserer eigenen Partei. Die Proportionen stimmen nicht. Und wir befassen uns zu wenig mit heutigen Ursachen.

Steffen Zillich (Mda)

Ellen Brombacher sprach davon, dass der Zusammenhang zwischen DDR-Vergangenheit, der Situationen in den neuen Bundesländern und dem

Kampf gegen Rechtsextremismus in der Diskussion zu hoch gewichtet wird. Möglicherweise ist es ja so, denn es ist auch ein besonders strittiger Punkt.

Und wir haben doch auch ein Problem, weil Rechtsextremisten sehr offensiv mit DDR umgehen, sich auf die DDR-Vergangenheit positiv beziehen, a) was den Staat betrifft, b) was soziale Sicherheit betrifft und c) auch was die Abwesenheit von Ausländern betrifft.

Und nicht zuletzt tragen wir in den neuen Bundesländern und in einigen Berliner Bezirken eine besondere Verantwortung, mit diesem Phänomen umzugehen.

Petra Pau hat in ihrem Referat sinngemäß gesagt: Links sei kein Bekenntnis, auch keine Haltung, sondern links kann nur eine Politik sein, die eingreift, die Gesellschaft zu verändern. Ich denke, das gilt auch für diesen Punkt.

Wir kriegen es nicht einfach. Deshalb finde ich, dass Verbotsforderungen auch gegenüber der NPD nicht der richtige Weg sind. Es gab Anfang der 90er Jahre Parteien- und Organisationsverbote. Sie haben an der Situation und an dem Einfluss rechtsextremer Einstellungen kaum etwas verändert. Es hat sich gezeigt, dass die rechtsextremistische Szene in der Lage war, sich damit zu arrangieren.

Man kann Jugendszenen nicht verbieten, sondern man muss alternative Angebote für junge Menschen unterbreiten, die der rechten Szene nicht erliegen wollen. Und das hat viel mit Kommunalpolitik zu tun. Wir haben in unserem Antrag auch mobile Beratungsteams vorgeschlagen, um hier Politikberatung, aber auch Beratung für Initiativen möglich zu machen.

Carmen Quitta (Prenzlauer Berg)

Ich komme vom Arnimplatz und ich möchte ein Erlebnis schildern, was ich vor ein paar Wochen hatte. Stichwort: 55. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald. Wir waren gebeten worden, bei der Reise ehemaliger Häftlinge aus Weißrussland und der Ukraine behilflich zu sein. Sie konnten nur hierher kommen, wenn es private Quartiere gibt, und es ist auch so, dass die Deutsche Bahn AG nicht unbedingt sehr kooperativ ist.

Die Initiatorin dieser Hilfe war 1999 selbst bei der Feierstunde im ehemaligen KZ. Und dort wurde deutlich, wie Rassismus und Rechtsextremismus ganz subtil und ganz hintergründig auch staatlich verordnet sein können. Denn was soll man davon halten, wenn der Ministerpräsident des Landes Thüringen dort ungestraft behaupten darf: Das ehemalige KZ-Buchenwald wurde durch die Amerikaner befreit. Und das vor den Ohren und Augen der ehemaligen Häftlinge. Sie hat mir erzählt, wie die ehemaligen

Häftlinge mit Tränen in den Augen sagten: „Könnt ihr mit euren Lügen nicht warten, bis wir alle tot sind?“

Ernst Welters (Bezirksstadtrat in Berlin-Köpenick)

Mit dem Plakat „Nazis raus aus den Köpfen“ haben wir für meine Begriffe ein ausgesprochen gutes Plakat gemacht. Aber haben wir damit schon verstanden, wie schwer genau dieser Slogan umzusetzen ist? Und es ist wohl auch nicht ganz so entscheidend, ob wir uns hier im Saal überzeugen. Viel schwieriger wird es sein zu überprüfen, ob draussen, ob da, wo wir überall auftreten, diese von uns gemachten Thesen auch wirklich verstanden werden und dazu führen, dass der Rechtsradikalismus und rechtes Gedankengut wirklich zurückgedrängt werden.

Ich behaupte einfach mal für Köpenick – und zwar im Widerspruch zu der These, wonach die Älteren den Jungen endlich mal sagen sollten, wo es lang geht – ohne eine schnelle Reaktion der jungen Menschen in Köpenick, ohne ein Bündnis „bunt gegen braun“ seitens der Jugend, hätte es keine Aktivitäten – jedenfalls so schnell – der sogenannten Erwachsenen gegen die NPD gegeben. Ich sage aber auch hier mit aller Deutlichkeit: Das Bündnis heißt „bunt gegen braun“ und es heißt nicht „rot gegen braun“. Wir müssen als PDS natürlich im Bunt mit drin sein, aber das heißt zugleich, dass es nicht die eine antifaschistische Linie gibt, sondern dass die Auseinandersetzung mit Rechts, mit Faschismus vielfältig ist und vielfältig bleiben muss. Und nur an dieser Stelle ist die Frage für mich von einigem Interesse, wie das in der DDR war. Ich denke, ein Manko war, dass diese Vielfalt der Auseinandersetzung, das Bunte, nicht möglich war.

Mindestens dort, wo wir in der Jugendpolitik was zu sagen haben, müssen wir natürlich auch bunt ermöglichen und zwar nicht nur ideologisch, sondern auch materiell. Wo wir Verantwortung tragen, gilt es die Möglichkeiten von Jugendpolitik, von antifaschistischer Politik, von Kulturpolitik zu einem Gewebe zu verknüpfen, das wirklich multikulturelles Handeln, Denken und Tun symbolisiert. Nicht nur das Anti, wir müssen vielmehr für das Für streiten, für das, was wir in dieser Gesellschaft wollen.

Frank Beiersdorff (PDS Marzahn/Hellersdorf)

Rechtsextremismus beginnt in der Mitte der Gesellschaft, also müssen wir auch die Auseinandersetzung dort suchen und rechtsextremistische Ideologien auch als einen Verstoß gegen bestimmte Grundwerte der Verfassung bzw. des Grundgesetzes entlarven. Ich erinnere an bestimmte Dinge des

Grundwertekatalogs wie Leben und Unversehrtheit, Meinungsfreiheit, Gleichheitsgebot bzw. Diskriminierungsverbot. Deswegen bitte ich euch herzlich, dem jetzt vorliegenden Änderungsantrag Nr. 7 doch zuzustimmen. Wir wollen diese Ergänzung, damit auch die grundgesetzwidrigen Ziele rechtsextremer Parteien deutlich werden. Denn ein vordergründiges Verbot rechtsextremer Parteien kann vielleicht für den Augenblick Abhilfe schaffen, auch eine einzelne Demonstration zu verbieten, kann Abhilfe schaffen. Aber es muss ein öffentliches Klima organisiert werden, das diese Parteien, das ihre Ideologie ächtet. Wir brauchen einen neuen Grundkonsens in dieser Gesellschaft. Der Grundkonsens der alten BRD war im Grunde genommen ein antikommunistischer. Ich werbe für einen humanistischen Grundkonsens.

Christian Specht (PDS Kreuzberg)

Ich bin auch dafür, gegen die Nazis vorzugehen. Auch das Verbot zu fordern gegen die Nazis, finde ich sehr wichtig. Zum Beispiel kann man die Nazis verbieten, wenn die meinen, „Ausländer raus“ oder wenn die z. B. nach Rostock fahren und Häuser anzünden, da kann man die Nazis auch verbieten. Die AAB (Autonome Antifa Berlin), die sind sehr gut bei manchen Sachen und wir brauchen sie als Antifaschisten. Mir ist aufgefallen, wenn Antifa-Demos waren, war die PDS manchmal nicht dabei. Und da muss die PDS noch ein Stück dazu lernen.

Udo Wolf (stellv. PDS-Landesvorsitzender)

Die zentrale Herausforderung, vor der wir stehen, ist für soziale Immunsierung zu sorgen in der Gesellschaft, gegen rechtsextremes, rassistisches Gedankengut. Das kriegen wir über kein Verbot und über keine Verantwortungszuschreibung geregelt.

Wir haben erlebt, dass bestimmte Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht so funktioniert haben, wie wir es uns in den letzten 10 Jahren vorgestellt haben. Also, ein Ansatz alleine reicht nicht aus, sondern wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen. Es hat in diesem Jahr gerade in der Auseinandersetzung gegen neofaschistische Aufmärsche in der Innenstadt eine neue Bündniskultur gegeben. Die Mischung der Motive, warum sich dieses Personenbündnis zusammen gefunden hat, hat seine Stärke ausgemacht. Und der aktivierte Minimalkonsens birgt zugleich ein Defizit. Nämlich die Gefahr zu sagen: Neofaschisten aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, das fängt in der Innenstadt an, um die Randbezirke kümmern wir

uns später. Nun hat sich am 1. Mai in Hellersdorf gezeigt, dass diese Bündniskultur auch kommunalpolitisch wirken kann und dass möglich ist, was Ernst Welters am Köpenicker Beispiel unterstrichen hat: Bunt gegen braun, auch als Ergänzung zu den Aktionsformen der traditionellen Antifa.

Wir brauchen Bündnisse und wir brauchen die Auseinandersetzung in den Wohngebieten, in der Nachbarschaft. Und wir kommen weiter, wenn immer mehr Menschen für sich sagen: Nicht wegschauen, eingreifen.

Die vollständige Mitschrift der Debatte kann über die Landesgeschäftsstelle der PDS-Berlin bezogen werden.

Rechtsextremismus

Der Begriff des Rechtsextremismus wird heutzutage inflationär und unreflektiert verwendet. In den öffentlichen Diskussionen werden unterschiedliche Begriffe wie Nationalismus, Rassismus, Rechtsradikalismus, Neo-Nazismus, Rechtspopulismus, Alte Rechte, Neue Rechte, Rechtsparteien, Extreme Rechte, Neofaschismus und der gleichen mehr verwendet. Um zu einem wirklichen Erklärungsansatz und zu Gegenstrategien zu kommen, wird zuerst der Oberbegriff Rechtsextremismus definiert.

Der Begriff Rechtsextremismus bezeichnet keine geschlossene politische Theorie. Er bezeichnet vielmehr ein vielschichtiges politisches und soziales Glaubens- und Handlungssystem, das in der Gesamtheit seiner Einstellungen und Verhaltensweisen auf die Beseitigung oder nachhaltige Beeinträchtigung demokratischer Rechte, Strukturen und Prozesse gerichtet ist. Nach Butterwegge nennen wir rechtsextrem „Bestrebungen, Personen und Organisationen, die – meist unter Androhung oder Anwendung von Gewalt – versuchen, demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. abzuschaffen, in der Regel sozial Benachteiligte, sich aufgrund phänotypischer Merkmale wie Hautfarbe, Körperbau oder Haarbeschaffenheit, Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierungen unterscheidbare, von der ‚Standardnorm‘ abweichende Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und jene Kräfte zu schwächen bzw. auszuschalten, die sich für deren Integration, das Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation und Maßnahmen demokratischer Partizipation einsetzen“.

Beim Rechtsextremismus handelt es sich um eine gesellschaftsgestaltende Konzeption, in deren Zentrum ein völkisch fundierter, ethnozentristischer Nationalismus als oberstes Ordnungsprinzip steht, dem alle anderen Werte und Ziele untergeordnet werden. Auf diesem völkischen Nationalismus baut sich jede rechtsextremistische Ideologie auf, die sich aber in unterschiedliche Strömungen aufspaltet. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen des Rechtsextremismus sind einerseits den ständigen Streitereien unter den selbsternannten „Führern“ zuzuschreiben, andererseits gibt es auch unterschiedliche ideologische Auffassungen.

Zum einen gibt es die Nostalgikerfraktion, die alles wieder so haben will, wie zu „Führers Zeiten“ – die Nationalsozialisten. Verstärkt ist zu beobach-

ten, dass in dieser Fraktion die Anhänger der Brüder Strasser mit ihrer nationalrevolutionären Ideologie immer stärker werden. Die beiden Flügel harmonisieren sehr gut miteinander, es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung strategischen Inhalts ist, denn die Idee eines „Nationalen Sozialismus“ findet im Osten mehr Sympathisanten. Deshalb wendet sich in Ostdeutschland diese Fraktion den Ideen der Brüder Strasser zu.

Die zweite Hauptströmung wird mit dem Begriff „Neue Rechte“ umschrieben. Sie gilt als die intellektuelle Schaltstelle und Ideologielieferant für die extreme Rechte, aber auch für bürgerliche Rechte und Konservative. Die „Neue Rechte“ ist ein Organisationsgeflecht zwischen Intellektuellen, Publizisten, Wissenschaftlern, Verlegern und politischen Akteuren, die ihre Aufgabe darin sehen, die rechtsextreme Ideologie zeitgemäß aufzubereiten. Die „Neue Rechte“ erarbeitet Argumentationsmuster, um sie den unterschiedlichen rechtsextremen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Diese modifizieren die Argumentation dann entsprechend ihrer jeweiligen Zielgruppe. „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des „Ewig-Gestrigen“ passen. ... Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. ... In der Fremdarbeiter-Frage etwa ernet man mit der Argumentation „Die sollen doch heimgehen“ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: „Dem Großkapital muss es verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden. Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer wird aber grundverschieden sein.“ (Thora Ruth 1973)

Die „Neue Rechte“ hat es in den letzten Jahren geschafft, mit ihrer politisch-ideologischen Programmatik weit über die neurechten Diskussionszirkel hinaus in die konservativen, liberalen und linken Intellektuellendiskurse hineinzuwirken. Sie ist natürlich auch in den programmatischen Aussagen in der praktischen Politik aufspürbar – in den Unionsparteien von Stoiber über Lummer, Schönbohm, Heitmann bis hin zu Schäuble, in der FDP von den Berliner Nationalliberalen bis hin zur Anhängerschaft des Jörg Haider in der FDP, ja sogar bis hinein in SPD, Grüne und PDS. Der „Neuen Rechten“ gelingt es, reale oder vermeintliche Probleme der Bevölkerung von rechts aufzugreifen und zu ideologisieren. Deshalb erreicht sie mit ihren Argumentationsmustern nicht nur die extreme Rechte, sondern dringt tief in die Gesellschaft ein. Auch viele Argumentationsmuster der offiziellen Politik stammen aus den Denkfabriken der „Neuen Rechten“.

Rassismus, Revisionismus, Antisemitismus sowie der Hass auf die antifaschistische Linke (Anti-Antifa-Kampagne) schweißt die extreme Rechte und

Teile der bürgerlichen Rechten immer wieder zusammen und ermöglicht ihnen, große gesellschaftliche Bündnisse und Kampagnen zu starten. Wie zuletzt bei der Kampagne gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ und der rassistischen CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft („Deutschland muss in Kreuzberg wieder erkennbar sein“ – Aufkleberaufschrift der Jungen Union Kreuzberg).

Der organisierte Rechtsextremismus äußert sich in unterschiedlichen Formen, zum einem in Parteistrukturen (z.B. REPublikaner, Deutsche Volks-Union, Nationaldemokratische Partei Deutschlands), aber in letzter Zeit verstärkt in schwer durchschaubaren Organisationsmodellen (z.B. Ideologiezirkeln, Kameradschaften, Zellen, Aktionsbündnissen, temporären Organisationen, Zusammenhängen mit ständig wechselnden Namen).

Zwar wurden öfters einzelne Vereine und Parteien (Wiking Jugend e.V., Freiheitliche Arbeiterpartei, Nationalistische Front...) verboten, aber die Kaderstrukturen blieben immer erhalten.

So konnten nach den Partei- und Vereinsverboten Anfang der neunziger Jahre die organisierten Infrastrukturen überleben und sich neu organisieren. Dabei kamen sich die unterschiedlichen Strömungen (nationalrevolutionär – nationaldemokratisch – nationalsozialistisch - nationalistisch) näher. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelten sich viele neue Projekte und langfristige Kooperationen in der extremen Rechten: gemeinsame Diskussionszirkel & Seminare, Zeitungsprojekte, Anti-Antifa-Kampagne, die Nationalen Info Telefone, die verstärkte Zusammenarbeit mit und in der NPD/JN, die Nationalen + Sozialen Aktionsbündnisse ... sowie viele gemeinsame Kampagnen.

Die Publikationen, Zeitungen (von der Jungen Freiheit bis zu Skinheadfanzines), Internetseiten und Infotelefone sind ein wichtiger Teil der Kommunikations- und Informationsstruktur und damit der Vernetzung der extremen Rechten. Sie haben dazu beigetragen, dass sich die extreme Rechte sehr schnell um- bzw. reorganisieren kann. Selbstverständlich dienen sie auch der öffentlichen Meinungsverbreitung und damit dem Versuch, neue Sympathisanten zu erreichen.

Doch die wenigsten Menschen, die rechtsextreme Denkmuster vertreten, sind in rechtsextremen Organisationen organisiert oder überhaupt organisiert. Es sind Mentalitätstraditionen, die eine große Rolle spielen. Konformismus und Kleinbürgerlichkeit hat von jeher in Deutschland Tradition, sei es in der Weimarer Republik, im 3. Reich oder in der DDR/BRD. Gerade seit der deutschen Einheit verbreitet sich das Gefühl, „man ist wieder wer“ (Überlegenheitsgefühl), in Deutschland immer weiter. Das Selbstverständnis als ordentlicher und arbeitender Deutsche bedeutet immer Intoleranz

gegenüber Arbeitslosen, „dreckigen“ Asozialen, ImmigrantInnen und prägt so den deutschnationalen Konsens in der Gesellschaft.

Dazu sagte die Psychologin Prof. Dr. Birgit Rommelspacher in einem Interview in der Jungle World: „Meist wird in der Diskussion der Rechtsextremismus als Symptom für etwas anderes verstanden – als Ausdruck von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit oder Protest. Er wird aber selten als in der Tradition von Nationalismus und Überlegenheitsdenken wahrgenommen, die auch in den Familien, im sozialen Umfeld und in der Politik vorherrscht. Familienuntersuchungen zeigen z.B., dass Jugendliche in keinem Punkt so stark mit den Eltern übereinstimmen wie in Fragen der politischen Einstellung. ... Die meisten Jugendstudien hingegen gehen beim Rechtsextremismus von psychosozialen Problemlagen aus. Ich möchte entgegenhalten, dass dies primär ein politisches Phänomen ist, das durch soziale Probleme zwar verschärft werden kann, aber nicht hergestellt wird; sonst müssten alle Arbeitslosen nach rechts tendieren, und das ist keineswegs der Fall. Auch Menschen in beruflich und sozial stabilen Verhältnissen tendieren nach rechts.“

Eine wichtige Rolle in der Vermittlung rechter Ideologie, besonders bei Jugendlichen, spielen die Musik und die dazugehörige Mode (= Subkultur). Der rechtsextreme Musik-Verleger Torsten Lemmer ruft dazu auf: „In Zukunft sollte es für jede Partei heißen: Musik prägt unser Vaterland.“ Und er arbeitet aktiv an der Umsetzung dieser Parole. Nachweisbare Versuche der Einflussnahme von rechts gibt es im Hippie, Techno, New Wave, Gothic, Industrial, Folk, Punk, Heavy Metal, Psychobillie, Hardcore und Vegan-Bereich. In jeder dieser Szenen gibt es kulturelle Eigenheiten, an denen Rechtsextremisten ansetzen können, um ihre Ideologie zu verbreiten. In fast jedem Jugendkulturbereich gibt es Rechtsextremisten, denn diese spiegeln nur den Zustand der Gesellschaft wider – sie werden rechter.

Hinter dem Versuch, auf die Jugendkulturen Einfluss zu nehmen, steht eine lange Tradition. Schon in den 20er Jahren wurde das zur Gitarre gesungene Lied als Ausdrucksmittel und Propagandawerkzeug der Faschisten genutzt. So wird auch heute gezielt von rechter Seite versucht, auf Subkulturen Einfluss zu nehmen und sie politisch zu agitieren. In vielen Teilen Ostdeutschlands ist es ihnen gelungen, durch die rechte Subkultur die politische Landschaft nicht nur unter Jugendlichen zu prägen. Durch Gewalt und Einschüchterungen anderen Subkulturen gegenüber wird versucht, alle Alternativen zur rechten Subkultur zu behindern und zu zerstören. Diese Strategie ist darauf ausgerichtet, die kulturelle Hegemonie unter Jugendlichen zu erreichen.

Zusammenfassend lassen sich folgende rechtsextremen fraktionsübergreifenden Einstellungspotentiale feststellen:

- *Nationalismus*: antidemokratische Integrationsideologie, Nation wird als primärer Bezugsrahmen für das Individuum gefasst, dem alle anderen Werte und Interessen unterzuordnen sind, Nation steht als höchster Wert über den Menschenrechten
- *Minderheitenfeindlichkeit*: Ausgrenzung, Abwertung der nicht zur Eigengruppe gehörenden Menschen, Ablehnung bestimmter Rechte für andere, die sich durch ethnische oder andere Merkmale unterscheiden, Aufwertung der Eigengruppe (Ethnozentrismus), Betonung des Rechts des Stärkeren – Sozialdarwinismus
- Revisionismus: Leugnung und Verdrehung des Nationalsozialismus und der damit verbundenen einmaligen Verbrechen, Reduzierung der Schuld auf einige wenige
- *Geschlechterrollen*: die Reduzierung der Frauen auf die Rolle der Hausfrau und Mutter, die Rolle des Mannes als „Kämpfer“ und „Ernährer“ der Familie
- *Autoritarismus*: Staat steht über der Gesellschaft, Gehorsam um des Gehorsams willen
- *Antipluralismus*: Vorstellung der Identität von Volk und Regierung, der sich individuelle oder gruppenspezifische Interessen zu unterwerfen haben, Idee von der Volksgemeinschaft

Diese Denkmuster und Ideologiemerkmale stehen im krassen Gegensatz zu den Idealen und der Programmatik der PDS. Die Versuche der Rechtsextremisten, Anknüpfungspunkte in der linken Tradition für sich in Anspruch zu nehmen, müssen auf ganzer Linie zurückgewiesen werden. Erst recht muss dem Versuch der Rechtsextremisten, Bündnisse mit Teilen der Linken einzugehen, entschieden entgegengetreten werden. Uns verbindet nichts mit den Rechtsextremisten, auch wenn sie Forderungen, die unseren entsprechen, vor sich hertragen. Dies ist nur ein weiterer Versuch, die emanzipatorischen Linken zu diskreditieren und/oder in die reaktionäre rechte Ideologie einzubinden.

Die Antwort auf die rechte Vereinnahmung kann nur der konsequente Kampf für soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität, Demokratie, Menschenrechte und die Grundsätze der französischen Revolution sein. < Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit.

Die PDS muss die bestehenden antifaschistischen Strukturen in ihrer Arbeit unterstützen und mit ihnen zusammen gegen die antiemanzipatorischen und antidemokratischen Bestrebungen der Rechten vorgehen. Vor allem in der PDS und in ihrem Umfeld muss Aufklärungsarbeit geleistet wer-

den. Denn nur die Aufklärungsarbeit über die tatsächlichen Ursachen wirtschaftlicher und sozialer gesellschaftlicher Probleme sowie rechtsextremer Strategien und Ideologien kann Menschen aktivieren, sich auch aktiv an der Bekämpfung des rechten Mobs zu beteiligen. Nur eine offensive Auseinandersetzung kann verhindern, dass rechte Ideologien zur Normalität wird.

Katrin Framke ist Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Ralf Fischer ist Journalist.

Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit

Einleitung und Vorstellung

1987 war ich kurze Zeit Beauftragter im Innenministerium der DDR und habe mich in der Abteilung „Kriminalpolizei“ mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt. Unser erster Forschungsbericht bedeutete damals das Ende der Arbeitsgruppe und trieb die Forschung in die Illegalität. Zur Zeit der Wende bin ich wieder in den Bereich Rechtsextremismus hineingekommen als Leiter der Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt bis zu dessen Auflösung Ende 1991. Danach ging ich dem Rufe der Bundesregierung folgend zum Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt am Main. Ich habe dort das Bundes-Modellprogramm „Gegen Aggression und Gewalt Jugendlicher“ (AgAG) in den fünf neuen Bundesländern mit vorbereitet und war zuständig für die Verlaufsdocumentation im Bereich Rechtsextremismus und Gewalt. Bereits zu dieser Zeit ist mir aufgefallen, dass der Ansatz des Programms seine Tücken in sich barg, was dann zu herben Auseinandersetzungen auch innerhalb des Programms geführt hat. Dies veranlasste mich zur scharfen Kritik an der so genannten „akzeptierenden Jugendarbeit“. Zumal vor dem Hintergrund anderer gesellschaftspolitischer und sozialökonomischer Grundsituationen in Ostdeutschland. Das ist eine zentrale Frage und auch eine Kritik an der „Bremer Schule“ und deren Mentor, Franz Josef Krafeld, der dieses Konzept unter ganz anderen Rahmenbedingungen entworfen hatte.

Ich habe mich schließlich selber mit Recherchen im Bereich Rechtsextremismus beschäftigt und auf konkrete Probleme des AgAG-Programms aufmerksam gemacht. Ein kurzes Beispiel aus Weimar: Die Klienten hängten dort Hakenkreuzfahnen auf, während der Sozialarbeiter Kellner spielte. Anschließend sind die Kameraden aus Hessen, Thüringen, Sachsen und Brandenburg zum Spanferkel-Essen gekommen, und das Ganze hat dann

die Bundesregierung seinerzeit bezahlt. Bier floss in Strömen, und alle sangen fröhlich SA-Lieder, bis es dann zu einer öffentlichen Berichterstattung in den Tagesthemen kam. Das war glücklicherweise das Ende des Projekts.

Nach meiner Arbeit im ISS trat das „Mobile Beratungsteam Brandenburg“ an mich heran, bei dem ich nun seit 1994 tätig bin. Wir sind natürlich innerhalb des „Mobilen Beratungsteams“ sehr viel vor Ort, so dass ich hier von meinen praktischen Erfahrungen berichten kann. Im Zuge der Dezentralisierung unserer Arbeit, sind die Stellen 1999 von drei auf 12 _ erhöht worden, in Brandenburg gibt es mittlerweile fünf Anlaufstellen, in denen sich zwei bis drei Leute mit regionalen Schwerpunkten beschäftigen.

1997 gab es dann einen Kreis von Leuten, quer durch die neuen Bundesländer, der sich für die Entstehung eines Ortes der theoretischen Reflexion und der Förderung von praktischen Diskursen, verbunden mit dem Produzieren von Materialien, einsetzte. So kam es mit Unterstützung durch die Freudenberg Stiftung in Weinheim zur Gründung des „Zentrums Demokratische Kultur“. Das Zentrum sollte als Multiplikatorensystem für die neuen Bundesländer dienen. Inzwischen haben wir auch eine Reihe von Schriften herausgebracht und versucht, die Grundsituation in den neuen Bundesländern zu analysieren, was die Debattenlandschaft enorm bereicherte. Das war wichtig, denn wenn Widerspruch entsteht, ist das ein Zeichen dafür, dass man den Nerv getroffen hat. Auch innerhalb der PDS bekanntermaßen, der ich nicht angehöre.

Zur gegenwärtigen Situation in den neuen Bundesländern

Völkische Stimmungen

Die Grundproblematik, die mich in diesem ganzen Zusammenhang beschäftigt, ist das Anwachsen – Angela Marquardt hat schon drauf hingewiesen – von völkischen Stimmungen im Durchschnitt der Bevölkerung. D.h. die Normalisierung völkischer Ideen und Einstellungen in allen Altersgruppen. Erstaunlich dabei ist, dass sich diese völkischen Stimmungen nicht eindeutig in den Wahlen widerspiegeln. Sie werden vielmehr aufgesaugt durch das gesamte politische Spektrum: durch die Sozialdemokratie, die PDS und die Union. Und die Risse, die geistigen Risse zwischen Demokratie und Rechtsextremismus und völkischen Ideen, sind quer durch alle politischen Parteien gestreut.

Das führt natürlich auch dazu, dass rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen auf der Ebene der Alltagsrealität, im Sinne des Begriffs des

kulturellen Alltags, Normalität geworden sind. D.h. also, diejenigen die das als kritikwürdig empfinden, diejenigen, die Gegenwehr üben, werden in den Alltagskontexten immer mehr zu Exoten. Das ist gerade in jenen Kommunen besonders stark zu bemerken, in denen eine hohe Kontrolldichte herrscht. Je kleiner die Kommunen werden und dieses Denksystem durchschlägt, also die völkischen Ideen zu Normalität und zur Hegemonie werden, umso mehr werden die Leute stigmatisiert, die sich diesem Diskurs entgegenstellen. Das ist natürlich kein starres System, sondern ein hoch dynamisches, das auch wieder auflösbar ist.

Es gibt wirksame Synthesen mit der in der ostdeutschen Landschaft weit verbreiteten Enttäuschung von Demokratie und Kapitalismus, dem Gefühl der historischen Betrogenheit und dem Bewusstsein, als Menschen zweiter Klasse zu fungieren. Das sind in der kollektiven Psyche formulierte Anklagen an die westdeutsche Gesellschaft, die es nicht vermocht hat, die historischen Verheißungen von „Gleichheit und Gerechtigkeit“ und „blühenden Landschaften“ nach historischer Sträflingszeit einzulösen. Statt dessen ist ein als wild und kriminell empfundener Kapitalismus zu verarbeiten, der mit einer weitläufig als unfähig eingeschätzten Politik die Probleme verstärkt, soziale Gerechtigkeit nicht sichert und Zukunftshoffnung nicht zu geben vermag.

Der Dreh- und Angelpunkt ist in diesem Zusammenhang die so genannte „Ausländerfrage“, die der „Zukunft des deutschen Volkes“ und der Entlastung von Plagen wie Kriminalität, Drogen, Gewalt und massenhafter Arbeitslosigkeit, entgegensteht. Ein weit verbreitetes Gefühl im Osten, stets offen ausgesprochen. Die sozialen, politischen und kulturellen Fragen werden durch diese Anschauung prismatisch gebrochen und in der Formel „Ausländer raus“ zusammengefasst.

Diese Formel gibt es im Alltag in verschiedenen politischen und ideologischen Verkleidungen. Die Zukunftsfragen werden an ein ethnisch-kulturelles oder gar an ein offen rassistisches Prinzip gebunden. Dieses sei auch Kern der deutschen Schicksalsgemeinschaft, die inhaltlich – nicht immer direkt begrifflich – als Volksgemeinschaft gedeutet wird.

Das ist übrigens auch eine massive Tendenz in der westdeutschen Gesellschaft, so dass die neuen Bundesländer nicht allein auf weiter Flur stehen und nicht mit Häme und Abscheu auf sie gewiesen werden kann.

Die Parteien: Republikaner, DVU und NPD

Trotz des Zuwachses der Sympathie der Wähler gegenüber den rechtsextremen „Altparteien“ der alten Bundesrepublik Deutschland insbesondere der *Deutsche Volksunion (DVU)* und *Die Republikaner (REP)*, konnten sie

sich auch nach fast zehn Jahren in den neuen Bundesländer noch nicht so recht häuslich und umfänglich einrichten.

Die Wahl der *DVU* in die Landtage von Sachsen-Anhalt und von Brandenburg sowie entsprechende Mitgliederzuwächse durchbrechen diese Einschätzung grundsätzlich nicht. Wenngleich: hier zeigte sich ein Zeitfenster; ein Durchbruch der rechtsextremen Parteien in die politische Bedeutung ist möglich. Zugleich sind hier Orientierungszeichen gesetzt. Ob sie im Sinne der *DVU* wirksam werden bleibt abzuwarten.

Die Partei *DIE REPUBLIKANER (REP)* fristen neben anderen rechtsextremen politischen Projekten momentan in den neuen Bundesländern eher ein Schattendasein und mussten Potenzial an die *DVU* abgeben. Punktuell kooperieren *Republikaner* mit der *Deutschen Sozialen Union*, diese hat zunehmend weniger Scheu, die *NPD* anzusprechen.

Die Mitgliederzahlen der ostdeutschen Landesverbände der *REP* pendelten sich bei 200–300 Mitgliedern ein, Tendenz sinkend. Der Wahlerfolg der *DVU* bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt, bewirkte eine Erosion der Partei einschließlich des Wechsel von Mitgliedern der *REP* zur *DVU*. So besteht der Landesverband Sachsen–Anhalt gegenwärtig fast nicht mehr.

Die geringste Akzeptanz besitzen die *REP* bei jungen Menschen in den neuen Bundesländern, die im Falle einer rechtsextremen Orientierung sich eher den nationalsozialistischen oder nationalrevolutionären Kameradschaften, Skinheadsektionen der Marke Hammerskin oder Blut und Ehre und deren sozialem Betrieb zuwenden. Die Bemühungen der Parteien seit 1990 und insbesondere seit 1996 junge Leute gezielt anzusprechen, schlugen weitgehend fehl.

Gegenüber den *REP* und der *DVU* war das Wachstum der *NPD* insgesamt eher rasant, war doch der Identifikationswert der *NPD* gerade für ostdeutsche Jugendliche ungleich höher. So verfügte die *NPD* im Jahre 1992 über 800 Mitglieder in Ostdeutschland. Ein Wert, der in der Gegenwart allein in Sachsen mit 1600 Mitgliedern verdoppelt wurde. Ein Vorteil für die Partei war, dass sie in keiner Weise Abgrenzungen zu NS-Strukturen aufbaute, was in der westdeutschen Mutterpartei teilweise mit Sorge betrachtet wurde.

Besonders in Thüringen und in Sachsen gelang es der *NPD* und ihrer Jugendorganisation *JN* mit einer aktivistischen und kultursubversiven Strategie, die Gewalt zwangsläufig mit einschließt, örtliche und regionale Zentren zu bilden. Diese Strategie bindet vor allem die anwachsende rechtsextreme Jugendbewegung, operationalisiert politisch und hält die demokratischen Kräfte in Schach oder paralysiert sie gar. Hier ergab sich der Ansatz für eine Erneuerung der Partei über ostdeutsche Verhältnisse. Die gegenwärtige Mehrheit des *NPD*-Bundesvorstandes treibt den Prozess voran und

nutzt dazu die Strukturen der dezentralen Vernetzung und der Förderung hegemonial gesicherter Räume, die über Raumordnungskämpfe gewonnen werden. Beliebterweise nutzen die „Kameraden“ staatlich finanzierte Sozialstationen, aus denen sie mitunter Hilfe aus den Reihen von Sozialarbeitern erfahren, die individual-therapeutische Anwendungen zeigen und zu allem Überdross durch Jugendverwaltungen in naiver Weise als kompetent und konzeptsicher eingestuft und finanziert werden.

Die heutigen Wurzeln der *NPD* und ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten (JN)* befinden sich in den neuen Bundesländern vor allem im Boden einer rechtsextrem-orientierten Jugendkultur, die in der Lage ist, erhebliche soziokulturelle Kapazitäten aufzubringen und sozialräumliche Dominanzen herzustellen. Sie erweist sich als ein sich selbst organisierendes soziales System, was in Korrespondenz mit der Entwicklung der *NDP/JN* und den so genannten „*autonomen Kameradschaften*“ die Qualität einer manifesten soziokulturellen Institution erlangt. Ohne staatliche Finanzen, nur durch die Kraft der psychisch-kollektivistischen Elemente und der ideologischen Texturen, die durch ihre Träger als Sprungbretter der „wahren Freiheit“ erlebt werden. Hieraus nährt sich die Vitalisierung der *NPD*, zugleich wirkt sie massiv fördernd auf die Jugendszenarien zurück.

Rechtsextreme Jugendszenen und -milieus

Nach der Hochphase der Skinheads in Ostdeutschland Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre entwickelte sich aus der Skinheadstruktur heraus eine recht heterogene Jugendkulturlandschaft, die sich als „rechts“ im Sinne eines Pop-Systems und eines sozialen Aufbruchs versteht. Die innerlich bindenden ideologischen Texturen sind rechtsextremer und völkischer Natur, was sehr deutlich in der Symbolik und in popkulturellen Produktionen zum Ausdruck kommt. Völkische und rechtsextreme Bilder der Geschichte, des Gesellschaftszustandes und des Menschenbildes bestimmen das Bewusstsein in den Szenen und Jugendmilieus, die in den Kommunen und Regionen erheblichen Einfluss auf die jeweils nachwachsenden Jahrgänge als neue Sozialisationsmacht besitzen.

Der quantitative Anteil rechtsextrem-orientierter Milieus im Jugendbereich bis zum Alter von etwa 30 Jahren kann schwer verortet werden. Anschwellen und Abflauen ist in den verschiedenen Regionen und Kommunen festzustellen. Solche Entwicklungen greifen auch zunehmend in den alten Bundesländern Raum, wenngleich sie dort noch marginal erscheinen.

Soziologische Messergebnisse in Ostdeutschland verweisen auf ein Band von 10-40 %. Manche Vor-Ort-Berichte setzten solche Zahlen als weitaus zu niedrig an. An der Stelle erweist sich das Fehlen einer interdisziplinären

und modernen Rechtsextremismusforschung, die sich nicht nur immer einzelne Aspekte herausgreift.

Ein erwähnenswerter Punkt ist, dass sich in den letzten drei Jahren die Orientierungen der rechtsextrem-orientierten Szenen und Milieus in Richtung germanisch-heidnischer Mythologie verbunden mit rassistischer Reichsidee deutlich verstärkt haben. Das ist gerade vor dem Hintergrund einflussschwacher christlicher Kirchen bedeutsam, zeigt sich rechtsextreme Ideologie nunmehr auch als Religion, auch als politische Religion, die esoterische Aspekte einschließt. Es wird überhaupt sichtbar, dass die verschiedenen ideologischen Facetten des Rechtsextremismus und des völkischen aufeinander zu wachsen und immer neue qualitativ höher entwickelte Synthesen mit stärkerem sozialen Einfluss hervorbringen.

Gewaltkontexte

Gewalt spielt in den rechtsextrem-orientierten jugendlichen Milieus eine besondere Rolle. Sie ist ein integrierendes Moment und Aufbaustoff für das individuelle Ich eines Teils der rechtsextrem-orientierten Szene. Insofern saugt sie beständig vielfältige Persönlichkeitstypen an, darunter auch psychopathologische; hier wird der durch Drohung und Gewalt erzeugte Machtkontext wirksam. Den einen ist er Ausdruck ihrer aggressionsgeladenen Gewordenheit, den anderen verheißt er Schutz durch Teilhabe an der Macht, wieder anderen gibt er die Illusion von Persönlichkeit und Omnipotenz. „Führernaturen“ finden hier ihr Element.

Gewalttaten entspringen in der Regel aus zwei Grundsituationen, wobei die erste überwiegt. Da ist das aggressive Aufschaukeln einer Situation in Berührung mit „Feinden“ und ihre Entladung in der Gewalt. Trunkenheit-sentgleisungen sind dabei eine begünstigende Bedingung, aber nicht die Ursache. Die zweite Situation ist die Beurteilung von „Feinden“ und ihre mehr oder minder qualifizierte und geplante methodische „Bekämpfung“. Hier spielt auch ein spezifisches Raumordnungs- und Machtfeldbewusstsein eine Rolle, wo eigene Einflussgebiete definiert werden, die nach Maßgabe der eigenen Kraft ausgeweitet werden. Mitunter werden sie in der Szene als „national befreite Zonen“ bezeichnet. Äußerlich mutet dieses Verhalten wie der „Kampf rivalisierender Jugendbanden“ an, so möchten es zumindest die Lagerdarsteller der Polizei immer wieder suggerieren. Tatsächlich handelt es um einen ideologisch gegründeten Kleinkrieg gegen „Feinde“ um Raumordnung. Dort wo der „Feind“ fehlt, bedarf es keiner Gewalt. So freuen sich biedere Bürger über die guten „Rechten“, die so friedlich sind und alte Omas in Frieden ziehen lassen und darüber, dass es keine „hässlichen und stinkenden Punks“ mehr gibt.

Angesichts der Feindbildpalette („Kanacken“, „Zecken“, „Undeutsche“, Juden, Schwule, „Kinderficker“, „Politbonzen“, „genotypisch Behinderte“ usw.) ist nachvollziehbar, dass in der Szene ständig Alarmstimmung herrscht, d.h. der Pegel an Gewaltbereitschaft enorm hoch ist. So ist es zu erklären, dass so genannte „Spontanataten“ ablaufen, ohne dass es ein längeres Vorspiel gibt. Entscheidend ist das soziale Reiz-Reaktionsmuster, das dem klassischen Aggressionsauslösemuster in übertragener Weise folgt. In einem solchen Sinne sind junge Leute, die sich in der rechtsextrem-orientierten Szene vor allem in ihrem militanten oder pauperischen (d.h. „verarmten“, Anm. A.-S.S.) Segment aufhalten und sich mit ihr identifizieren, stets kriminell gefährdet.

Rechtsextreme Gewalt ist nur zu einem Teil „politisch-motivierte“ Gewalt, wie sie die Behörden der inneren Sicherheit definieren. Sie ist vor allem ein ideologisch und sozialpsychologisch gegründeter Handlungskomplex, der motivational aus weltbildlichen Definitionen entspringt und im Sinne des Rechtsextremismus intendiert und funktional ist. Der implementierte ideologische Glaube lässt in den Gruppen und Köpfen eine Spannung zu den „Feinden“ entstehen, ein Ungleichgewicht, das mit dem Erscheinen eines „Feindes“ über Aggression und Gewalt strategisch aufgelöst werden soll. Bei den Tätern sind immer wieder auffällig: Gereiztheit, Intensitätssteigerung, Umweltblindheit, Borniertheit.

Strategien der Rechten

Die Strategien der Rechtsextremen haben sich geändert. Während Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger im Wesentlichen zwei strategische Linien bestanden – zum einen die parlamentarische Option (*Republikaner*), zum anderen die Errichtung öffentlicher Reklame- und Propagandaflächen (Michael Kühnen / *Neue Front*) –, hat man sich in den letzten Jahren sehr deutlich auf das Modell der kulturellen Hegemonie bzw. Subversion kapriziert: eine Art „Gramsciismus von Rechtsaußen“, nachzulesen in der ersten Ausgabe der *Jungen Freiheit* oder bei Alain de Benoist in seinem Buch „Aufstand der Kulturen“. Gleichzeitig wurde die Frage der nationalen Jugendarbeit in einem Papier des *Nationaldemokratischen Hochschulbunds Deutschlands* thematisiert. Wichtigster Kernpunkt dieser kulturellen Subversionsidee ist, die Mentalität von Menschen zu ändern, alltagskulturelle Momente stehen im Mittelpunkt. Konkret im Jugendclub heißt das, dass ständig rechte Musik gespielt wird, eine entsprechende Mode entsteht und nationalistische Eßgewohnheiten kultiviert werden oder sogar die Partnerwahl nach völkisch-arischen Gesichtspunkten erfolgt.

Die zweite Strategie ist die Entwicklung eines modernen Organisationschemas, wie es beispielsweise von der *NPD* in der *Deutschen Stimme* formuliert wird. Man will weg vom alten Führer Gefolgschafts- und Zentralismus-Modell, hin zu einer Mischung aus Basisdemokratie und Autoritarismus, ähnlich dem Demokratische Zentralismus bei den Marxisten-Leninisten. Das Prinzip ist einfach: dezentrale Vernetzung, im Mittelpunkt der kommunale Nahraum, Mentalitätsänderung und Herstellung der Organisationsmacht auf der Ebene der Kommune. Hieraus erklären sich auch die Kameradschaftsbildungen vor Ort, die als Kristallisationskerne für den auf die Mentalität gerichteten Rechtsextremismus fungieren. Hinzu kommen überregionale Debatten in entsprechenden Zeitungen und Zeitschriften. Im Unterschied zu den herkömmlichen Parteien und auch im Gegensatz zur *DVU* von Gerhard Frey sind die genannten Strategien sehr basisorientiert ausgerichtet.

Politisch gebunden werden diese Ansätze in der Gegenwart vor allem durch das System der dezentralen Vernetzung und der nationalsozialistischen Kameradschaften, die teilweise durch die *NPD* assimiliert wurden. Inzwischen bewegen sich die Kameradschaften aus der Partei auch wieder heraus, da die Ausübung von Gewalt bei der *NPD* abgelehnt wird, wobei die Kontaktfelder weiterhin bestehen bleiben¹.

Strategien gegen Rechtsextremismus

Staatliche Strategien

Die Beschreibung des Rechtsextremismus und seiner sozialen und politischen Relevanz im staatlichen Bereich durch die Behörden der inneren Sicherheit war bisher überwiegend von der Bewertung der *politischen Aktivität* rechtsextremer Organisationen gekennzeichnet und schloss Gewaltphänomene zu einem Teil ein. Dabei ist zu beachten, dass die statistischen Erfassungsinstrumente aus definitorischen Gründen gegenwärtig noch nicht auf den Gesamtkomplex rechtsextremer Gewalt ausgerichtet sind. Problematisch dabei ist vor allem die offensichtliche Zunahme der Dunkelziffern. Insofern ist den offiziellen Statistiken tendenziell misstrauisch zu begegnen, wengleich sie durchaus relativ exakt erhoben sind.

In Leipzig-Grünau haben wir ein Dunkelfeld von 1:12 errechnet, d.h. auf eine angezeigte kommen zwölf nicht angezeigte Gewaltstraftaten. Hieran wird der Grad der Hegemonie vor Ort sehr deutlich, also das öffentliche Mobbing-System und die Ermittlungs- und Beweisführungserfolge der Staatsanwaltschaft. Ist natürlich die Hegemonialstellung erst einmal soweit

gefestigt, dass es der Gewalt vor Ort gar nicht mehr bedarf, dann gerät das Problem oft aus dem Blick der Kommune, obwohl die rechten Jugendlichen weiterhin im örtlichen Jugendclub anzutreffen sind. Berichtet dann beispielsweise die Presse über Kameradschaftsabende im Jugendclub, werden nicht die Rechten, sondern die Journalisten als Störenfriede empfunden.

Die bisherige Forschung war zu stark auf die Jugendproblematik konzentriert. Erst in letzter Zeit traten Feldforschung und Potenzialmessungen rechtsextremer Orientierungen stärker hervor, die ein für die Bundesrepublik erhebliches Problempotenzial anzeigen und verdeutlichen, dass nur komplexe Ansätze zur Zurückdrängung rechtsextremer Erscheinungen, die sich als ein massives gesellschaftliches Syndrom erweisen, sinnvoll sein können.

Die Entwicklungen in Ostdeutschland wurden lange Zeit als ein reines Wende- und Jugendproblem missdeutet und ihre historische Komplexität verkannt. Von daher war die Konzentration auf die formale soziale Kontrolle (Polizei und Justiz) und die soziale Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Gewalttätergruppen als gesellschaftlicher Ansatz zu kurz bemessen. So konnte die Normalisierung völkischer Stimmungen im Durchschnitt der Bevölkerung nicht aufgehalten und die Gewalt insgesamt nicht reduziert werden. Auch die Verbote militanter rechtsextremer Organisationen hatten nur eine zeitweilig einschränkende Wirkung. Die Aktivitäten, Verfassungsschutz und Gewaltprävention durch politische Aufklärung zu betreiben, erwiesen sich zwar als sinnvoll, doch konnten sie aber ebenfalls keine Wende herbeiführen.

Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ Jugendlicher in den neuen Bundesländern (AgAG) von 1992 bis 1994 und dessen parallele und nachlaufende Bundes- und Ländermaßnahmen setzten Impulse bei der Entwicklung der Trägerlandschaft in den ostdeutschen Ländern. Jedoch konnte die Infrastruktur und die Qualität der Sozialarbeit nicht so formiert werden, dass sie ein starker demokratischer Faktor in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugend werden konnte. Die häufig anzutreffende Missdeutung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) als formeller Angebotskatalog förderte Wert nihilismus und leistete in Gestalt falsch verstandener „akzeptierender Jugendarbeit“ rechtsextremen Ausbreitungs- und Subversionsbemühungen eher Vorschub. Die Bindung von Sozialarbeit an den zweiten Arbeitsmarkt und das Fehlen von Kriterien und Standards wirken sich verhängnisvoll aus. Die Motivation, die mich damals dazu veranlasste, das AgAG zu unterstützen, war, ein staatliches Instrument zu nutzen, um die Szene zu bearbeiten und zu paralysieren. Ich habe damals ein Gutachten geschrieben, Schwerpunktregionen gezeichnet und ver-

sucht, Ansatzpunkte einzubringen. Allerdings wurde das damals, insbesondere von professoraler Seite, nicht ernst genommen. Es folgte die Reduktion auf einen Gewaltbegriff, dem mit ordnungsinstrumenteller sozialpädagogischer Arbeit begegnet werden sollte. Angesichts der vielen Anschläge auf Asylbewerberheime und der darauf folgenden Aufregung im Ausland, versuchte man, die Lage zu „normalisieren“ und zu entpolitisieren. Hierdurch bekam das AgAG einen sehr technokratischen Charakter. Übrig blieb ein Potemkinsches Dorf: Jugendliche im Osten verstehen die Welt nicht mehr, da ihnen die FDJ-Kette entrissen wurde. Jetzt schäumt die Flasche, und man muss schnell einen Korken drauf machen.

Insofern haben bestimmte Fehldeutungen im AgAG zu falschen sozialpädagogischen Verhaltensweisen und politischen Optionen geführt, etwa bei der Unterstützung von Projekten. Innerhalb des AgAG wurden etwa 140 Projekte gefördert, wovon 40 den Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ praktizierten. Einige Projekte sind regelrecht abgestürzt. Nicht aufgrund des bösen Willens einiger Sozialarbeiter, sondern aufgrund der Philosophie, die ihrer Tätigkeit zugrunde lag. Es gründete sich schließlich auch eine Bewegung „AgAG von unten“, die aber auf wenig Gegenliebe stieß, vor allem nicht beim ISS und beim Ministerium Angela Merkels.

Das AgAG hatte lediglich den positiven Effekt, dass der Trägerlandschaft überhaupt Geld zur Verfügung gestellt wurde. Negativ ist, dass von einer falschen inhaltlichen Grundlage ausgegangen und nicht exakt am Thema Rechtsextremismus reflektiert wurde. Selbst die von Franz Josef Krafeld aufgestellten Grenzen der „akzeptierenden Sozialarbeit“ wurden teilweise missachtet, das ging bis hin zur Bestellung von Bussen für Nazi-Demonstrationen, der Produktion von CDs oder der Erstellung von Homepages, um damit die Kreativität der jungen Menschen zu fördern.

Die Schule ist insgesamt nicht auf die aktuelle Situation eingestellt. Demokratie erfahren und Demokratie leben gehört selten zu den ausgeprägten Qualitäten gegenwärtiger Schule. Die der Schule innewohnenden Potenziale in der Auseinandersetzung mit völkischen Vorstellungen und rechtsextremen Einstellungen werden nur unzureichend freigesetzt.

Eine vorsichtige Trendveränderung zeigt sich seit 1997 an. Neben polizeilichen, justiziellen und jugendpädagogischen Maßnahmen wurde 1997 im Land Brandenburg ein *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* und 1998 ein Landesprogramm für Toleranz, mit den Schwerpunkten Jugend, Zivilgesellschaft und kommunales Handeln ins Leben gerufen. Im Frühjahr 1999 zog die Landesregierung Sachsen-Anhalt mit einem komplexen Ansatz nach. In Mecklenburg-Vorpommern werden diesbezüglich deutliche Anstrengungen unternommen.

Diese Maßnahmen stellen einen bedeutsamen Schritt in der Entwicklung einer komplexen Strategie gegen nationalistische und völkische Tendenzen und dem antidemokratischen Wirken rechtsextremer Strukturen. Zugleich sind diese Schritte im Ansatz dazu geeignet, die Bürger besser auf die kommenden Entwicklungen und Probleme der europäischen und internationalen Ökonomie, der sozialen und politischen Entwicklung zu orientieren.

Zivilgesellschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's)

Die zentrale Frage in der zielorientierten und nicht nur rhetorischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen, nationalistischen und völkisch-rassistischen Tendenzen ist, wie es gelingt, die zivile Gesellschaft zu entwickeln und zur Selbstwirksamkeit insbesondere auf der Ebene der Kommunen zu bringen und eine menschenrechtlichen und demokratischen Werten und Inhalten entsprechende Diskurslandschaft zu befördern.

Die bisherigen Anstrengungen in den neuen Bundesländern waren in der Vergangenheit eher frustrierend als ermutigend, wenngleich viele Initiativen vorhandenen sind.

Ein Mangel besteht in einem relativ niedrigen Niveau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, die Bittstellersituation und die Störenfriedposition überwiegen. Die demokratischen Parteien setzen sich zu diskontinuierlich mit den anliegenden Entwicklungen auseinander, meist dann, wenn Gewalt und Wahlen anliegen.

Ein weiteres Problem besteht in der relativen politischen Ungeschütztheit von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, besonders dann, wenn sie nicht in einen staatlichen Zuwendungsschubkasten eingepasst sind.

Häufig ist das Bild zivilgesellschaftlicher Initiative von Betroffenheit und handlungsseitiger Unklarheit in der Auseinandersetzung gekennzeichnet, was auf einen Mangel an vernetztem Diskurs und Wissen um das Syndrom Rechtsextremismus, Methoden, Möglichkeiten und Grenzen des Handelns verweist. Die Debatte ist zu jugend- und kriminalitätszentriert und davon gekennzeichnet, dass sozial Schuldige ausgemacht werden, meist die Eltern der Jugendlichen. Politische Initiativen werden stark beargwöhnt, wenngleich auch hier nicht der symbolische Gehalt dominiert. Initiativen für den Schutz von Minderheiten und Opfern rechtsextremer Gewalt sind noch nicht ausreichend entwickelt.

Es ist dringlich, ein Bund-Länder-Programm zu entwickeln, durch dessen Verwirklichung

- die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen untereinander und mit staatlichen Handlungsträgern bewirkt wird,

- in pluralistischer Weise zivilgesellschaftliche Handlungsprofile entstehen,
- sich die kommunale Selbstwirksamkeit entwickelt,
- der demokratische und menschenrechtliche Diskurs im Alltag belebt und die demokratische Mitwirkung aktiviert wird,
- Impulse in die staatlichen Handlungsfelder hinein erfolgen.

Dabei ist der Aufbau von Entwicklungs-, Beratungs- und Analysestrukturen unverzichtbar. Instrumente, wie sie in der Wirtschaft- und Politik seit langer Zeit üblich sind. Diese Strukturen übernehmen die Verbindung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, zwischen Wissenschaft und Praxis, fördern den öffentlichen Diskurs und liefern Zustands- und Verlaufsanalysen. Darüber hinaus geben sie Orientierungen in der Bearbeitung der Komplexität der Probleme und Prozesse.

Als Messinstrument lediglich den Gewaltpegel in der jeweiligen Region zu nehmen ist zu einfach. Aus diesem Grund plädiere ich dafür, zunächst eine kommunale Analyse der Situation vorzunehmen. Hierdurch wird die Wahrnehmung geschärft und in der Regel kommt daraufhin ein interessanter Prozess in Gang. Die kommunalen Akteure müssen sich mit der Problematik auseinandersetzen und untereinander verständigen.

Bei unserer Arbeit im „Mobilen Beratungsteam“ beschränken wir uns nicht nur auf Schulen. Gleichwohl bekommen wir immer wieder Anfragen von LehrerInnen und Pädagogen, die aufgrund fehlender Fortbildung handlungsunfähig sind. Im Mittelpunkt aber steht das Klima in den Kommunen, das ja zurückwirkt auf die Verantwortlichen im Jugendbereich und auf andere Berufssparten.

In Frankfurt/Oder haben wir z.B. gemeinsam mit SozialarbeiterInnen ein Plattformpapier formuliert, in dem deutlich darauf hingewiesen wurde, dass Sozialarbeit eine politisch-demokratische Funktion beanspruchen muss und sich nicht zur Animationspädagogik degradieren lassen darf. Vielmehr muss eine geistig-politische Auseinandersetzung geführt werden. Leider ist das Wirkungsfeld der Rechtsextremisten in Frankfurt inzwischen so groß, dass Jugend- und Sozialarbeit dem nicht allein entgegenzutreten können, aber immerhin arbeiten die politischen Gremien in der Stadt nun kontinuierlich an der Problematik.

Zu einfach ist es sicherlich, rechte Jugendliche links liegen zu lassen und sich nicht mit ihnen zu befassen. Man muss versuchen, die Gruppen auseinander zu dividieren, Widersprüche aufzuzeigen, andere geistige Ideen hineinzutragen, damit Kontroversen innerhalb der Gruppen entstehen und Aufspaltungen in Gang gesetzt werden können.

Entwicklung eines komplexen Ansatzes

Es bedarf staatlicher und wirtschaftlicher Impulse sowie finanzieller Unterstützung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der „Dritte Sektor“ muss zu einem ersten Faktor in der Bewältigung demokratiedekompositorischer Probleme und damit auch für die Gestaltung der politischen Kultur und des Wirtschaftsstandortes werden.

Staat und Zivilgesellschaft müssen gleichrangig und kooperativ für die Sicherung der Demokratie gegen rechtsextreme und völkische Entwicklungen handeln. Staatlicher Paternalismus muss ausgeschlossen sein. Der Zivilgesellschaft muss verstärkt Freiraum für Pluralismus, Eigeninitiative, zielorientiertes und kooperatives Handeln und politisches Gestalten eingeräumt werden. Das staatliche Handeln auf allen Ebenen und in allen Bereichen, insbesondere bezogen auf Schule und Jugend muss qualifiziert und auf die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen eingestellt werden. Die Analyse des völkischen, rechtsextremen Syndroms muss intensiviert und an außerstaatliche Agenturen gebunden werden. Das Bewertungsmonopol von Verfassungsschutz und Polizei muss relativiert und durch eine zivilgesellschaftlich institutionalisierte Komponente ergänzt werden, so wie es in der Wirtschaftspolitik üblich ist.

Es muss ein interaktives System von Beratung, Hilfe und Reflexion geschaffen werden, das staatliche und zivilgesellschaftliche Impulse annimmt, verstärkt und in die gesellschaftlichen Diskurse durch Nutzung aller Medien einspeist.

Literatur:

Wagner, Bernd: Jugend-Gewalt-Szenen. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland: Die 80er und 90er Jahre. Materialien Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. Berlin 1995.

Wagner, Bernd: Kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Zentrum Demokratische Kultur (Bulletin). Berlin 1998.

- 1 NPD umfasst hier auch die „Jungen Nationaldemokraten“, wenngleich es zwischen beiden hinsichtlich ihrer Radikalität Unterschiede gibt.

Bernd Wagner, „Zentrum Demokratische Kultur“, Berlin

Junge Faschisten in der DDR

Ob der Rechtsextremismus in den „neuen Ländern“ nur zu verstehen ist, wenn man die Entwicklung vor 1989 mit einbezieht, wie das Bernd Wagner in seiner Studie „Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern“ behauptet und als Kernthese deklariert, ist auf den ersten Blick fraglich. Dennoch ist eine Beschäftigung mit Rechtsextremismus in der DDR unumgänglich im Hinblick auf die Diskussion über eine Wertekontinuität zwischen der Entwicklung in der DDR und der heutigen Stimmung in Ostdeutschland.

Nach der Studie von Bernd Wagner gab es in der DDR vier Entwicklungsstufen für die Entwicklung rechtsradikaler Erscheinungen.

■ Phase 1980/81

Sie war gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen in der jugendkulturellen Szene. Gewaltausübende und Opfer gehören in die gleiche jugendkulturelle Szene.

■ Phase 1982/83

Das Gewaltmonopol in der jugendkulturellen Szene ging auf die Skinheads über. Körperliche Gewalt wurde gezielter als Disziplinierungsinstrument und zur Eroberung von Räumen eingesetzt. Die Anhängerschaft der Skinheads wuchs.

■ Phase 1985/86

In dieser Phase tauchten neue Opferstrukturen auf, denen ein zunehmend ideologisiertes Feindbild zugrunde lag: Ausländer, Schwule, Gruf-ties und Punks. 1985 kam es zur Gewalt gegen dunkelhäutige Ausländer in Eberswalde, Dresden, Ostberlin, Cottbus, Görlitz und Königs Wusterhausen. Eine neue Qualität wurde erreicht und die Gewaltanwendung hat sich differenziert.

■ 4. Phase: 1987/89

Das Jahr 1987 markierte eine qualitativ neue Entwicklungsstufe mit einer Ausdifferenzierung der rechten Szene in „Faschos“ (Selbstbezeichnung) und Skinheads. Die Gruppenstruktur und die Aktivität der Gruppe wurde durch Führer, intelligenten Führungskadern, die die Gruppenmitglieder befehligen, geprägt. Es kam zu ersten regelmäßigen Kon-

takten zwischen ostdeutschen Rechtsextremisten und rechten westdeutschen Parteien. Schon 1989 gab es ein DDR-weites funktionierendes kommunikatives Netzwerk. Die Phase der Ablösung von der jugendkulturellen Bewegung setzte ein, es entstanden neonazistische Konglomerate. Die meisten kreis- und kreisangehörigen Städte der DDR hatten 1989 Nazi-Szenen etwa in der Stärke von 5 – 50 Personen. Ein Hindernis für die weitere Verbreitung der rechtsextremen Szene waren die Sicherheitsorgane der DDR und die mangelnde Medienpräsenz.

Rassistische, antisemitische und faschistische Äußerungen und Handlungen gab es unter DDR-Jugendlichen schon immer. Aus persönlichen Erlebnissen sind uns aus der Mitte der siebziger Jahre Hitlergeburtstagsfeiern, Sammeln von faschistischen Symbolen, Überfall auf Schwulen-Klappen, Hakenkreuz-Schmierereien an sowjetischen Ehrenmalen, wie auch Auseinandersetzungen mit Wolgadeutschen, sowjetischen Soldaten und afrikanischen ArbeiterInnen bekannt. Es waren meistens spontane Überfällen, Möglichkeiten zur Organisation von rechten Jugendlichen waren kaum gegeben. Die Hauptabteilung XX des MfS registrierte in den Jahren 1978/1979 insgesamt 188 Fälle von schriftlicher staatsfeindlicher Hetze mit faschistischem Charakter.

In den siebziger Jahren waren die Fußballfans und Jugendclubs bunt gemischt. Fußballspiele waren die einzigen Orte, wo eigene Fahnen, Symbole und Sprechchöre ohne Repressionen viele Leute erreichten. Es gab regelmäßig Prügeleien mit der Polizei und dem gegnerischen Fanblock. Anfang der achtziger Jahre wurde der Fanblock des 1. FC Union Berlin vom Ministerium für Staatssicherheit mehrheitlich als von „Asozialen und Chaoten“ unterwandert eingeschätzt. Ab 1981/1982 verstärkte sich der Einfluß faschistischer Ideologie in den Fußballstadien der DDR. Das nötige Propagandamaterial und die jeweiligen Kleidungsstücke kamen aus dem Westen von ausgereisten DDRlern oder Naziorganisationen. Die Nationalistische Front (NF) unterstützte so den Fanblock des Stasi-Fußballclubs BFC Dynamo, die Jungen Nationalen (JN) unterstützten den Fanclub des 1. FC Union Berlin. In den Fußballstadien kam es zu Sprechchören, wie „Wir machen Judenverbrennung“, „Hängt ihn auf, das schwarze Schwein“, „Gib Gas, gib Gas wenn der ... durch die Gaskammer rast“, „Fußball in der Mauerstadt, Union spielt jetzt hinter Stacheldraht was Neues in der DDR, der BFC ist jetzt der Herr – Zyklon B für Scheiß Union – in jedem Stadion ein Spion – selbst Ordner sind in der Partei – Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei“ (gesungen nach der Melodie des bekannten Fehlfarben-Songs):

Am 28.2.1982 kam es nach dem Fußballspiel Motor Hennigsdorf gegen FC Union Berlin zu antisowjetischen Ausschreitungen, als auf dem Bahnhofs-

gelände ein sowjetischer Militärtransport einen Aufenthalt hatte. Nach Buh-Rufen kam es zu Beschimpfungen und Gesängen wie „ras, dwa, tri – Ruskis werden wir nie“. Es hagelte Steinwürfe auf sowjetische Soldaten und ein Militärfahrzeug wurde zerstört. Solche Aktionen brachten Sympathie bei vielen Jugendlichen, aber auch älteren Menschen.

Nach Erkenntnissen der Hauptabteilung Kriminalpolizei lautete es zu der Zeit, Anfang der 80 er: Seit 1981 treten sichtbare Elemente nationalistischer und neofaschistischer Ideologie in Erscheinung. Den Personen galt als Symbol des Angriffszieles faule, stinkende, anarchistische Punks, Ausländer, Grufties, Homosexuelle und Menschen jüdischen Glaubens bzw. ihre Objekte. Im Feld weitestgehenden öffentlichen Schweigens entfalten Skinheadgruppen ein sendungsbewusstes Eigenleben gekennzeichnet von erfolgreichem Bemühen um Anhangsgewinn in allen Territorien und den Aufbau konspirativer Strukturen.

Gründungen von faschistischen Kadergruppen, wie der „Wehsportgruppe Bitterfeld“, die sich 1983 gegründet haben soll, wurden nur sporadisch bekannt. 1986 gründeten Lichtenberger rechte BFC-Hooligans die „LICHTENBERG FRONT“ UND 1988 die „BEWEGUNG 30. JANUAR“ – beide hatten engen Kontakt zur FAP. 1988 gründeten ältere Personen, vereinzelt aus staatlichen Organisationen kommend, in Wolgast die „SS-DIVISION WALTER KRÜGER“. In Blankenhain ernannte sich eine Gruppe Anfang 1989 zu „GRAUE WÖLFE“, mit der Forderung „Blankenhain muß negerfrei werden“.

In der Gesellschaft und den Medien wurde das Thema Rechtsradikalismus erst ab dem Überfall auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche 1987 wahrgenommen. Auch das MfS erstellte erst nach dem Überfall eine Übersicht über die in der DDR existierenden Gruppen.

Am 17.10.1987 stürmten 30 organisierte Nazi-Skinheads nach dem Konzert der Musikgruppen „Element of Crime“ und „Firma“ die noch halbvolle Zionskirche. Den Überraschungseffekt ausnutzend prügeln sie auf die Leute ein, die gerade aus einer Tür den Raum verlassen wollten. Dabei riefen sie „Sieg heil“ und „Juden raus aus deutschen Kirchen“. Die Polizei beobachtete nur und griff nicht ein. Auf dem „Nachhauseweg“ schlugen die Nazis mehrere Männer vor einer Schwulenklappe zusammen.

Nachdem die westlichen Medien darüber berichteten, kirchliche Gruppen protestierten, sich eine Anitfa-Gruppe bildete und nicht zuletzt als klar wurde, dass sich mehrere Westberliner Faschisten am Überfall beteiligt hatten, reagierten die DDR-Presse und die Volkspolizei. Beteiligte wurden festgenommen und im Dezember 1987 zu 1,5 bis 4 Jahren Haft verurteilt. Danach wurden in schneller Folge auch andere faschistische Überfälle bekannt:

- 22.3.1987 Zusammenschlagen eines NVA-Angehörigen durch sechs Skinheads in Berlin-Marzahn,
- 29.3.1987 Zusammenschlagen von Punks durch Naziskinheads in einem Bungalow in Berlin-Hellersdorf,
- 11.9.1987 Zusammenschlagen mosambikanischer Menschen in Dresden,
- 31.10.1987 Ausschreitungen im Anschluß an eine Tanzveranstaltung in Velten (Potsdam), Besucher wurden verletzt, die Gaststätteneinrichtung wurde zerstört und danach gab es eine Auseinandersetzung mit der Polizei.

Im Zeitraum vom 1.10.1987 bis 20.1.1988 wurden durch das MfS und die Kriminalpolizei 40 Strafverfahren gegen 108 rechte Jugendliche eingeleitet, davon gingen 94 Personen in Haft. 1988 wurden 185 faschistische Straftaten registriert und 44 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Jahre 1989 wurden 300 „rechte“ Straftaten registriert und 144 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die meisten faschistischen Aktionen wurden aber nicht registriert. Viele Ausländer brachten rassistische Übergriffe gar nicht zur Anzeige. Meistens hieß es von den „Betreuern“, dass sie sich eben an bestimmten Orten nicht aufhalten sollen. Nur Pech, dass sich in vielen Städten die Ausländerwohnheime in den Neubauvierteln also gerade dort, wo rechte Jugendgruppen am stärksten präsent waren – befanden.

Offiziell wurde als Begründung für die Existenz faschistischen Gedankenguts in einem „realsozialistischem – antifaschistischem Staat“ natürlich der negative Einfluß aus dem Westen an erster Stelle genannt. So hieß es bezeichnend in einer Einschätzung der Hauptabteilung XX des MfS vom 2.2.1988: *„Wirkungerscheinungen der politisch-ideologischen Diversionen des Gegners zeigen sich auch nach wie vor in der Herausbildung, Existenz und Profilierung von Zusammenschlüssen negativ-dekadenter Jugendlicher. Kennzeichnend für die politische Entwicklung in der BRD und anderen Ländern Westeuropas, wie auch Westberlins ist, dass sich der Einfluß rechtsextremistischer Kräfte auf Jugendliche verstärkt hat und weiter zunimmt. Rechtsextremistische Vereinigungen der BRD versuchen verstärkt, Skinheads, Rockgruppen und jugendliche Fußballfans auf neonazistische Ziele auszurichten. Diese Aktivitäten der rechtsextremistischen Vereinigung in der BRD blieben nicht ohne Auswirkungen auf Entwicklungstendenzen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR, insbesondere durch die Reisetätigkeit von Skinheads aus dem Operationsgebiet in die DDR.“*

Von dieser rechten Entwicklung waren sowohl die staatlichen Institutionen, als auch die meisten Oppositionsgruppen völlig überfordert. Mit Er-

klärungsversuchen und Alternativen wurde es sich in den bürgerlich-kritischen Gruppen ziemlich einfach gemacht: Realsozialistische Verhältnisse sind nicht gefeit gegen die Entwicklung faschistischen Gedankengutes und faschistischer Gruppierungen, den faschistische Ideologie ist flexibel genug, um auch unter spezifisch realsozialistischen kleinbürgerlichen und bürokratischen Bedingungen ihren Nährboden zu finden. Die entscheidende Antwort auf aufkommende faschistische Bewegungen sei darum die Demokratisierung.

1988/89 entstanden in mehreren Städten der DDR Antifa-Gruppen, die zumeist aus Leuten der offenen Arbeit bestanden. In der kirchlichen Jugendarbeit wurden Versuche der Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen gestartet, was gerade in Berlin mit Konflikten und Prügeleien endete, da Punks und rechte Skinheads die gleichen Räume benutzten.

Die Ursachenforschung des Staates wurde neben dem MfS und der Kripo vom Jugendforschungsinstitut in Leipzig und an der Humboldt-Universität in Berlin durchgeführt. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen kamen nie in die Öffentlichkeit. Bei der Kriminalpolizei wurden die Strafverfahren ausgewertet und analytisch aufgearbeitet. In einer vorliegenden Studie wurden dazu verwendet: Beschuldigtenvernehmungen, Zeugenvernehmungen, Protokolle von Hausdurchsuchungen, Beurteilungen von Arbeitskollektiven, Leitern von Schulen, Jugendhilfe, Verhandlungsprotokolle von einer Personengesamtheit 596 rechter Personen im Zeitraum Oktober 1987 bis 1989.

Daraus ergaben sich folgende Kommunikationsinhalte informeller rechter Gruppen:

- Ausländer in der DDR
- Geschichte der Teilung Deutschlands in folge des 2. Weltkrieges
- Alleinvertretungsanspruch der BRD für das deutsche Volk
- Geschichte des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges
- Arbeitsdisziplin und Organisation im Alltag
- Schlamperei und Vergeudung in der Wirtschaft
- Reiseprobleme und Versorgung mit Konsumgütern
- Probleme mit der Währung der DDR
- Antikommunismus
- Sozialpsychologische Aspekte der Massenmanipulation

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung rechter Gruppen ergab, dass deren Mitglieder 78 % Arbeiter oder Lehrlinge waren. Die Klassenzugehörigkeit der Eltern bestand aus 47 % Arbeitern und aus 24 % Intelligenz (dabei muß berücksichtigt werden, dass in der DDR Mitarbeiter des Staatsapparates und der bewaffneten Organe ebenfalls zur Klasse der Arbeiter ge-

rechnet wurden). Nach Altersstruktur aufgeschlüsselt: unter 18 Jahren 15 %, 18 – 21jährige – 60 %, 22 – 25jährige – 22 %.

Als Gründe für die eigene rassistische Haltung der rechten Gruppen wurden genannt: „Ausländer nehmen den DDR-Bürgern Wohnraum weg, reduzieren durch spekulative Käufe das Industriewarenangebot, schleppen AIDS in die DDR ein, behandeln jede Frau wie eine leicht käufliche Prostituierte, spielen mit ihrer konvertierbaren Währung den dicken Max; ohne dafür ein wirkliches Äquivalent erbracht zu haben, sind auf Krawall und Randalen aus, ihnen wird in der Öffentlichkeit und in den Arbeitsstätten allorts Zucker in den Hintern geblasen.“

An dieser rassistischen Argumentation schloß sich sofort die Kritik an der Haltung der DDR-Regierung an, die dieses alles erst möglich gemacht hätte. Da man keinen Einfluß auf die Politik ausüben könne, muß man es eben am „Objekt“ selbst versuchen.

Am Ende der Studie hieß es „Wir haben es mit einer DDR-spezifischen Modifikation eines allgemeinen Problems der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Demokratie zu tun. Die Sozialstrukturanalyse beweist, dass die tragenden sozialen Kräfte vorerst aus der jungen Arbeiterklasse kommen und durch bisher nicht identifizierte Schichten-Vertreter der Bevölkerung Unterstützung finden.“ Das klingt doch wesentlich anders als es der damalige Mitverfasser der Studie, Bernd Wagner, heute formuliert: „Dem Ursprung nach handelt es sich um spontane Reaktionen auf die wirtschaftliche und soziale Stagnation in der DDR ...“

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des „Telegraph“

Ausländerinnen und Ausländer und die Staatspolitik der DDR

Die DDR war nie ein offenes Aufnahmeland gewesen. Im Gegensatz zum außenpolitischen Internationalismus wurden Ausländer größtenteils als Arbeitskräfte ins Land geholt. Abgeschirmt lebten sie in Wohnheimen, gezwungen zur Anpassung an die DDR-Gesellschaft. Den Anfang mit dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte innerhalb der RGW-Staaten machten die CSSR und die Sowjetunion im Jahre 1957. Damals erklärte sich die Sowjetunion bereit, zur Urbarmachung von Gebieten in Kasachstan 15.000 Arbeiter aus Bulgarien zu übernehmen, die damals keine Arbeit in ihrem Land finden konnten.

Gleichzeitig wurden in den Medien die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter in den westeuropäischen Ländern verurteilt. Vor allem, dass ihnen keine volle Gleichberechtigung mit den deutschen Arbeitern gewährt wurde, dass sie nur die Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Betrieb besaßen, sie nur niedrige Arbeit durchführten und in Gemeinschaftsunterkünften leben mussten. Die Medien der DDR reagierten auf solche Entwicklungen ungewöhnlich hart. Im Berliner Rundfunk ertönte es damals: *„Die Gastarbeiter müssen in einem Land Verdienst suchen, um sich ihre und der ihren Existenz zu sichern. Hier prägt sich ein nationalsozialistischer Zug aus, den wir aus der Vergangenheit nur zu gut kennen: Unterdrückung, Ausbeutung anderer Völker, Rassenhaß und Herrenmenschentum.“* Letztendlich ist aber auch in der DDR genau das eingetreten, wovor DDR-Institutionen in den 50er Jahren gewarnt haben, als sie die damalige Nichtaufnahme von ausländischen Arbeitern begründeten.

Denn zur gleichen Zeit verließen immer mehr Menschen die DDR Richtung Westen. Im Jahre 1960 waren es ca. 200.000 DDR-Bürger. Nach der Grenzsperrung am 13. August lag bis zum Jahre 1988 die jährliche Rate der Flucht- und Übersiedlungsbewegung bei ca. 20.000 Personen. 3,5 Millionen Menschen verließen insgesamt die DDR zwischen 1949 und 1989. Die Flüchtlingsbewegung 1960/61, wie auch die angestrebte Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, von Walter Ulbricht auf

dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 verkündet, und die etappenweise Einführung des „Neuen ökonomischen Systems“ ab 1964, leitete in der „Gastarbeiterfrage“ einen „Umdenkprozeß“ in den Partei- und Regierungsinstanzen ein.

Im Jahre 1965 wurden erstmals 700 polnische Arbeiter und Techniker am Bau der Ölleitung zwischen dem Rostocker Hafen und dem Erdölverarbeitungswerk in Schwedt und Leuna II eingesetzt. Danach wurden polnische Arbeiter für Arbeiten bei der Reichsbahn und dem Bau der Hochöfen in Eisenhüttenstadt geholt. In der Mehrzahl der Fälle erfolgte dies im grenznahen Gebiet, so dass keine Unterbringung notwendig wurde. Zwischen der DDR und der VR Ungarn wurde im Jahr 1967 ein Abkommen über die Tätigkeit ungarischer Arbeiter in Betrieben der DDR unterzeichnet. Das Abkommen regelte, dass während fünf Jahren insgesamt 16.000 ungarische Arbeiter zum Arbeitseinsatz in die DDR geschickt wurden.

Im Jahre 1977 waren insgesamt 50.000 Arbeiter aus dem Ausland in der DDR. Diese Zahl erhöhte sich um weitere 50.000 im folgenden Jahr, darunter waren auch 18.000 Arbeiter aus Algerien, die aber bald wieder von ihrer Regierung, aufgrund sozialer Spannungen und Ausschreitungen, denen sie ausgesetzt waren, nach Algerien zurück geholt wurden. Ende der 70er Jahre wurden dann Regierungsabkommen über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte mit Vietnam, Mocambique, Angola, Kuba und China geschlossen. Weiterhin lebten in dieser Zeit eine nicht näher bekannte Anzahl von chilenischen politischen Flüchtlingen in der DDR, die eine privilegierte Sonderrolle einnahmen. Sie hatten Privatwohnungen, konnten in ihren Berufen weiterarbeiten und verfügten über eigene Treffpunkte, eigene Clubs. In den 80er Jahren lebten auch einige hundert Menschen aus Libyen, Nordkorea, Kamerun und dem Irak in der DDR.

Die weitaus größte ausländische Gruppe auf dem Territorium der DDR bildeten aber die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte mit 380.000 Soldaten und Offizieren und ihren 200.000 Familienangehörigen. Im letzten Jahr der DDR lebten offiziellen Angaben zufolge, nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselt: aus Vietnam 60.100 Personen, aus Polen 51.700 Personen, aus Mocambique 15.500 Personen, aus Ungarn 13.400 Personen, aus Kuba 8.000 Personen, aus Angola 1.400 Personen.

Die bilateralen Abkommen zwischen der DDR und den Vertragsstaaten enthielten eine ganze Reihe von repressiven Vereinbarungen, die die Voraussetzung für die Einreise der *Kontraktarbeiter* darstellten, wie z. B.: Abführung von 12 % des Lohnes in die Heimatländer, strenge Kontrollen durch DDR-Behörden und Botschaften, keine Familienzusammenführung, Abschiebung im Schwangerschaftsfall oder Zwangsabtreibung, Abschiebung

bei politischer Betätigung, keine Mitgliedschaft in Vereinen und in Parteien der DDR, Zwangsmitgliedschaft beim FDGB und Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen. Genau festgelegt waren auch die Wohnbedingungen. Die gemeinsame Unterbringung ausländischer Arbeiter in Wohnheimen war obligatorisch. Dabei sollte die Monatsmiete pro Arbeiter 30 Mark nicht überschreiten und die vereinbarte Wohnfläche musste wenigstens 5 qm pro Person betragen. In einem Raum durften 4 Personen leben, denen eine Kochgelegenheit sowie besteck und Kochgeschirr zur Verfügung gestellt wurde. Frauen und Männer lebten in getrennten Unterkünften.

Selbst diese unzumutbaren Bestimmungen wurden nicht immer eingehalten. Wohnheime wurden überbelegt und gelegentlich mussten sich bis 40 Personen 5 Kochstellen teilen. In den Unterkünften gab es für Besucher Anmeldepflicht und in einigen Fällen auch Ausweispflicht. Es wurden nächtliche Kontrollen durchgeführt. Die Heimleitung besaß Schlüssel zu allen Räumen und konnte diese jederzeit durchsuchen.

In den 80er Jahren erhielten ausländische *Kontraktarbeiter*, im Gegensatz zu den Jahren zuvor, seltener eine Berufsausbildung. Auf ihre soziale und familiäre Situation wurde keine Rücksicht genommen, sie hatten praktisch kein Recht, in der DDR eine Familie zu gründen. Sie waren auf den Gebrauchswert als Arbeitskraft reduziert worden.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des „Telegraph“

ELLEN BROMBACHER, REGINA KLÖHN,
MICHAEL BENJAMIN, GERALD SCHWEMBER

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag nimmt die „Thesen zum Antifaschismus“ (Anlage) zur Kenntnis und empfiehlt, sie in die Debatte über Gefahr und Ursachen des Rechtsextremismus einzubeziehen.

Begründung:

Entsprechend Antrag 2 „Rechtsextremismus als Herausforderung für die PDS“ sieht die PDS „die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Gefahr und Ursachen des erstarkenden Rechtsextremismus mit dem Ziel, Gegenstrategien zu entwickeln und eine breite Bereitschaft zu befördern, sich rechtsextremer Ideologie und Tätigkeit entgegenzustellen“. In diesem Sinne sollen die vorgelegten Thesen ein Beitrag zu dieser Diskussion sein.

Anlage

Thesen zum Antifaschismus

1. In der Gesellschaft ist eine spürbare Rechtsentwicklung zu verzeichnen. Sie findet ihren wesentlichen ideologischen Ausdruck in wachsendem Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Unsere Partei existiert nicht außerhalb der Gesellschaft. Gesellschaftliche Tendenzen wirken auch in sie hinein und können wirksam werden, wenn wir uns nicht aktiv mit ihnen auseinandersetzen. Die weitere Profilierung des antifaschistischen Charakters der PDS ist gefordert.
2. Faschismus ist keine unerklärbare Erscheinung. Die Bewertungen seiner Ursachen fallen unterschiedlich aus. Dennoch gibt es wohl einen kleinsten gemeinsamen Nenner: Sein Entstehen und Erstarken wird immer dann begünstigt, wenn einerseits soziale Konflikte sich zuspitzen und andererseits Politik sowie beträchtliche Teile der Medien nicht das Großkapital, sondern Minderheiten dafür verantwortlich machen.

Dem Rechtsextremismus sind nicht ausschließlich soziale Ursachen zu unterstellen. Wo jedoch die soziale Grundsituation verhältnismäßig stabil ist, werden staatlich geduldeten bzw. sogar geförderter Nationalismus und Rassismus kaum gebraucht

3. Antifaschismus ist immer antirassistisch und schließt solidarisches Verhalten zu Ausländern und Minderheiten stets ein. Dieses Prinzip darf nirgendwo durch im Alltag auftretende konkrete Probleme aufgehoben werden. Hierzu ist auch in der PDS die Debatte zu führen. Allen Tendenzen des Zeitgeistes, die natürlich an unserer Partei nicht völlig vorbeigehen, ist grundsätzlich zu begegnen.
4. Antifaschismus bedarf breiter Bündnisse. Jede Ausgrenzung ist abzulehnen. Die PDS ist bereit, ungeachtet ideologischer Unterschiede mit allen zusammenzuarbeiten, die gewillt sind, sich aktiv gegen Nazis zu engagieren und sich gegen alle Bedingungen zu wehren, die das Erstarren faschistischer und faschistoider Tendenzen begünstigen. So schwierig es auch sein mag: Den Nazis darf die Straße nicht überlassen werden.
5. Die PDS unterstützt – so diese es wünschen – antirassistische Initiativen, Flüchtlingsräte und andere Organisationen, die durch ihr praktisches Handeln, durchaus oft karitativ, Antifaschismus befördern.
6. Die PDS wendet sich gegen alle Versuche, die primär aus sozialen Verwerfungen resultierenden Ursachen für die Rechtsentwicklung durch die Behauptung zu verdunkeln, gesellschaftlichen Strukturen der DDR seien faktisch noch rückwirkend ursächlich für neonazistischen Tendenzen in den neuen Bundesländern verantwortlich.
7. Gerade die Jugend darf den Rechten nicht überlassen werden. Die PDS wird deshalb ihre Bemühungen spürbar intensivieren, über ihre antikapitalistische und sozialistische Politik mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Der Landesparteitag beschloss, die Thesen mit dieser Dokumentation zu veröffentlichen.

Rechtsextremismus als Herausforderung für die PDS

7. Landesparteitag der PDS Berlin, 3. Tagung, 20. 5. 2000

Der Rechtsextremismus ist in diesem Jahr mit noch größerer Dreistigkeit in die Öffentlichkeit getreten. Insbesondere die NPD versucht, ihm bis hin zu seinen militanten Bereichen eine neue organisatorische Grundlage zu geben. Über den organisierten Rechtsextremismus hinaus sieht die PDS die Gefahr rechts-extremer Jugendmilieus, rechtsextremer Subkulturen, die durch autoritär-antidemokratische, nationalistische und rassistische Überzeugungen sowie durch ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft gekennzeichnet sind.

Diese Subkulturen, die noch nicht unbedingt im Wahlverhalten in Erscheinung treten, drohen in Teilen der Jugend andere Kulturen zu verdrängen und zur bestimmenden Sozialisierungsinstanz zu werden. Solche rechtsextremen Jugendszenen stellen für den organisierten Rechtsextremismus ein willkommenes Rekrutierungsreservoir dar. Aufklären muss die PDS auch über die Gefahr des Rechtspopulismus à la Haider, der – marktgerecht verbrämt – für eine verschärfte neoliberale Politik eintritt, aber gleichzeitig autoritäre und rassistische Reaktionen von durch diese Politik Betroffenen befördert und für die eigenen Ziele zu nutzen versucht. Bei geschicktem Vorgehen könnte ein solcher Rechtspopulismus ein größeres Wählerpotential erreichen.

Die Aufmärsche der NPD in der Berliner Innenstadt, insbesondere am Brandenburger Tor, haben bei Berlinerinnen und Berlinern Betroffenheit und große Empörung hervorgerufen. Deutlich geworden ist jedoch auch, dass Innensenator Werthebach und große Teile der Berliner CDU die Umtriebe der NPD und anderer rechtsextremistischer Gruppierungen nur deshalb verurteilen, weil sie dem Ansehen der Stadt im Ausland und damit dem Wirtschaftsstandort Berlin schaden.

Gleichzeitig werden von diesen Kreisen ausländerfeindliche populistische Aktionen wie die Unterschriftensammlung gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft oder Rüttgers' Parole „Kinder statt Inder“ ohne jede Hemmung un-

terstützt. Die Berliner Abschiebepaxis und die Stimmungsmache gegen „kriminelle Ausländer“ tun ein Übriges, um Rechtsextremismus den Boden zu bereiten.

Versammlungsrecht verteidigen!

Innensenator Werthebach missbraucht die Empörung über Nazi-Aufmärsche in der Innenstadt vor allem für seine Kampagne zur Beschneidung des Versammlungsrechts und zur Ausweitung der Bannmeile bis zum Brandenburger Tor. Die PDS widersetzt sich jedweder Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte. Die PDS tritt gemeinsam mit allen Antifaschisten und Demokraten dafür ein, den Rechtsextremisten keinerlei gesellschaftlich sanktionierte Öffentlichkeit zu gewähren. Es wird mit ihr jedoch nicht zu machen sein, diese antifaschistische Grundposition für generelle Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte zu instrumentalisieren. Wir verteidigen das Versammlungsrecht als konstituierenden Bestandteil der Demokratie. Die Erfahrung lehrt, dass der Abbau demokratischer Rechte sich nicht zuletzt gegen die linke Opposition richtet. Wir gehen davon aus, dass das Versammlungsrecht vor allem die Meinungsfreiheit von Minderheiten schützen soll. Dass Ort, Zeit und Art und Weise seiner Wahrnehmung vom Ermessen einer Verwaltung oder Regierung abhängen, darf nicht zugelassen werden.

Die pauschale Forderung von Versammlungsverboten für Rechtsextreme impliziert die Forderung nach der Einschränkung des Demonstrationsrechts. Eine Verengung der Auseinandersetzung mit der Gefahr des Rechtsextremismus auf eine Debatte um die Einschränkung von Grundrechten nährt die Illusion, das Problem des Rechtsextremismus sei administrativ zu lösen und droht, eine Debatte um notwendige gesellschaftliche Gegenstrategien zu verschütten. Die PDS zieht sich daher nicht auf Verbotsforderungen und Gerichtsschelte zurück.

Die PDS sieht die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus mit dem Ziel, Gegenstrategien zu entwickeln und die Bereitschaft zu befördern, sich rechtsextremer Ideologie und durch sie motivierten Aktivitäten entgegenzustellen.

Rechte Demagogen entlarven!

Die PDS ist besonders herausgefordert, wenn sich rechtsextreme Programme auf die soziale Sicherheit in der DDR und die heutige wirtschaftliche und

soziale Situation der Menschen in Ostdeutschland beziehen. Die PDS muss konsequent über die wahren Ursachen von Massenarbeitslosigkeit, von Flucht und Migration, von Ungerechtigkeit und fehlenden Entwicklungschancen aufklären.

Die rechtsextreme Propaganda gibt den in der BRD lebenden Ausländerinnen und Ausländern die Schuld für die Massenarbeitslosigkeit und verschleiert damit deren eigentliche Ursachen, die Dominanz der Profitinteressen und eine Politik, die Großunternehmen optimale Standortvorteile verschafft. Die seit Jahren katastrophale Ausbildungspolitik und die Ausgrenzung von Menschen mit fremdem Pass hat inzwischen dazu geführt, dass in bestimmten Bereichen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Eine Politik, die statt dessen Unternehmen zur Ausbildung verpflichtet, Ausbildung und Arbeitsplätze auch Menschen mit fremdem Pass sichert und sie so integriert, trägt dazu bei, rechtsextremem Populismus das Wasser abzugraben.

Die PDS darf nicht unterschätzen, dass Elemente rechtsextremistischer Propaganda Akzeptanz in der Bevölkerung auch in Ostdeutschland finden. Häufig genug ist diese Propaganda auch in die Programmatik der etablierten Volksparteien eingeflossen. Die PDS kann stolz darauf sein, eine lange antifaschistische Tradition zu besitzen und offensiv dafür einzustehen. Das entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, sich immer wieder mit autoritären und rassistischen Positionen auseinanderzusetzen, die auch in Teilen ihrer Wählerschaft verbreitet sind. Sie muss genau analysieren, inwieweit auch die Realität des gescheiterten DDR-Sozialismus Anknüpfungspunkte für die Suche nach einfachen Lösungen bietet und für die Propagierung rechtsextremistischer Ordnungs- und Sicherheitsprinzipien aufgegriffen wird. Antifaschismus bedeutet, für ein Menschenbild einzutreten, das von Toleranz, Individualität, Freiheit und Solidarität geprägt ist, für Weltoffenheit zu werben, eine neue Kultur des Zusammenlebens, Zivilcourage, Eigenständigkeit und andere fortschrittliche Verhaltensweisen zu entwickeln.

Die PDS muss dem Rechtsextremismus auf den verschiedensten Ebenen entgegentreten:

1. Die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parolen, mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, mit antikapitalistisch verbrämtem „Nationalsozialismus“ ist über verbesserte Informationen, öffentliche Foren und andere Multiplikatoren zu führen.
2. Es gilt zu verdeutlichen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen einer offiziellen Politik, die Minderheiten diskriminiert, mit rassistischen Vorurteilen liebäugelt und der Verbreitung rechtsextremer Überzeugungen in der Gesellschaft.

3. Um zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Verbreitung des Rechtstextremismus zu fördern, sind ein breites Spektrum von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen usw. umfassende Bündnisse und Initiativen sowie vielfältige sonstige Kampfformen gegen Rechts zu unterstützen.
4. Der Kampf gegen organisierten Rechtstextremismus und gegen rechtsextremeres Alltagsverhalten muss Bestandteil der Kommunalpolitik der PDS sein. Hierzu müssen rechtsextreme Gefahren auf lokaler Ebene analysiert und Gegenstrategien entwickelt werden. Ein Schwerpunkt kommunaler Wirkungsmöglichkeiten gegen sogenannte „national befreite Zonen“ sollte die Unterstützung von Jugendaktivitäten gegen rechte „Popkultur“ und die Förderung von Integrationsstrukturen für Migrantinnen und Migranten sein.
5. In kritischer Auswertung von Erfahrungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt setzt sich die PDS dafür ein, überall dort, wo es Konflikte mit Rechtstextremisten gibt und wo besonderer Aufklärungsbedarf über Rechtstextremismus besteht, also vor allem in Schulen und Jugendeinrichtungen, mobile Beratungsteams einzusetzen. Diese sollen über rechte Strukturen und Subkulturen aufklären, konkret vor Ort bei der Entwicklung von Gegenstrategien helfen und Menschen unterstützen, die Opfer rechtsextremer Bedrohung und Gewalt geworden sind.
6. Besondere Verpflichtungen und Aufgaben erwachsen der PDS auf kommunaler, landes- und bundspolitischer Ebene im Zusammenhang mit der Errichtung und Erhaltung von Stätten der Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes mit der Unterstützung der Opferverbände und der Entschädigung von NS-Opfern. Die PDS setzt sich dafür ein, dass antifaschistische Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer sowie Opfer des Naziregimes zu Veranstaltungen in Schulen eingeladen werden.
7. Wir leisten Widerstand gegen jedwede Einschränkung der Grundrechte, gegen Überwachung und polizeistaatliche Eingriffe, gegen die Aushöhlung des Versammlungsrechtes und die Kriminalisierung des Antifaschismus. Damit schaffen wir zugleich Grundvoraussetzungen für den Widerstand gegen die Positionen rechtsextremer Parteien und sonstiger rechtsextremer Organisationen und gegen ihre Verbreitung bis in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Teil II

Analysen – Meinungen – Vorschläge

Dokumente aus dem Sommerloch

Wenn Politik nur noch als Symbol daherkommt

Nachdem die Gefahr des Rechtsextremismus von der herrschenden Politik jahrelang heruntergespielt wurde und Hinweise auf den Hintergrund von Gewalttaten meist unter den Teppich gekehrt wurden, ist es schon beinahe absurd, dass nun der schreckliche Düsseldorfer Anschlag, von dessen Verursachern die Ermittler bis heute keine Spur haben und dessen tatsächliches Motiv bis heute nicht bekannt ist, Anlass für die populistische Sommerloch-Debatte um den gewaltbereiten Rechtsextremismus geworden ist.

Ausgerechnet Politiker, die nicht nur jahrelang rechtsextremistische Entwicklungen verharmlost und als Stichwortgeber für ausländerfeindliche Kampagnen gewirkt haben, allen voran CSU-Innenminister Beckstein, schreiben nun nach Repression und NPD-Verbot.

Sind die CDU-Entgleisungen wie die berüchtigte „Rattenrede“ des Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Landowsky, die Forderung des jetzigen Brandenburger CDU-Innenministers, „Deutschland müsse in Kreuzberg wieder erkennbar sein“, die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und die „Kinder statt Inder“-Parole von Rüttgers, aber auch die „Das Boot ist voll“-Behauptung des Sozialdemokraten Schily verdrängt und vergessen? Wo waren die selben Politiker in den vergangenen Jahren, wenn es darum ging, sich an die Seite der Opfer zu stellen, die es nicht erst seit diesem Sommer gibt?

Sie diffamierten Ausländer, sie beraubten sie ihrer Menschenwürde mit diskriminierenden Gesetzen, sie schoben ab in Folter und Tod, sie verbannten Obdachlose aus Innenstädten und schürten Angst und Hass. Auf der anderen Seite wurde verharmlost, verschwiegen, es lagen selten „Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund einer Straftat“ bei den Ermittlern vor. Nicht selten schoben Kommunal- und Landespolitiker die Schuld am schlechten Image ihrer braunen Länder und Gemeinden den berichtenden Medien und protestierenden Linken zu.

Tatsächlich begleiten Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit die Geschichte der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Immer wieder änderte sich allerdings das Ausmaß, die Akzeptanz und die jeweilige Form. Auch das Hinzukommen der neuen Bundesländer mit all den daraus resultieren-

den Problemen stellt einen Einschnitt dar. Die Eskalation fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalttaten fand aber seit der Asylrechtsdebatte 1992/93 und dem Beschluss der de-facto-Abschaffung dieses Grundrechts statt – eine weitere Zäsur – und hält sich seitdem auf hohem Niveau.

Neben dem organisierten Rechtsextremismus, aus dessen Spektrum insbesondere die NPD und ihre Jugendorganisation JN in jüngster Zeit zunehmend an Einfluss auch ins militante neonazistische Spektrum hinein gewonnen hat, besteht die Gefahr, dass nicht vordergründig parteigebundene rechtsextreme Jugendmilieus zu kultureller und territorialer Hegemonie gelangen. So gibt es den Zusammenschluss zu Kameradschaften, die juristisch nur schwer zu fassen sind und teilweise an die Stelle der Anfang der 90er Jahre verbotenen Neonazi-Organisationen wie FAP und NA traten. Ihre autoritär-antidemokratischen, nationalistischen und rassistischen Überzeugungen sind weiterhin durch ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Diese Subkulturen, die noch nicht unbedingt im Wahlverhalten in Erscheinung treten, drohen in Teilen der Jugend andere Kulturen zu verdrängen und zur bestimmenden Sozialisierungsinstanz zu werden.

Von der herrschenden Politik, die nun plötzlich per Sommerloch in heillosen Aktionismus verfällt, ist viel zu dieser Entwicklung beigetragen worden. Nicht zuletzt beweist der Berliner CDU-SPD-Senat mit seinem Haushaltsentwurf 2001, mit dem er Freien Trägern im Jugend-, Präventions- und Sozialbereich die Mittel streicht, wie ernst die Empörung gegen Rechts zu nehmen ist. Jahrelang sind in Ost wie West die Mittel für diese Aufgaben systematisch gekürzt worden, stattdessen wurde ein Sonderprogramm nach dem anderen – insbesondere in den neuen Bundesländern – in die Welt gesetzt. Die Stärkung anderer Jugendkulturen benötigt Kontinuität und Nachhaltigkeit ebenso wie die Arbeit mit Jugendlichen, deren braunes Weltbild noch nicht verfestigt ist. Das grandiose Missverständnis der akzeptierenden Jugendarbeit, das dazu führte, im Rahmen dieser ad-hoc-Programme rechtsextremen Milieus ungeprüfte Räume, Gelder und schlecht oder gar nicht ausgebildete Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen, hat oftmals gerade den Hegemoniebestrebungen rechter Kader, die in dem Konzept der Schaffung sog. national befreiter Zonen gipfeln, Vorschub geleistet.

Seit etlichen Jahren gewinnt im rechtsextremistischen Spektrum auch der Diskurs der „Neuen Rechten“ an Bedeutung, als dessen Vertreter durchaus auch der ehemalige RAF-Anwalt Mahler gesehen werden kann. Deren Definitionsmacht reicht weit bis in die etablierte Politik hinein und integriert neben Konservativen auch sog. Linksnationalisten. Begierig wird diese weniger dumpfe Variante völkischer Gesinnung von Teilen der Bevölkerung aufgenommen, deren Meinungsbild zwar von den Parolen der NPD und

Neonazis nicht weit entfernt ist, die aber aus hygienischen Gründen die direkte Nähe meiden wollen.

Die autoritären, grundrechtsfeindlichen und von law and order geprägten Weltbilder von NPD, nicht parteigebundenen Neonazis und auch der Neuen Rechten korrespondieren in der momentanen Sommerloch-Debatte auf seltsame Art und Weise mit den autoritären, grundrechtsfeindlichen und von law and order geprägten Lösungsvorschlägen durch die Politik. Schon vor dem eigentlichen Höhepunkt dieser Debatte gab es insbesondere in Berlin durch die CDU und ihren Innensenator Werthebach die Instrumentalisierung rechtsextremistischer Aufmärsche als Grund für die generelle Einschränkung des Versammlungsrechts. Der Berliner Senat, aber auch die Bundesregierung verurteilen Übergriffe wie Aufmärsche ziemlich unverhohlen nur deshalb, weil sie dem Ansehen der Stadt im Ausland, wahlweise dem Ansehen Brandenburgs etc., und damit dem Wirtschaftsstandort schaden. Daraus ist die kosmetische Behandlung des Themas, „wenn die Nazis nicht am Brandenburger Tor marschieren, sondern in Hellersdorf, dann merkt es im Ausland keiner“, zu erklären. Aber reicht die Erklärung aus, wenn ebenso unverhohlen rechts und links gleichgesetzt wird, wenn Antifaschistinnen und Antifaschisten als extremistisch stigmatisiert werden?

Die letzten zehn Jahre in der Bundesrepublik sind auch gekennzeichnet von der Tatsache, dass immer mehr Grundrechte, also bürgerliche Freiheitsrechte, abgeschafft wurden und immer weniger dagegen protestierten bzw. es überhaupt zur Kenntnis nahmen. Die viel zu wenigen Gegendemonstrationen wurden nicht selten kriminalisiert und die Bedenkensträger aus dem Bürgerrechtsspektrum als Gegner der Sicherheit der Menschen dargestellt.

Vermeintlich plausible Gründe gab es, stets kampagnenartig vorgetragen, ausreichend.

Erst wurden „Scheinasylanten“ und „überfüllte Boote“ angeführt und die Sozialleistungsbetrüger, dann die Organisierte Kriminalität nebst „Russen-Mafia“ usw., jetzt sind es die Aufmärsche der Neonazis, die der Bundesrepublik im Ausland Schaden zufügen.

Letztendlich dienen diese Kampagnen dazu, dass das Asylrecht abgeschafft und die Würde des Menschen auf Deutsche beschränkt wurden, ebenso wie das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, die Unschuldsvermutung und das Recht, sich unbeobachtet und von der Polizei unbehelligt im Öffentlichen Raum zu bewegen. Jetzt stehen das Versammlungsrecht und das Parteiengesetz zur Disposition. Wenn wir dies zulassen, bewegt sich die Mitte der Bundesrepublik selbst weiter gegen rechts. Das ist die Crux aller Repressionspolitik, weil nur die Ausweitung der Demo-

kratie, ein Mehr an verwirklichten Menschenrechten, ein Mehr an demokratischer Beteiligung, die Abschaffung diskriminierender Ausländergesetze und Gleichstellung und Integration von Minderheiten einen wirksamen Schutz gegen antidemokratische Bestrebungen darstellen können.

Kann deshalb die Einschränkung des Versammlungsrechts eine Lösung sein?

Nazis sollten keinen öffentlichen Raum in dieser Stadt oder anderswo besetzen dürfen. Aber das müssen wir mit einem breiten antifaschistischen Konsens und mit Zivilcourage selber verhindern. Auch Versammlungsverbote sollen ausgesprochen werden, wenn die Kriterien des Versammlungsrechts dafür ausreichen. Aber die Beugung von Recht, auch im Interesse einer guten Sache, kann nicht hingenommen werden. Die Einrichtung von versammlungsfreien Bereichen, wie inzwischen mangels Alternative die Überlegungen Werthebachs sind, die aber auch aus dem Lager der rot-grünen Bundesregierung kommen, betreffen fast die gesamte relevante Innenstadt und sie betreffen jede Art von Demonstration. Das kann nicht unser Anliegen sein, dass die Regierenden ungestört ihre unsoziale Politik fortsetzen können, ohne dass sich sichtbarer Protest rühren darf. Das Versammlungsrecht ist gerade ein Recht von Minderheiten, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren. Es kann nicht im Belieben des Staates stehen, wer wann und wo, seine Meinung öffentlich artikulieren darf.

Welche Lösung stellt nun das auf den ersten Blick verlockende Mittel des NPD-Verbots dar?

Eine Politik der Verbote ist symbolische Politik, und ändert nichts daran, dass rechtsextremistisches Gedankengut in den bürgerlichen Parteien längst umgesetzt wird.

Sowenig die Organisationsverbote Anfang der 90er Jahre die neonazistischen Kader und ihre Anhänger zum Verschwinden gebracht haben, sowenig wird das NPD-Verbot nützen, Strukturen zu zerschlagen. Im Gegenteil, die Szene wird unübersichtlicher und die Tendenz zum terroristischen Untergrund wahrscheinlicher. Kameradschaften kann man nicht verbieten, auch rechtsextremistische Gesinnung nicht – ebensowenig wie braune Zonen.

Die Rechtsgrundlage für ein Parteienverbot in der Bundesrepublik ist eine hohe Hürde, die u.a. dazu geführt hat, dass die PDS die ersten Jahre in der Bundesrepublik als Partei überstehen konnte. Die Diskussion über das NPD-Verbot birgt vielerlei Gefahren. Allein die Ankündigung, einen solchen Antrag zu stellen, löst den Automatismus aus, es in jedem Fall zu tun, auch wenn die Prüfung der Fakten auf ein Scheitern hindeutet. Sonst müssten die Befürworter eingestehen, dass sie die NPD unterschätzt haben und ihr

Vorschlag unausgegoren war. Das wäre ein Triumph für die NPD und ihre Anhängerschaft. Ein noch viel größerer Triumph wäre allerdings das Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht, das die Legitimation der Rechten nochmals erhöhen würde. Blicke eine Senkung des Standards für Parteienverbote durch das Verfassungsgericht selber, was unter massivem öffentlichen Druck nicht unwahrscheinlich ist, dann muss man sich darüber im Klaren sein, dass dieser Standard nicht nur gegen die NPD und die Rechten zur Anwendung kommen wird.

Ein weiterer Vorschlag ist die Einführung eines sog. Hate-Gesetzes, wodurch das Strafmaß für Gewalttaten, die aus Hass-Motiven begangen werden, zusätzlich erhöht werden soll. Wie sieht dieser Lösungsvorschlag aus?

Es ist von uns immer wieder öffentlich gemacht und kritisiert worden, dass die Justiz in der Bundesrepublik auf dem rechten Auge jahrelang blind zu sein schien. Rassistische und rechtsextremistische Hintergründe für Gewalttaten wurden nicht selten schon von den Ermittlern unter den Teppich gekehrt; das Verständnis für „jugendlichen Überschwang“ bei rechten Gewalttaten und damit einhergehende niedrigste Strafzumessungen war sehr häufig größer als das Verständnis für die Leiden der Opfer. Nicht selten wurden Opfer auch für zumindest mitschuldig erklärt. Eine Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt gibt es bisher in Brandenburg. Das alles basiert jedoch auf einem gesellschaftlichen Klima, das es zu verändern gilt, und nicht auf den Unzulänglichkeiten des bundesdeutschen Strafrechts. Es gibt dort bereits die „niederen Beweggründe“, die aus einem Totschlag einen Mord machen, für den es lebenslängliche Freiheitsstrafe gibt, es wäre nur nötig, diese Möglichkeit auch anzuwenden.

Es wird viel eher darüber nachzudenken sein, was wir mit den Neonazis, noch dazu, wenn es Jugendliche sind, in den Gefängnissen anstellen. Statt über die unsinnige Strafverschärfung nachzudenken, braucht es antirassistische und antifaschistische Programme für den Strafvollzug und das dafür notwendige Personal, wenn wir nicht Märtyrer und tickende Zeitbomben hinter den Mauern heranziehen wollen.

Wir müssen uns jedweder weiterer Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte widersetzen. Der plötzliche repressive Ruck gegen rechts gefährdet den grundgesetzlich fundierten Rechtsstaat massiv. Und er richtet sich im Endeffekt gegen alle und insbesondere die Schwachen, Ausländerinnen und Ausländer, die Illegalisierten, Asylsuchenden, gegen Obdachlose, Andersaussehende, Andersdenkende. Es ist notwendig, und dafür wollen wir als PDS unseren Beitrag leisten, eine breite gesellschaftliche Diskussion zu führen über Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus mit dem Ziel, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln und die Bereitschaft zu

befördern, sich rechtsextremer Ideologie und durch sie motivierten Aktivitäten entgegenzustellen und öffentliche Räume selber zu besetzen.

Damit die populistische Sommerlochdebatte wenigstens dafür einen Anstoß geben kann, entwickeln wir auch in den vorliegenden Beiträgen eigene Vorschläge und stellen sie zur Diskussion.

Marion Seelig ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Ohne hier nochmals auf die bereits dargelegten Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR einzugehen, sollen abschließend einige Forschungs- und Deutungsansätze über den heutigen rechten Extremismus in Deutschland erörtert werden. In unserer Zeit ist es bereits eine Alltagsweisheit, dass der Rechtsextremismus, dass rechtsextrem motivierte Gewalt nicht auf eine bzw. nur einige Fakten und Quellen zurückgeführt werden können. Es handelt sich um einen ganzen Komplex von globalen und lokalen, von gesellschaftlichen und individuellen Ursachen.

Rechtsextremismus kann sich nur entfalten, wenn entsprechende materiell-gesellschaftliche Bedingungen und ein entsprechendes geistiges Klima vorhanden ist. Aber das wollen eine ganze Reihe von „Experten“ nicht zur Kenntnis nehmen und versuchen, alles auf eine psychologische, individuell anthropologische Ebene abzuschieben. Andere wollen die Komplexität der Analyse dadurch umgehen, dass sie alles in Richtung „es wird schon werden“ glattbügeln. Besonders auffallend ist, dass im Mainstream seit der deutschen Einheit kaum noch von der Verantwortung der deutschen Wirtschaft, der Großagrarier, der Generalität und Beamtenschaft für die Übernahme der Regierungsgewalt durch Hitler 1933 gesprochen wird. Aber auch Linke tragen mit manchen Veröffentlichungen nicht gerade zur einleuchtenden Erklärung des heutigen Rechtsextremismus bei. Ungewollt begeben sie sich wie Robert Kurz mit seinem „Schwarzbuch des Kapitalismus“ (Frankfurt a.M. 2000) auf die gleichen Positionen wie rechtsextreme Theoretiker, die alle Übel der gegenwärtigen Welt auf die bürgerliche Aufklärung und die von der französischen Revolution von 1789 verkündeten humanistischen Prinzipien zurückführen. Unfreiwillig wird man so zum Wasserträger für die extremen Rechten.

Rechtsextremismus ist seit langem nicht nur ein deutsches oder europäisches, sondern ein weltweites Problem mit spezifischen Erscheinungsformen. Man kann daher den Rechtsextremismus nicht erklären, wenn man nur das eng begrenzte Territorium der neuen Bundesländer im Blick hat.

Die heutige ultrarechte Ideologie und Politik ist eine reaktionäre Reaktion auf die globalen gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahre, die einen tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel auf vielen Gebieten mit sich brachten. Technologische Modernisierungen und eine nie gekannte Internationalisierung des Wirtschaftslebens führten nicht nur weltweit zu einer Massenarbeitslosigkeit, gleichfalls auch zu einem vielgestaltigen Wertewandel. Globalisierung bedeutete dabei aber keine Überwindung des Kapitalismus, sondern nur eine neue Evolutionsstufe in der Verwertung des Kapitals. Hinzu kamen die Auswirkungen neoliberaler Politik mit ihrem Abbau sozialer Netze und eine beachtliche Absenkung der Ausgaben für Bildung und Kultur. Der Gegensatz von arm und reich trat wieder deutlicher in Erscheinung. Das alles führte zu einer Ansammlung von politischem und sozialem Sprengstoff. Weitere Faktoren für eine Begünstigung rechtsextremer Denk- und Verhaltensweisen sind der Bedeutungsverlust des Nationalstaates durch die voranschreitende europäische Integration sowie die weltweiten Migrationsbewegungen. Alles in allem stehen die Menschen einer komplexeren und zugleich widerspruchsvolleren Welt gegenüber, auf die sie oft mit Angst und der Sehnsucht nach den „geordneten Verhältnissen der Vergangenheit“ reagieren.

Wenn der Rechtsextremismus auch ein internationales Problem ist, tragen wir als Deutsche in Anbetracht unserer Geschichte eine besondere Verantwortung für die Zurückdrängung von Ideologie, Politik und Einfluss der extremen Rechten. Der Rechtsextremismus, den Professor Wolfgang Gessenharter eine „nationale Krankheit“ nannte, hat in der Bundesrepublik wieder eine gefährliche Größenordnung für die innere Sicherheit und das Ansehen der BRD im Ausland angenommen und es ist daher berechtigt, die Frage nach dem warum zu stellen. In der Bundesrepublik wird diese Problematik unter Wissenschaftlern insbesondere von drei Ansätzen her diskutiert. Erstens versuchen vor allem links angesiedelte Analytiker, jede politische Bewegung rechts von der CDU/CSU unter dem Begriff des Faschismus zu subsummieren und in traditioneller Weise nach den Ursachen zu forschen. Zweitens nutzen die Verfechter der Totalitarismus-Doktrin ihre Stunde, um der bis Ende der 80er Jahre schon fast toten Theorie wieder neues Leben einzuhauchen. Wie die Erfahrungen und Ergebnisse zeigen, geht es den Totalitarismus-Theoretikern nicht um eine seriöse wissenschaftliche Arbeit, sondern am eine abwertende politische Denunziation. Eine dritte Richtung mit der Mehrheit der Forscher geht von den heutigen realen ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten aus. Auf der Grundlage von Thesen des Münchener Soziologen Ulrich Beck über die Risikogesellschaft entwickelte der Bielefelder Jugendforscher Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer die Theorie, dass in der

BRD vor allem die Opfer der Modernisierungen, die bei Rationalisierungen und die Umgestaltung der Wirtschaft durch die Maschen des sozialen Netzes Gefallenen die Masse der Rechtsextremen stellen. Diese Menschen seien vom sozialen Abstieg bedroht und wandten sich aus Frust oder Wut dem Rechtsextremismus zu. Diese Analyse wurde von Tübinger Wissenschaftlern stark in Zweifel gezogen, die nachwiesen, dass Arbeiter und Angestellte der Hightechindustrie viel stärker sozialchauvinistisch eingestellt sind als Beschäftigte in anderen Branchen oder Arbeitslose.¹

Die hier getroffenen Feststellungen resultieren daraus, dass die Risikogesellschaft und die damit verbundene Individualisierung der Menschen nicht nur Vorteile mit sich bringen, aber oft viel größere Nachteile. Für die Durchsetzung der eigenen Interessen bedingt der Individualismus einen rabiaten Einsatz der Ellenbogen, einen Kampf jeder gegen jeden. Schon 1993 war in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen: „Ein ‚Ellenbogendenken‘ führt politisch im Extrem zum Chauvinismus und zur Verachtung gegenüber scheinbar weniger Leistungsfähigen.“² Faktisch handelt es sich hierbei um eine verschleierte Gewaltakzeptanz, wobei auch höhere Bildung kaum noch eine moralische Schranke darstellt. Nach einer Ende der 90er Jahre vorgenommenen repräsentativen Umfrage sind 56,6 Prozent der Bundesbürger der Meinung, dass die heutige Gesellschaft immer rücksichtsloser werde.³ Das ist einerseits mit einer wachsenden Vereinsamung der Menschen und andererseits mit einem Rückgang von Humanismus und Solidarität verbunden.

Aus vielen Untersuchungen ergibt sich weiterhin, dass keine automatische Kausalität zwischen zunehmendem Rechtsextremismus und Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die hier wirkenden gesellschaftlichen Prozesse sind komplexer. Es sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die technologischen Modernisierungen und der heutige neoliberale politische Kurs, die schmerzhaft gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben und zu Zukunftsangst führen. Bis in den Mittelstand hinein lösten sich traditionelle soziale Milieus auf und verlieren viele Berufsgruppen ihre bisherigen Privilegien. Auf diesem Boden wachsen Unzufriedenheit, politischer Protest, was Staats- und Systemverdrossenheit anwachsen lässt. Das ist aber auch zugleich die Grundlage, auf der rechtsextreme Demagogen ihr Geschäft betreiben und mit primitiven Propagandathesen die Unzufriedenen umgarnen wollen. Eine geringe Rolle spielen in der Diskussion über die Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Probleme der politischen Kultur, die geistigen Traditionen und die sozialpolitischen Mentalitäten der Menschen.

Im Kontrast zu Meinungen, dass der Rechtsextremismus erst in jüngster Zeit in die Alltagskultur eingedrungen sei, stellte Wilhelm Heitmeyer schon 1991 fest, dass in West- und Ostdeutschland „rechtsextreme Orientierung

gen...längst tief in den Alltag eingesickert“ sind.⁴ Bereits am 21. November 1984 berichtete der renommierte Rechtsextremismus-Forscher Peter Dudek im ARD-Fernsehen, dass an fast jeder westdeutschen Schule Schüler zu finden sind, die mit den Abzeichen „Ich bin stolz, Deutscher zu sein!“ rumlaufen und für die Parole „Ausländer raus!“ eintreten. Manche Publizisten wie Götz Aly von der „Berliner Zeitung“ akzeptieren die Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien heute schon „als Wert, als Möglichkeit individueller Freiheit und Partizipation“.⁵ Nicht wenig zum Anheizen ausländerfeindlicher Stimmungen haben auch rassistische Schlagzeilen von Boulevard-Zeitung und die Äußerungen mancher Politiker beigetragen. Gleiches trifft ebenfalls auf den Kampf mancher Parlamentarier zur Abschaffung des Asylrechts in der Bundesrepublik zu, was in der rechtsextremen Szene als eine nur wenig kaschierte Zustimmung zur Losung „Ausländer raus!“ gewertet wird.

Eine weitere Variante der Begünstigung von Rechtsextremismus ist entweder die masslose Übertreibung der rechtsextremen Gefahr oder deren Bagatellisierung. Nachdrücklich warnte der Chef des demoskopischen Instituts Forsa, Manfred Göllner, davor, mit überhöhten Zahlen zu operieren: „Immer dann, wenn über Ausländerfeindlichkeit mit realitätsfernen Zahlen diskutiert wird, fühlen sich diejenigen ermuntert, die tatsächlich ausländerfeindlich sind.“⁶ Noch verbreiteter ist das Verharmlosen des Rechtsextremismus. Manche laufen dabei der trügerischen Hoffnung nach, dass mit einem Nichtbeachten der extrem Rechten der Rechtsextremismus austrocknet und „sich biologisch begründet selbst erledigt“.⁷ Das hat sich in allen praktizierten Fällen als trügerische Hoffnung erwiesen.

Rechtsextremismus ist in der BRD wie in anderen Staaten kein Jugendproblem, aber innerhalb des Rechtsextremismus kommt dem Jugendproblem eine spezifische Bedeutung zu. Besonders in den neuen Bundesländern erweisen sich viele Jugendliche als anfällig für ein rechtsextremes Denken und treten als Akteure des Rechtsextremismus auf. Das liegt nicht zuletzt auch im Verhalten der Behörden gegenüber den Bedürfnissen der jungen Generation. Vielfach werden die jungen Menschen nur als ein ordnungspolitischer Störfaktor oder als ein fiskalisches Problem betrachtet. Vor allem nach der Beendigung der Hauptschule tritt für zahlreiche Jungen und Mädchen ein sozialer Bruch ein. Ihre bisherige soziale Gemeinschaft löst sich auf und es entsteht ein soziales Vakuum, ein kommunikatives Loch. Viele suchen daher in der Clique eine neue soziale Heimat, die ihnen Kameradschaft, gemeinsame Erlebnisse und Hilfe bei den tagtäglichen Unbilden gewährt. Hier setzen rechtsextrem gesinnte Kräfte an, um diese Jugendlichen in ihrem Sinne zu politisieren. Nicht die Jugendclique ist das eigentliche Problem, sondern wie kann man die rechtsextremistische Beeinflus-

sung der jungen Menschen in der Schule und vor allem danach verhindern.

Besonders viele Debatten gab und gibt es über die Ursachen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, die noch immer den Spitzenplatz bei rechtsextrem motivierten Gewalttaten einnehmen. Lange Jahre wurde das – ohne hier den Anteil der DDR leugnen zu wollen – unter Verschweigen aller westdeutschen Entwicklungen fast gänzlich auf das politische und geistige Erbe der DDR, auf das geringe politische Selbstbewußtsein der ehemaligen DDR-Bürger zurückgeführt. Obwohl Richard Stöss und andere Forscher immer wieder darauf verwiesen, dass der überlieferte DDR-Antifaschismus, „ob er verordnet war oder nicht, spielt dabei keine Rolle“⁸, nach wie vor bei der Abwehr des Rechtsextremismus einen positiven Einfluss ausübt, bestimmt in Publikationen mancher Repräsentanten des politischen Mainstreams weiterhin das dekretierte Dogma vom verordneten Antifaschismus der DDR das Urteil. Das hängt aber vor allem auch damit zusammen, dass in Bonner und Berliner Regierungsstuben dieser Antifaschismus als eine feindliche Ideologie betrachtet wird.⁹

In jüngster Zeit sind jedoch bei der Ortung von Ursachen für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland stärker die negativen Folgen der deutschen Einheit thematisiert worden. Dabei wurden besonders genannt: Die schnelle und überhastete Einheit löste bei vielen Menschen zwischen der Ostseeküste und dem Erzgebirge einen mentalen Kulturschock aus, der zu einer nachhaltigen Sinn- und Orientierungskrise, zu sozialer Verunsicherung und Entwurzelung führte. Die radikale Zerstörung des bisherigen Alltags, die schnelle Kommerzialisierung fast aller Lebensbereiche, die Zwangsindividualisierung und manches andere mehr stürzte viele Menschen in eine kaum zu bewältigende Ungewißheit. Aus dieser Situation heraus suchten nicht wenige nach Schuldigen für ihre Misere. Neue Feindbilder wurden aufgebaut, die sich vor allem auf Ausländer bezogen. Wirtschaftlich kam es statt zu einer Modernisierung der Betriebe zu einer rasanten De-Industrialisierung, zur Zerstörung der gewohnten sozialen Umwelt, ganze Landstriche verödeten und in nicht wenige Kleinstädte und Dörfer zogen Trostlosigkeit und Langeweile ein. All das war mit einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit verbunden.¹⁰ Von den 9,7 Millionen Arbeitsplätzen am Ende der DDR blieben bis 1998 in den neuen Bundesländern nur 5,8 Millionen übrig. Am schlimmsten traf es vielfach junge Menschen, die außer der Chance auf eine Ausbildungsstelle oder Arbeitsplatz oft auch ihre Freizeiteinrichtungen verloren. In Leipzig wurden z. B. von den ca. 80 Jugendklubs 76 im ersten Jahr der deutschen Einheit geschlossen und im Kreis Königs Wusterhausen im Land Brandenburg blieben von vorher 24 Jugendfreizeiteinrichtungen nur drei übrig. Rechtsextremismus in Ostdeutschland

war daher einerseits nicht selten eine Antwort – wenn auch falsche – auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse und andererseits wollten die aus DDR-Zeiten herkommenden Neonazis ihre Gesinnungskumpane in Westdeutschland an brutalster Aktivität noch übertreffen.

Weitgehend ausgeklammert wird bei der Ursachensuche noch immer die Gegenwart in Ostdeutschland. Dabei ist den meisten seriösen Experten klar, dass die Hauptquellen für den heutigen Rechtsextremismus weitaus mehr in der Jetztzeit liegen als in der Vergangenheit und vorrangig sozialer als ideologischer Natur sind. Nach wie vor betrachten sich hier viele Menschen in Anbetracht der vielen Sonderbestimmungen für Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, als Einheitsverlierer. Enttäuschend wirkt für sie die Kluft zwischen Anspruch und Realität westlicher Demokratie. Dem oft vortragenen Vorwurf, die Ostdeutschen müssten erst noch Demokratie lernen, entgegneten selbst führende FDP-Politiker wie der langjährige FDP-Vorsitzenden im Land Sachsen, Rainer Ortlieb, dass er die Demokratie-Defizite „eher im Westen“ sehe, wo die Demokratie wie ein Automat praktiziert werde, und die stellvertretende FDP-Bundvorsitzende, Cornelia Pieper, sieht die beklagten Demokratie-Defizite in Ost- wie in Westdeutschland.¹¹ In solchen Zusammenhängen wurde auch immer wieder darauf verwiesen, dass die meisten heutigen rechtsextremen Akteure in den neuen Bundesländern „unter der unleugbaren Dominanz von West-Politikern, West-Parteien und West-Medien“ aufwuchsen.¹² Abschließend sei dazu noch aus einem Resümee von Professor Dr. Wolfgang Melzer, Erziehungswissenschaftler an der Technischen Universität Dresden zitiert, der 1999 folgendes feststellte: „Nach unseren Untersuchungen sind Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft unter ostdeutschen Jugendlichen erst in den letzten zwei Jahren so extrem angestiegen. Dafür kann doch niemand die Erziehung in der DDR verantwortlich machen. Für mich sind das wissenschaftlich unhaltbare Erklärungen, die mit der Realität nichts zu tun haben.“¹³ Dennoch werden solche und ähnliche Legenden ständig wiederholt.

All die angeführten Aussagen stellen keine Entlastung für den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern dar, sie fordern aber dazu auf, gewissenhafter die Lage zu analysieren und weniger mediengerechte Schlagworte zu produzieren. In Ostdeutschland hat sich in den letzten zehn Jahren eine politisch-ideologisch verbohrt rechtsextremistische, vor allem neonazistische Kadergruppe mit einem relativ großen Einfluss auf Teile der heranwachsenden Jugendlichen herausgebildet. Bei diesen Funktionären bestimmt ein antihumanistischer, nationalistischer und rassistischer Wahn ihr Weltbild, aus dem sie eine extreme Feindschaft gegen jeden demokratisch-zivilisatorischen Fortschritt ableiten.

In letzter Zeit wird auch zunehmend als Quelle für rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen der Rechtsextremismus in und aus der Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft genannt, meist aber ohne Ross und Reiter zu nennen. Bei der Lokalisierung der Mitte der Gesellschaft geht es nicht nur um verantwortungsloses Gerede an manchen Stammtischen oder um Vereine, die sich mehr am völkischen Geist der Weimarer Republik und nicht an den heutigen Ideen einer demokratisch-humanistisch verfassten Zivilgesellschaft orientieren, vielmehr vor allem um die Verantwortungsträger in der BRD. Der rechte Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten in der Haltung zu den Ausländern und zum politischen Platz der Bundesrepublik in der Welt. Dabei ist die Hemmschwelle gegenüber rechtsextremen Positionen beachtlich gesunken. Christoph Butterwegge stellte deshalb schon vor Jahren fest: Die Rechtsentwicklung in der deutschen Bundesrepublik ist „nicht bloß das Werk von Extremisten (am Rand der Gesellschaft), sondern geht noch mehr auf Weichenstellungen politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Eliten zurück. ...Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sind keine ‚mentalen Restbestände‘ der Nazizeit, sondern primär das Produkt der Gegenwart...“¹⁴ Ähnlich argumentierte der Politologe Professor Dr. Joachim Hirsch von der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“: In der Bundesrepublik vollzog sich in einem ungeahnten Ausmaß eine „wohlstandschauvinistische Formierung der deutschen Gesellschaft“ und von daher herrsche in der BRD, „wenn man so will, eine Art von ‚zivilgesellschaftlichem Totalitarismus‘“,¹⁵

Am deutlichsten zeigen sich immer wieder solche Tendenzen vom Bund bis in die Ortsverbände bei der CDU/CSU. Das reichte von einer Geldspende des Westberliner Innensenators Heinrich Lummer für die NPD über massive Attacken gegen das Grundrecht auf Asyl in der Verfassung der BRD bis zu der demagogisch-nationalistischen Unterschriftenaktion gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer in der Bundesrepublik.¹⁶ Manche in der CDU/CSU möchten auch wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ als Nationalhymne singen und sind einer Koalition mit den REPUBLIKANERN nicht abgeneigt. Aber auch andere Parteien haben ihre Sorgen mit nationalistisch-fremdenfeindlichen Stimmungen in ihren Reihen. Erinnerung sei hier nur an das Wirken von Nationalliberalen in der FDP, an die nationalistischen Töne des Hofgeismar-Kreises der Leipziger Jungsozialisten oder an die bei PDS-Anhängern stark vorhandene Auffassung, dass es zu viele Ausländer in der BRD gebe. Eine weitere Aufzählung solcher Erscheinungen in Medien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Strukturen der BRD würde den hier gesetzten Rahmen sprengen.

Erforderlich ist jedoch, neben dem schon skizzierten strukturellen Rassismus auf weitere Faktoren hinzuweisen, die in manchen staatlichen Institutionen den Rechtsextremismus begünstigen. Zwar werden von dieser Seite oft Töne angeschlagen, die verbal auf die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren verweisen. Aber danach trifft nicht selten zu, was Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der PDS, mit den Worten umriss: „Schöne Worte und keine Taten, das ist die Devise von Innenminister Schily gegenüber Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.“¹⁷ Auswüchse einer solchen schon von der Kohl-Regierung betriebenen Politik sind, dass fast alle in der DDR zu lebenslänglicher Haft verurteilten Nazi-Kriegsverbrecher entweder auf dem Gnadenwege oder wegen angeblicher Verfahrensmängel im Laufe der 90er Jahre auf freien Fuß gesetzt wurden und die BRD weiterhin Renten an ehemalige Angehörige der SS im Ausland zahlt. Auf gleicher Linie liegen die Entscheidungen von Politikern und Juristen, alle DDR-Urteile gegen aktive Neonazis wegen vermeintlicher Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien zu annullieren. Von bestimmten Kräften des Mainstream werden die Neonazis in der DDR heute als Teil der DDR-Opposition betrachtet und alle DDR-Bürger, die im Kampf gegen diese Kräfte mit Organen der Staatssicherheit zusammenwirkten, als IM meist mit Berufsverbot belegt. Für viele Bürger in den neuen Ländern ist auch unverständlich, dass von einigen Richtern neonazistische Gewalttäter nicht selten nur zu Bagatelldelikten und das noch auf Bewährung verurteilt werden.

Als eine Ermutigung für Rechtsextreme ist ferner anzusehen, das in Ost und West eine ganze Anzahl von Gemeinden Rechtsextremisten von den Kommunen bezahlte Räume und ABM-Stellen zur Verfügung stellten. An solche Verfahrensweisen anknüpfend, unterbreitete der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Gottfried Timm, erst in jüngster Zeit den Vorschlag, trotz vieler negativer Erfahrungen ähnliche Praktiken in diesem Bundesland einzuführen. Dazu meinte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman: „Das ist ein unverantwortlicher Vorschlag. Er erweckt den Eindruck, Fremdenfeindlichkeit sei bereits gesellschaftlich akzeptiert. So entsteht der Eindruck der Alltäglichkeit. Rechtsradikale müssen immer als Außenseiter der Gesellschaft angesehen werden.“¹⁸

Nicht unerwähnt darf der kulturelle Bereich bleiben. Hier gibt es im Unterschied zu früheren Jahrzehnten viele Erosionserscheinungen und etliche Elemente rechtsextremen Denkens sind schon tief in diese Szene eingedrungen. Auf die Rolle der Musik wurde bereits im vorangegangenen Text eingegangen. Nicht so dagegen auf die Literatur und das Theater. Aus einer Vielzahl von Beispielen seien hier zwei exemplarisch herausgegriffen. In breiten Kreisen der Öffentlichkeit rief die von der „Jungen Freiheit“ bis zur Schrift-

stellerin Monika Maron verteidigte Rede von Martin Walser im Oktober 1998 bei der ihm zgedachten Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels viel Empörung hervor. In seinen dortigen Ausführungen wandte sich Walser bezüglich der Verbrechen von Hitler-Deutschland dagegen, ständig mit einer „Dauerpräsentation unserer Schande“ konfrontiert zu sein.¹⁹ Auf kaum öffentlichen Protest stieß dagegen die Rechtfertigung von Stephan Suschke, damals stellvertretender Intendant des Berliner Ensemble, zur Aufführung der trivialen Klamotte „EVA. Hitlers Geliebte“. Nachdem die DDR bedauerlicherweise – so Suschke – nur die unmenschliche Seite des Faschismus dargestellt habe, wäre es jetzt dringend erforderlich, gleichfalls „die menschliche Seite des Faschismus“ zu veranschaulichen.²⁰

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Bereichen, wo der Rechtsextremismus in und aus der Mitte der Gesellschaft in die Gesellschaft hinein wirkt. Es ist höchste Zeit, alle diese Probleme viel stärker in der Öffentlichkeit zu benennen und dagegen anzugehen.

Zur Zukunft des Rechtsextremismus lassen sich aufgrund von seriösen Forschungen und praktisch-politischen Erfahrungen eine ganze Anzahl relativ sichere Prognosen formulieren. Danach steht fest, dass das gefährliche Phänomen des Rechtsextremismus nicht von heute auf morgen verschwinden wird, sondern noch lange Zeit Teil der politischen Realität in der BRD sein wird. Das hängt ursächlich damit zusammen, dass die Krise der modernen Zivilisation und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Rechtsextremismus hervorgebracht haben und weiterhin hervorbringen durch die neoliberale Politik, insbesondere durch die Unterhöhnung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, nicht überwunden sind. Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, dass rechtsextreme Einstellungspotentiale in der Bevölkerung noch anwachsen können.

Vermutlich werden sich durch die partielle Zurückstufung des Nationalstaates infolge der globalen und kontinentalen Prozesse sowie durch das Fortschreiten der europäischen Integration einerseits verstärkt nationalistische Stimmungen entwickeln und andererseits sich aber die Zusammenarbeit der europäischen Rechtsextremen intensivieren. Auch die durch die globalen wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Entwicklungen ausgelösten und sich verstärkenden weltweiten Wanderungen von Arbeitskräften aller Qualifikationsstufen zu den Orten der günstigsten Verwertung ihrer Arbeitskraft können zunehmend rassistische Stimmungen gegen Ausländer stimulieren.

Die neuen Dimensionen weltweiter und europäischer Auseinandersetzungen führten bereits dazu, dass in der rechtsextremen Szene im wachsenden Maße über die Notwendigkeit einer eigenen Europa-Konzeption dis-

kutiert wird. In einer von den REPUBLIKANERN initiierten Strategiekonferenz am 19./20. Februar 2000 in Leipzig wurde daher schon die Forderung vorgetragen, die rechtsextremistischen Kräfte stärker zu bündeln und eventuell nach dem Muster der Österreichischen Haider-Partei eine eurozentristische und antiamerikanisch orientierte *Freiheitliche Partei Europas* (FPE) zu gründen. Mit der verstärkten Internationalisierung der rechtsextremen Szene ist gleichfalls mit einer verstärkten Nutzung des Internets für rechts-extreme Propaganda und die Abstimmung von Aktionen zu rechnen.

Was die konkreten Perspektiven der einzelnen Parteien der extremen Rechten, des Neonazismus und der rechtsradikalen Vereinigungen in der Grauzone in der BRD betrifft, so sind substanzielle Aussagen zur weiteren Entwicklung nur schwer möglich. Das trifft auch auf künftige Wahlergebnisse zu. Alle Parteien haben nur einen schmalen Sockel von Stammwählern. Größere Wahlerfolge der Rechtsextremen hängen daher weitgehend von der wirtschaftlichen und politischen Großwetterlage in der Bundesrepublik ab. Sicher scheint, dass wir wahrscheinlich mit neuen ideologischen und organisatorischen Varianten des Rechtsextremismus konfrontiert sein werden. Schon jetzt ist ersichtlich, dass der Druck in solchen Gruppierungen zu einer umfangreichen Kooperation in dieser Szene zunimmt. Aber die seit Jahrzehnten andauernde Zersplitterung der Ultrarechten in der BRD wird in Anbetracht der egozentrischen Allüren aller Chefs rechtsextremer Parteien und Gruppierungen in der Bundesrepublik erhalten bleiben. Ein charismatischer Führer, der das überwinden könnte, ist nicht in Sicht.

Die genannten Entwicklungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus bedeuten jedoch nicht, dass man die von diesem Bereich ausgehenden Gefahren unbeachtet lassen kann. Alle sollten stets daran denken: die heute besonders in den neuen Bundesländern reichlich vorhandenen rechtsextrem gesinnten Jugendlichen sind die Eltern, Erzieher, Polizisten und Beamte von morgen. Auch die Gefahren neuer rechtsextremistischer Diktaturen sind nicht obsolet, nur wird es sich dabei entgegen aller Träume der Neonazis nicht um eine modifizierte Kopie des Hitler-Regimes handeln. Schon Mitte der 90er Jahre schrieb der bekannte bürgerliche Publizist Johannes Groß: In Deutschland ist auch künftig ein rechter Despotismus möglich, aber „er wird dem wenig ähneln, den die Völker Europas kennen; er wird nicht antisemitisch sein, nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt die Talente der verschiedensten Zivilisationen nutzen. Eine Nachahmung des Hitlerismus oder was heute dafür gehalten wird, ist Sache der Blöden.“²¹ Das ist ein eindringlicher Appell dafür, sich nicht mit dem Rechtsextremismus und den von diesem ausgehenden Gefahren offen oder klammheimlich abzufinden. Es gilt zu jeder Zeit und an

jedem Ort abwehrende geistige und politische Dämme zu bauen und den extremen Rechten nirgendwo Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Dafür auf allen Ebenen gutwillige Kräfte für einen breiten und vielgestaltigen Block der Vernunft und des Humanismus zu sammeln ist und bleibt eine unverzichtbare und langfristige Aufgabe aller Gegner des Rechtsextremismus.

- 1 Siehe Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 3.Auflage, Weinheim/München 1989; Josef Held/ Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: "Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst" – Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, DISS-Text Nr. 18, Duisburg 1991.
- 2 Frankfurter Rundschau, 13.7.1993
- 3 Siehe Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter: Ost und Westdeutsche. 10 Jahre nach der Wende, Berlin 1999, S.12
- 4 Der Spiegel, Hamburg, Nr.41, 7.10.1991, S.32.
- 5 Berliner Zeitung, 28.4.1998.
- 6 taz, Berlin, 1.10.1991.
- 7 impulse. Informationsblatt für kommunale Kriminalprävention, Sonderausgabe, Schwerin 2000, S. 15.
- 8 Richard Stöss: Rechtsextremismus in einer geteilten Kultur, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1995, S. 113.
- 9 Siehe Brief von Claus-Henning Schapper, Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren an die VVN-BdA, in: Neues Deutschland, 26.6.2000.
- 10 Siehe Daniela Dahn: Vertreibung ins Paradies. Unzeitgemäße Texte zur Zeit, Reinbek bei Hamburg 1998.
- 11 Siehe Neues Deutschland, 28./29.8.1999.
- 12 So Charlotte Wiedemann in DIE WOCHE, Hamburg, 12.6.1999, S. 1.
- 13 SUPER ILLU, Berlin, Nr. 9, 25.2.1999, S. 14.
- 14 Christoph Butterwegge (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zu politischer Bildung, Baden-Baden 1997, Vorwort S. 11.
- 15 Neues Deutschland, 7./8.8.1999.
- 16 Siehe auch Dokumentation „Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU-Politiker“, Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/Grüne im Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin 1999.
- 17 Neues Deutschland, 23.5.2000.
- 18 SUPER ILLU, Berlin, Nr.21, 18.5.2000, S.5.
- 19 Frankfurter Rundschau, 12.10.1998.
- 20 Berliner Zeitung, 2.12.1996.
- 21 FAZ-Magazin, Frankfurt a. M. 17.6.1994.

Norbert Madloch ist Mitglied der BAG „Rechtsextremismus/Antifaschismus“ der PDS. Auszug aus einem noch unveröffentlichten Buch.

Das autoritäre Erbe der DDR und der Rechtsextremismus

Mit Recht wird immer wieder auf das autoritäre Erbe der DDR verwiesen. Hier liege eine der Gründe für den nach der Wende immer stärker werdenden autoritären Rechtsnationalismus und auch den gewalttätigen Rechtsextremismus. Die Hauptabteilung XX des MfS gab zu Protokoll, die rechte Szene der DDR mit rd. 800 Personen sei ambivalent einzuschätzen. Wie Peter Pragal wiedergibt: „Einerseits sei ihr Auftreten durch ‚ein übersteigertes Bewusstsein als Deutsche, verbunden mit Ausländerfeindlichkeit und Aggressivität‘ geprägt. Andererseits zeigten die ‚Skins‘, im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen‘ Disziplin und gute Arbeitsleistungen. Auch stehe die überwiegende Mehrheit der militärischen Ausbildung, die für sie zum ‚Deutschtum‘ gehöre, positiv gegenüber“ (Berliner Zeitung, 8.8.2000, S. 8).

Das Erbe der DDR ist ambivalent. Und dies in vielerlei Hinsicht. Es gab einen verordneten Antifaschismus, aber er war da und war auch nicht nur verordnet. Es gab einen verordneten Internationalismus, den zumindest manche für bare Münze nahmen. Es gab eine Staatszentriertheit, aber der Staat sah sich in der Pflicht. Ansätze für eine Zivilgesellschaft wurden unterdrückt, aber in den Kollektiven der Betriebe und Einrichtungen gab es gemeinschaftliche Selbstorganisation.

Diese Ambivalenz muss niemanden wundern, denn bisher ist noch kein Gesellschaftssystem und keine konkrete Gesellschaft bekannt, die nicht ambivalent gewesen sei. Und ich gebe auch zu, dass ein verordneter Internationalismus mir lieber ist als die ständige Liebäugelei mit rechten Sprüchen. Man spricht vom „vollen Boot“ und verstärkt die Ängste jener, die ihre Arbeitsplätze – gegen alle Tatsachen – durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gefährdet sehen. Man sagt: „Kinder statt Inder!“ und bedient bewusst das Gegröle „Ausländer raus!“. Man macht den Reichen ungeheure Steuergeschenke für ihr globales Anlagespiel anstatt ihre Vermögen in die soziale Pflicht zu nehmen und lässt damit auch zu, dass die soziale Frage durch die „Rassenfrage“ ersetzt wird. Man gibt Asylsuchenden geringe Sozialhilfe und diese in Naturalform, „behandelt“ sie bei Abschiebungen so, dass manche zu Tode kommen oder schickt einige in Länder, wo ihnen Folter und Mord drohen, zurück, und führt damit täg-

lich vor, wie verletzbar die Würde jener ist, die unter unsere Ausländergesetze fallen.

Die heutige Politik ist eine Politik, in der oft schwer zu trennen ist, wo sie selbst schuldig geworden ist und wird und wo sie aktiv rechtsextreme Gewalt und rechtsnationalistische Einstellungen mit Taten bekämpft. Ich habe das sichere Gefühl, dass auch dieser Kampf eine Art „verordneter“ Liberalismus ist, denn das „Ausland schaut auf uns“, das Bild vom hässlichen Deutschen würde bedient, die ausländischen Investitionen und Fachkräfte bleiben rar. Der Standort Deutschland und das Image von einem Deutschland, das aus der Geschichte gelernt haben soll, sind gefährdet. Dabei haben wir doch seit 50 Jahren an beidem so hart gearbeitet, höre ich.

Und dann kommt immer wieder der Verweis auf das autoritäre Erbe der DDR. Ein richtiger Verweis, nur völlig falsch verstanden. Da dieses Erbe eine Tatsache ist, dann hätte man diese Tatsache auch praktisch ernst nehmen müssen, und sollte es auch jetzt noch tun. Wenn die Gesellschaft der DDR staatsfixiert war, dann tun Politik und Staat nicht gut daran, sich zurückzuziehen und auf das spontane Sprießen einer Zivilgesellschaft und von Märkten zu hoffen. Wenn die DDR Sinn verordnete, dann ist es genauso bequem wie falsch, die Sinnfrage als unsinniges Gerede abzutun und an Privatleute zu verweisen. Wenn Sozialisation in der DDR gerade auch über die Schule und die politischen Organisationen in den Schulen funktionierte, dann ist es völlig falsch, die Klassen ständig zu vergrößern, die Unterrichtsbelastung der Lehrer zu erhöhen, das Freizeitangebot an den Schulen zu verringern. Wenn die DDR viele ihrer sozialen und auch kulturellen Probleme über Arbeitskollektive löste, dann kann man doch nicht einfach jene Mittel, die früher die Betriebe aufgebracht haben, einsparen, sondern muss für Sozialarbeit und Betreuung nun große staatliche Mittel aufwenden. Das MfS hat die Rechten gut beobachtet. Wie viele gut bezahlte Staatsbeamte stellen wir heute für die harte und schwere Arbeit mit Jugendlichen aus der rechten Szene bereit. In Anklam, wo ein Obdachloser zu Tode getreten wurde, hatte man einen Seemann eingestellt, da für einen ausgebildeten Sozialarbeiter das Geld fehlte. Das Begräbnis des Obdachlosen war sicherlich billiger.

Wenn man 1989/90 überhaupt etwas von der DDR im Westen wusste, dann war es ihr autoritäres Erbe und die Forderung der Bürgerinnen und Bürger an den Staat, alle Probleme zu lösen. Bei der Wahl im März 1990 kam diese Forderung der CDU und Kanzler Kohl zugute, die in dieser Hinsicht das Erbe von SED und Honecker antraten – ganz bewusst. Sie versprachen, dass es keinem schlechter gehen würde. Und dann trafen Arbeitslosigkeit und Selbstwertverlust große Teile der Bevölkerung. Der absolute Wohlstandsgewinn vieler wurde durch die Abwertung als Deutscher

zweiter Klasse bezahlt. Vor allem aber zog sich der Staat aus der konkreten Lebenswelt der Menschen zurück. Der Abschnittsbevollmächtigte und damit der Polizist, den jeder kannte, der jeden kannte, verschwand. Viele kulturelle Einrichtungen wurden geschlossen. Die Kommunen verarmen. Auch durch die „grandiose“ Steuerreform. In vielen ländlichen Gegenden sind Tankstellen der einzige Ort von Kommunikation. Selbst die Kneipe im Dorf ist verschwunden. Und die Schulen, oftmals der einzige Ort, wo der Staat noch anwesend ist, sind verbreitet in einem schlechten Zustand – finanziell, personell und kulturell. Dabei beginnt rechte Gewalt im Alter von zwölf Jahren. Eine Offensive für Schulen ist fast der wichtigste Weg, um langfristig Erfolge zu erreichen.

Wenn es richtig ist, dass die DDR ein autoritäres Erbe hinterlassen hat, und ich erfahre dies täglich auch praktisch, dann war und ist es falsch, wenn der Staat aus genau dieser Gesellschaft desertiert. Die rechten Milieus haben sich in diesem staatslosen Raum breitgemacht. Sie stellen einen Ersatzstaat dar, geben Selbstwertgefühle, Sinn und Maßstäbe vor. Gerade weil es dieses autoritäre Erbe der DDR gibt, ist der Staat in einem Maße als Bildungsträger, als Kulturstaat, als Staat, der polizeilich das Gewaltmonopol sichert, als Staat, der die Würde der Menschen vor Verletzung schützt, und dabei nicht nach Hautfarbe und Pass unterscheidet, als Staat, der Arbeitsplätze schafft, gefragt, das vielleicht anderswo nicht nötig ist. Genau als solcher Staat hat er aber weitgehend versagt. Wer ein autoritäres Erbe antritt, muss ihm gerecht werden und nicht so tun, als könne hier im Osten nach westlichem Maß, was auch immer das heißen soll, gehandelt werden. Wenn der Osten anders ist, dann muss hier auch anders gehandelt werden.

Die gigantischen Geldtransfers in die private Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung, in Frührente und Arbeitslosigkeit, eine große Solidaritätsleistung der westdeutschen Steuerzahler, haben dies Versagen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Westdeutschlands nur bemäntelt. Und dieses Versagen ist nicht der dahingeschiedenen DDR, sondern der verantwortungslosen Flucht von Politik und Staat aus jener wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verantwortung geschuldet, die mit dem realen Erbe der DDR verbunden war. Wer heute nach dem Staat ruft, der sollte nicht primär (aber natürlich auch) nach dem Staat der Polizei rufen. Gebraucht wird der Staat als Ganzer und werden wir alle als Staatsbürger – nicht jenseits des Staates, sondern um mit und durch ihn die Gesellschaft wirtschaftlich, sozial und vor allem auch kulturell zu aktivieren.

Rechtsextremismus und Öffentlichkeit

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Thema „Rechtsextremismus“ gegenwärtig in der Öffentlichkeit lautstark Erwähnung findet. Eine solche Feststellung konnte man – trotz eines „Kontinuums“ rechter Gewalt- und Straftaten – in den zurückliegenden Jahren nicht immer so treffen. Und um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei angesichts des heute so breiten Chors der Empörten und Fordernden daran erinnert, dass es in den 1990er Jahren zwar nicht ausschließlich, aber vor allem Kräfte und Personen aus dem linken politischen Spektrum waren, die rechtsextreme Bedrohungen thematisierten – auch wenn sie dadurch als „Ruhestörer“ etlichen auf die Nerven fielen. Um dies zu illustrieren: Das vielbeachtete Plakat „Nazis raus – aus den Köpfen!“ veröffentlichte eben schon 1994 eine linke Partei und nicht die CSU!

Diese Bemerkung soll keinesfalls irgendeine Form politischer Arroganz bekräftigen. Die Linke hat in ihren eigenen Reihen genug Widersprüchliches zum Thema auszustreiten und schöpft ihr Mobilisierungspotenzial gegenwärtig bei weitem noch nicht aus. Der Denkansatz allerdings verweist auf mehrere Probleme, die gerade dadurch entstehen, dass Rechtsextremismus zur Zeit scheinbar ein „Top-Thema“ geworden ist. Es wären hier mindestens drei Problembereiche zu benennen:

(1)

Rechtsextremismus – mit seinen Dimensionen „Einstellungen“ und „Verhalten“ – ist Teil der Gesellschaft, nicht nur „zeitweiliger Schmutzfleck in einer ansonsten heilen Welt“. Um nicht missverstanden zu werden: Die Betonung des gesellschaftlichen Aspektes kann in keiner Weise und zu keiner Zeit die Gewalttaten von Rechtsextremen verharmlosen oder gar entschuldigen. Täter, die als Individuen Einzelverantwortung für ihr Handeln tragen, müssen verfolgt und bestraft werden. Nur: Das notwendige „Wegsperrn“ von Rechtsextremen erinnert an den Kampf von Herakles gegen die Hydra! Rechtsextremismus ist ein soziales Phänomen, er verkörpert eine dehumane, oft verbrecherische „Antwort“ auf ungelöste Fragen und Konflikte modernisierter Gesellschaften. Der Autor vertritt seit längerem (und im Wissen um mögliche Widersprüche) die These, dass sich die scheinbar unerklärliche

Faszination rechtsextremer Optionen weniger aus der Vergangenheit, sondern aus der schon im Blick befindlichen Zukunft speist. „*Wie früher Geister kamen aus Vergangenheit/So jetzt aus Zukunft ebenso*“ beschreibt Heiner Müller, Brechts „Futzer“ zitierend, die heutige Zeit. Die (projizierten) Ängste vor der Zukunft (Altersunsicherheit, Risiken des „Winner-loser-Spiels“ und Möglichkeiten sozialen Abstiegs, reale Kriegsgefahren usw.) sowie das Gefühl von Ohnmacht gegenüber den „Großen dieser Gesellschaft“ – dies sind zwei mächtige Quellen, aus denen Aggressionen und das Bedürfnis, „Schwächere unter sich zu haben“, bis sehr weit in die Mitte der Gesellschaft hinein genährt und dabei täglich reproduziert werden. Gelingt es also nicht, wichtige Zukunftsfragen auf menschliche Weise anzugehen und dafür zumindest in Umrissen Lösungen zu formulieren, so wird Rechtsextremismus immer wieder aufs Neue auftreten. In keinem Fall aber ließe er sich einfach – eventuell gar in kurzen Fristen – „durch Maßnahmen beseitigen“.

(2)

Der Umgang mit Rechtsextremismus erfordert ein neues öffentliches Problem-bewusstsein. Es stellt sich die Frage, ob die Art und Weise, in der gegenwärtig soziale Probleme wahrgenommen und thematisiert werden, für den Umgang mit einem so brisanten Phänomen wie Rechtsextremismus ausreichend ist. Betrachtet man hierzu die „alltägliche mediale Öffentlichkeit“, so kommen Zweifel. Rechtsextremismus passt weder zum schrillen Bild der „Spaßgesellschaft“, noch zu den „Verheißungen des Reichtums für jeden“ und schon gar nicht in die romantischen Verklärungen einer heilen „Mittelstandswelt“. Zwar lassen sich vor allem Gewalt und Drohungen der Rechten nach dem Prinzip des „Scoop“ und nach den Regeln des „Nachrichtenwertes“ weidlich ausschachten, aber solche Informationen sind wenig hilfreich. Diese Art von Öffentlichkeit „vermittelt“ eher Zwiespältiges: Gespielte oder echte „Politiker-Empörung“, bei den „kleinen Leuten“ jedoch vor allem Angst, Hilflosigkeit, Ohnmachtsverstärkung. Nachdenklichkeit hingegen, Zivilcourage und zähe Entschlossenheit kommen zumeist nur fragmentarisch vor die Kameras oder in die Blätter. Die Folge sind in vielen Fällen simplifizierte Problemwahrnehmungen und „mentale Schnellschüsse“ – ein noch „dickeres Fell“, der Ruf nach dem „starken Staat“ oder Schuldzuweisungen, wobei letztere nicht selten auch die Funktion eigener Entlastung (mitunter: der Profilierung) als die der wirklichen Ursachenforschung haben. Eines der makabersten Beispiele dafür stellt das bis in die jüngste Zeit reichende „Schwarze-Peter-Spiel“ zwischen Ost und West dar, wenn es um Fragen des historischen Nährbodens für gegenwärtige Erscheinungen des Rechtsextremismus geht. Dieses Problem könnte, falls

überhaupt, nur durch intensivste empirische Arbeit aufzuhellen sein, statt dessen wuchern die mit großem Ernst vorgetragenen Spekulationen darüber, in welchem Umfang denn nun alte Nazis vom Rhein oder Stalinisten in der DDR die Taten eines heute 16jährigen mit „verursacht“ hätten.

(3)

Auch wenn einige Überlegungen scheinbar einen pessimistischen Unterton aufweisen, ist ihre Zielrichtung die der Handlungsaufforderung. Analyse kann und darf Taten nicht ersetzen. Der realistische Blick auf die Gegenwart zeigt gerade für heute, für die Mitte des Jahres 2000, zahlreiche Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts, die aber an den kritischen Umgang mit der medialen Öffentlichkeit und an die Erschließung neuer Öffentlichkeits-Felder geknüpft sind. Dies könnte heißen: Klare Positionierung im familialen und Lebensumfeld, Meinungsäußerung zu aktuellen Aktionen (z.B. „Gegen Nazis im Netz!“), Teilnahme an Gesprächskreisen oder Demonstrationen und vieles mehr. „Öffentlichkeit“ existiert eben auch im „Mikrobereich“ beim Austausch von scheinbar Alltäglichem.

Eine bislang noch nicht breit praktizierte Öffentlichkeits-Form wäre mit folgendem Vorschlag zu umreißen: Konstituierung von regelmäßig stattfindenden regionalen „Rechtsextremismus-Konferenzen“, die ein Netzwerk von demokratisch engagierten und fachkompetenten Kräften zusammenschließen. Solche Foren sollten unabhängig von „Einzelereignissen“ (also nicht nur als Reaktion auf einen Übergriff) stattfinden; hier könnten Jugendliche, Eltern, Lehrer/innen, Polizeibeamte, Politiker/innen, Sozial Tätige und auch Personen aus der wissenschaftlichen Forschung vertreten sein. Inhalt dieser Konferenzen wären gründliche gegenseitige Information und Beratung, u.a. zu „Aktionen“, aber nicht nur dazu. Denn ein Vorteil dieser Konferenzen könnte es sein, „niedrigschwellige“ Unterstützungsangebote, z.B. für Eltern und Lehrer, zu ermöglichen. Es gibt nicht wenige Fälle, wo eine Mutter oder ein Vater der (beginnenden) Rechtspositionierung ihres Kindes entrüstet, aber hilflos gegenüber stehen. Gleiches trifft für die Situation in etlichen Schulklassen zu. Hier können „Schamgrenzen“ abgebaut und Hilfen – gleichsam in „Einzelfallberatung“ vermittelt werden. Vielleicht finden solche Aktionen im Fernsehen zunächst keine Erwähnung (obwohl sie es wert wären). Aber darauf kommt es nicht in erster Linie an. Wenn sich der Rechts- extremismus im Alltag versteckt, dann muss man ihn im Alltag öffentlich bekämpfen.

Dr. Michael Chrapa, Vorsitzender der „Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e.V.“, Halle/Saale

„Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“

*André Brie über Ursachen rechtsradikaler Gewalt im Osten
und die Verantwortung der PDS*

Eine „ganz fatale Kontinuität“ sieht PDS-Stratege André Brie in den Denkweisen der Kommunisten und der NS-Bewegung. Deshalb liegt für ihn eine Ursache rechter Gewalt auch in der DDR.

Im Osten machen wieder Rechtsextremismus und ausländerfeindliche Gewalt Schlagzeilen. Ist das eine späte Folge von 40 Jahren realem Sozialismus?

Ich sehe vier Ursachen. Im Einigungsprozess wurden gravierende Fehler gemacht. Die Folge war ein radikaler Identitätsverlust. Die DDR-Bürger hatten keine Chance, eine neue demokratische, republikanische Identität zu eringen. Dann gibt es im Osten eine schwierige soziale Situation mit bis zu 40 Prozent Arbeitslosigkeit und kulturellen Verwerfungen. Und in ganz Deutschland wird sträflich leichtsinnig mit der NS-Vergangenheit umgegangen. Wenn Asylbewerber zu Sündenböcken gemacht werden, wird auf ganz subtile Weise Neonazismus hoffähig gemacht. Aber eine Ursache rechter Gewalt liegt sicher in der DDR.

Worin besteht das rechte DDR-Erbe?

Die DDR war ein abgeschottetes Land. Schon dort gab es Neofaschismus, aber darüber durfte nicht diskutiert werden. In der DDR lebten eine halbe Million sowjetische Soldaten und viele vietnamesische Vertragsarbeiter. Die wurden ghettoisiert und abgeschottet. Niemand musste kulturelle Widersprüche leben. Die DDR hat einen Antifaschismus postuliert, der nicht demokratisch erstritten wurde. In diesen konnte 1945 jeder problemlos reinschlüpfen. Die DDR war ein Law-and-order-Staat, das ist für Neonazis bis heute ein Anknüpfungspunkt.

Sie sehen Kontinuitäten zwischen der NS-Zeit und der DDR, die bis heute nachwirken?

Es gab 1945 einen ungeheuren Bruch. Aber die Mentalitäten wurden nicht gebrochen.

Wurde darauf die DDR aufgebaut?

Nein. Das Problem liegt sehr viel tiefer. Die kommunistische Bewegung hat spätestens mit ihrer Stalinisierung Demokratie und Emanzipation abgelegt. Sie hat schon vor 1933 Konzepte verfolgt, der gleiche Denkweisen und ähnliche Symbole wie der NS-Bewegung zu Grunde lagen. Hier gibt es eine ganz fatale Kontinuität.

Wirkt diese Tradition des autoritären Sozialismus bis heute nach?

Autoritätshörigkeit, Hierarchiedenken und Harmoniesucht der Ostdeutschen sind ein Nährboden für Neonazis. Nur wenn wir diese kulturellen Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland reflektieren, werden wir eine Antwort auf die rechte Gefahr finden.

Welche Aufgabe hat dabei die PDS?

Die PDS muss ihren eigenen autoritären Wurzeln nachspüren.

Also viel schärfer und selbstkritischer die DDR reflektieren?

Ich will noch mal sagen, dass in der DDR nur eine Ursache liegt. Und die PDS tut mehr für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als SPD oder CDU. Wenn es die PDS nicht gegeben hätte, gäbe es in Ostdeutschland längst eine machtvolle rechte Partei. Wir integrieren Wähler mit rechten Wertorientierungen. Aber natürlich steht die PDS in besonderer Verantwortung. Dieser wird sie nicht mit scharfen Erklärungen gerecht. Damit stößt sie die Menschen vor den Kopf und treibt sie den Nazis in die Arme. Wir müssen ihnen ermöglichen, den Weg selbst zu gehen.

Auch vielen PDS-Kommunalpolitikern ist Ruhe und Ordnung wichtiger als ein entschiedenes Auftreten gegen rechts.

Das ist mir zu pauschal. Aber die PDS tut sich schwer mit Aktionen, die libertären, zivilgesellschaftlichen Charakter haben. Linke und antifaschistische Jugendkultur ist ihr fremd. Die PDS muss in den ostdeutschen Kommunen ihre Haltung aufgeben, Ruhe sei erste Bürgerpflicht. Sie muss sich der Auseinandersetzung stellen.

Stattdessen hat sie zehn Jahre lang die DDR verteidigt.

Wer die Menschen im Osten zwingt, sich zu verwestlichen, der bekommt nur neue Duckmäuser, die ihre Identität verdrängen und doppelzünftig werden. Auch das ist ein Erbe der DDR.

Seit Gerhard Schröder die PDS im Zuge der Abstimmung über die Steuerreform bundespolitisch aufgewertet hat, scheint die Krise der PDS nach dem desaströsen Münsteraner Parteitag wie weggeblasen. Hat die PDS ihr Tief überwunden?

Nein. Die strukturellen Defizite sind nicht überwunden.

Wo sehen Sie diese?

Wir führen zwar heftige ideologische Diskussionen, aber verweigern uns oft den realen Auseinandersetzungen. Die programmatischen Klärungsprozesse, werden nicht vorangetrieben. In der PDS-Mitgliedschaft herrschen Wagenburgmentalität und Abschottung. Die PDS schafft es nicht, sich der Gesellschaft zu öffnen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen gibt es keinen Generationenwechsel.

Diese Probleme sind seit Jahren bekannt.

Münster war eine Zäsur. Die Krise ist zum Ausdruck gekommen.

Wo bleiben die Konsequenzen?

Dafür brauchen wir Zeit. Erst muss der Führungswechsel organisiert werden.

Aber die designierte PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer will den Integrationskurs fortsetzen und verteilt Streicheleinheiten an die Kommunistische Plattform.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Gabi Zimmer den Weg von Klärung und Entscheidung gehen muss und gehen wird.

Die Auseinandersetzung mit der KPF, mit dem Hamburger Landesverband wird fortgesetzt?

Sie muss erst einmal wirklich beginnen. Sonst geht die PDS kaputt. Sonst hat sie sich schon 2002 erledigt. Wir brauchen eine eindeutige realpolitische Reformorientierung und ein klares sozialistisches Profil. Beides existiert bislang nicht, auch wenn die KPF gern behauptet, dieses sei in Gefahr.

Wie weit muss die Auseinandersetzung gehen?

Wir müssen zu klaren inhaltlichen Ergebnissen und personellen Klärungen kommen. Die Hamburger und einige Mitglieder der kommunistischen Plattform müssen begreifen, dass die MLPD oder die DKP eigentlich ihre Parteien sind.

Sie wollen, dass diese die Partei verlassen?

Wer wie die Hamburger PDS-Delegierten Gysi auf dem Parteitag abfällig Bananen überreicht oder Delegierte als „Faschisten“ beschimpft, der hat in der PDS nichts zu suchen. Das muss Konsequenzen haben. Da darf die PDS auch nicht, aus falscher Angst vor der Wiederholung von SED-Fehlern, vor Parteiausschlüssen zurückschrecken. Wenn die PDS eine solche Kulturlosigkeit und Beliebigkeit zulässt, darf sie sich nicht wundern, wenn sie in der Gesellschaft nicht ernst genommen wird.

Das Gespräch führte Christoph Seils.

Dr. André Brie (PDS) ist Mitglied des Europa-Parlaments.

ELLEN BROMBACHER
HEINZ MAROHN
GERALD SCHWEMBER

Eine Studie über Rechts- extremismus oder die Fortsetzung der Totalitarismuskonzeption mit anderen Mitteln

„Hegel bemerkt irgendwo,“ so Marx in »Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, „daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Marx behält wohl auch hier recht. Im August 1998 verklagt eine Gruppe jüdischer Naziopfer die Degussa. In der Sammelklage verlangen sie, die Degussa solle für ihre Verbrechen mit dem gesamten Firmenvermögen haften. Es wird auch auf deren enge Verflechtung mit der Firma Degesch Bezug genommen, die das Zyklon B für die Massenvernichtung in den Gaskammern produzierte. Die Forderung nach faktischer Enteignung der Degussa kommt 53 Jahre zu spät. Womöglich deshalb wird als sensationell empfunden, was in der sowjetisch besetzten Zone nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus selbstverständlich war: Die Enteignung aller, die am faschistischen Morden verdient hatten. Das betraf sehr viele, so die gesamte Großindustrie. Daraus erwuchs deren Verstaatlichung.

Die Erben kehren zurück

Gerade durch die Rigorosität, mit der man im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands der Eigentumsfrage begegnete, wurden dem Nazismus die sozialökonomischen Wurzeln herausgerissen. Diese Tatsache wird in der Bundesrepublik nicht erst seit heute totgeschwiegen oder als Unrecht behandelt. Und so kommt es, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Deutschen sich durch Bilder von DDR-Fahnenappellen eher an Nazideutschland erinnert fühlt, als durch die Dresdner Bankfiliale an der Ecke oder den parkenden Daimler vor der Tür. Die veröffentlichte Meinung der BRD hat diese völlig verzerrte Sicht systematisch erzeugt. Uwe Jens Heuer nennt das die „vergleichende Gleichsetzung von »Drittem Reich« und der DDR“.

Doch damit nicht genug. Mittlerweile ist die DDR nicht nur die Fortsetzung der Diktatur nach Hitler, sondern neuerdings auch noch der Schoß, aus dem das Braune wieder kriecht. So faktisch nachzulesen in einer Studie von Bernd Wagner »Rechts-extremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern«. Der Autor geht davon aus, daß in der DDR entstandene Jugendszenen die Basis für zukünftigen Rechtsextremismus bildeten und schreibt: „Der DDR-Staat war ihnen verhaßt...Haß auf die Vaterfunktion des Staates, der nirgendwo die Verheißungen einzulösen verstand...Die SED war der Inbegriff für Autoritarismus, Gefangenschaft, Agonie und eine durch und durch verlogene Gesellschaft.“ Solche Äußerungen belegen Wagners Stoßrichtung. Wir kommen auf die Studie zurück.

Es soll nicht abgestritten werden, daß es in der DDR Jugendliche gab, die sich rechts orientierten. Auch wollten nicht alle alten Nazis nach Westdeutschland flüchten. Und natürlich wurde die DDR nicht zuletzt von vielen früheren Nazimitläufern aufgebaut. Jene Deutschen, vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten, die illegalen Widerstand geleistet hatten, jene, die zurückgekehrt waren aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aus der Emigration sowie den Partisanen- und Alliiertenarmeen, wollten das in seiner großen Mehrheit irreführte Volk nicht demütigen. Sie, die – anders als in den Westzonen praktiziert – zumeist die radikal zerschlagenen Strukturen ersetzten, waren gewillt, die Verführer zu strafen und jene, die aus der Nazierrschaft die Gewinne zogen: Aus jeder Granate und Bombe ebenso wie aus Zyklon B. Aus den KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern gleichermaßen wie aus den erfrorenen Wehrmachtssoldaten vor Stalingrad. Und die Verantwortlichen für das Morden wurden bestraft. Man nahm ihnen ihre ökonomische und somit jegliche Macht. Sie mußten sich einschränken. Bis zum Jahre 1990.

Nun sind ihre Erben zurückgekehrt. An jeder Ecke eine Deutsche oder Dresdner Bank und all die anderen Profiteure. In diesem Deutschland sind wir angekommen. Um dies zu verschleiern wird gern suggeriert, die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR selbst seien die Brutstätte für Neonazismus in Deutschland gewesen.

Grauzone der Verharmlosung

Ein Protagonist dieser These ist der bereits erwähnte Bernd Wagner. In der DDR qualifizierte er sich zum VP-Offizier und befaßte sich schon vor der sogenannten Wende mit Erscheinungen des Rechtsextremismus unter DDR-Jugendlichen. Im MdI leitete er eine nichtstrukturmäßige Arbeitsgruppe „Skinhead“ in der Hauptabteilung Kriminalpolizei und fungierte zeitweilig als deren Konsultant für die Sektion Kriminalistik der Humboldt-Univer-

sität. Unmittelbar nach der „Wende“ wurde der DDR-Polizei-Oberstleutnant Leiter des Staatsschutzes für die neuen Bundesländer. Wagner hat daher noch aus DDR-Zeiten fundierte Kenntnisse über alle diesbezüglichen Auswüchse, die es in den letzten Jahren der DDR gab. Wagner weiß aus ureigener Erfahrung, daß es in der DDR ans Unmögliche grenzte, Dinge solcher Art öffentlich zu behandeln. Sie waren ein Tabu, da nicht sein durfte, was nicht sein konnte und auch, weil wir uns vor denen, die die Globkes reaktiviert hatten, keine Blöße geben wollten. 1988 wurde erstmals auf einer ZK-Tagung die Existenz von rechten Jugendlichen in der DDR erwähnt. Im Bericht fehlte jegliche Analyse; vielmehr wurde der zweifellos relevante Einfluß westlicher Medien als einzige Ursache aufgeführt. Kasuistik wurde betrieben. Das waren unnötige, grobe Fehler. Daß im Osten grundsätzlich mit den Nazis aufgeräumt worden war, nährte auch die Illusion, solcherart Fehlentwicklungen könne es in der DDR nicht einmal in geringem Maße geben. Analysen fielen Verdrängungen zum Opfer und verschwanden in Panzerschranken. Sicher hat auch Wagner hier seine bitteren Erfahrungen machen müssen.

Zugleich wußte jeder, der im Parteiapparat oder in staatlichen Organen, nicht zuletzt im MfS und MdI, tätig war, daß faschistische oder faschistoide Symptome nicht als Kleinigkeiten behandelt sondern prinzipiell bekämpft wurden. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür waren in jeder Hinsicht gegeben. Es ist mehr als gewagt, wenn es in der Studie heißt: „Von politischen Systemträgern wurden sie“ (die Nazis; die Vfs.) „gern als Ordnungsfaktor instrumentalisiert.“ Wir sagen unumwunden: Idioten gibt es überall und womöglich kann Bernd Wagner seine These mit wenigen Beispielen belegen. Wir werden mühelos viele finden, die hundertfach für das Gegenteil stehen. Was immer über das SED-Politbüro gesagt werden kann: Niemals hätten jene, die das Machtzentrum verkörperten, so etwas ernstlich zugelassen. Alle Älteren waren im antifaschistischen Kampf gewesen: Axen in Auschwitz. Honecker im Zuchthaus Brandenburg. Sindermann in Sachsenhausen und Mauthausen. Keßler in der Roten Armee. Hager in Spanien und in der englischen Emigration. Der Schwur von Buchenwald war ihnen heilig. Sie duldeten keinerlei Freiräume für Nazis. Rechte Literatur, Zeitungen, Verlage oder gar Organisationen und Demonstrationen wären ebenso undenkbar gewesen wie der latente Revanchismus oder die jüngsten Debatten zur Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen.

Die Erziehung in der DDR war antifaschistisch. Das bedeutete nicht, daß sie immer geschickt und wirksam war. Kunst und Kultur der DDR und aus anderen Ländern prägten Generationen im antifaschistischen Geist. Das traf für das Fernsehen zu, die Filmkunst, die Literatur und das Theater, die bil-

dende Kunst, für alle Genres. Millionen sind mit „Nackt unter Wölfen“, „Jacob, der Lügner“, „Der Aufenthalt“ und „Kindheitsmuster“ aufgewachsen. Heiner Müllers „Lohndrucker“ und „Die Bauern“ vermittelten eine Ahnung über die Konflikte in den ersten Jahren nach der Befreiung. Ungezählt sind jene, die in Jugendweihestunden ehemalige faschistische Konzentrationslager besuchten; die an Gedenkstätten, welche heute häufig verrotten, der gefallenen sowjetischen Soldaten und Opfer des Faschismus gedachten. Und so provinziell vieles im Lande war: in puncto Solidarität ging es weltweit zu. Diese Merkmale des Lebens in der DDR waren bestimmende Tendenzen. Man kann sicher sein, daß sich unter jenen Generationen, die teils die Naziherrschaft noch bewußt erlebt hatten und in der DDR aufwuchsen, außerordentlich viele befinden, die gegen Rechtsradikalismus resistent sind, weil bei ihnen die antifaschistische Erziehung so tief verinnerlicht ist, daß sie selbst beim größten Frust keine Protestwähler für Nazis abgeben würden.

Was wir nicht beachtetten und wohl auch nicht wahrhaben wollten, war: Der Bruch, der sich gesellschaftlich bezüglich der faschistischen Strukturen vollzogen hatte, fand in Familien nicht a priori gleichermaßen statt. Hier gab es wohl immer eine Grauzone der Verharmlosung, die uns hätte beruhigen müssen. In dem Maße, wie in den 80er Jahren die Versorgungssituation wieder schlechter wurde, entwickelten sich auch in Kaufhallen unweit von Ausländerwohnheimen oder in den Grenzbezirken Stimmungen, die Vietnamesen und Polen würden alles wegkaufen. Pöbeleien nahmen zu. In den Fußballstadien spielten sich schlimme Dinge ab. Manche Freizeitclubs wurden zeitweise Treffpunkte für Rechte. Jede dieser Erscheinungen war eine zu viel. Wer sie leugnet, setzt verantwortungslose Verdrängung einfach fort. Wer solche Erscheinungen addiert und daraus ableitet, die DDR sei der Nährboden für heutige neofaschistische Tendenzen in den neuen Bundesländern und darüber hinaus gewesen, ist zumindest blauäugig.

Zurück zur bereits erwähnten Studie Bernd Wagners. Wir werden nicht versuchen, Fakten in Frage zu stellen, die er über Ansätze rechtsextremer Gruppen in der DDR zu Papier brachte, zumal er kaum mit Zahlen arbeitet. Es ist schwer vorstellbar, daß MfS und K1 über die Anzahl von Neonazis in der DDR nicht exakt informiert waren. Offenbar unterstreichen Zahlen nur die Marginalität der von Wagner untersuchten Tendenzen.

Was ist aus unserer Sicht das Kritikwürdige an Wagners Studie? Jede zu DDR- Zeiten feststellbare nazistische Erscheinung – Tendenzen in den Neubundesländern gleich mit einbegriffen – wird aus den früheren gesellschaftlichen Verhältnissen abgeleitet. Zugleich sind die gesellschaftlichen Entwicklungen und Grundverhältnisse der Bundesrepublik fast vollständig

ausgeblendet. Man mag uns entgegenhalten, die Studie bezöge sich ja nur auf den Osten. Aber genau darin besteht ihre ganze Fragwürdigkeit. Wechselbeziehungen werden ignoriert. Wie selbstverständlich werden so die im Westen nie wirklich gekappten Nazitraditionen und deren Wirkung im Osten ignoriert.

Kein Wort verliert Wagner darüber, daß in den Altbundesländern das Thema der kritischen Aufarbeitung der Nazizeit de facto tabuisiert war, bis dies unter dem Druck der 68er Bewegung partiell geschah. Es ist irreführend, wenn er schreibt: „Der Prozeß der Modernisierung des Rechtsextremismus setzte mit Beginn der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland ein, nachdem 1969 die Sammlung der alten rechtsextremen Kräfte ihr politisches come back, den erneuten Einzug mit der NPD in den Bundestag, nicht geschafft hatte.“ Ein politisches come back setzt voraus, daß welche weg waren. Das sind die Nazis in den alten Bundesländern zu keinem Zeitpunkt gewesen. Das Sondervotum der Mitglieder der Gruppe der PDS und des Sachverständigen Mocek zum Schlußbericht der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED- Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (Bundestag, Drucksache 13/11000, S.550), deutet an, wie es mit den alten Strukturen im Westen Deutschlands aussah:

„...bis Mitte/Ende der sechziger Jahre (waren) in der BRD ehemalige Nazis, darunter Kriegsverbrecher, in beträchtlichen Größenordnungen tätig...21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admirale der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate, 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.“ Doch nicht nur die Nazi-Eliten wurden geschont sondern, auch der mittlere und untere Nazi-Apparat blieb, gemäß Artikel 131 GG mit dem entsprechenden Ausführungsgesetz (1951), dem „131er- Gesetz“, weitgehend unangetastet. Desweiteren bestand in der BRD von Anfang an die Möglichkeit der legalen Organisation und Institutionalisierung des Rechtsextremismus. Erinert sei nur an die HIAG, mit der die ehemaligen SS-Angehörigen schon seit den 40er Jahren über eine legale Massenorganisation verfügten. 1978 existierten in der BRD über 150 neofaschistische Zusammenschlüsse unterschiedlicher Größe.

Diesen Tatsachen ließen sich viele weitere hinzufügen. Die Vergangenheit blieb, mehr oder weniger im Hintergrund, stets lebendig. Mit dem „neuen“ Großdeutschland ist die Lage erneut günstig geworden; Rechtes erscheint in all seiner handgreiflichen Realität wieder. Nun soll die DDR auch noch daran schuld sein. Wagner formuliert: „Die gegenwärtige Situation und Entwicklung in den neuen Bundesländern kann nicht vollständig verstanden

werden, wenn die Entwicklung in der DDR in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht differenziert beleuchtet wird.“ Er muß sich zumindest zwei Fragen gefallen lassen:

1. Warum beleuchtet er nicht die Entwicklung im Osten seit 1945, warum nur jene Jahre, die zunehmend von Niedergangerscheinungen geprägt waren? In Zeiten des Niedergangs verliert ein System bekanntlich zuerst die Jugend und ein Ausdruck dessen war, daß auch Rechtsextremes bei manchen jungen Leuten in der DDR Fuß faßte.
2. Warum wird der Umgang mit dem Erbe des Faschismus in den Altbundesländern faktisch nicht behandelt bzw. falsch dargestellt?

„Der Rechtsextremismus ist in der Bundesrepublik Deutschland als politische Bewegung seit Anbeginn Gegenstand der politischen Kritik und Auseinandersetzung.“ So Wagner. Selbstverständlich gab es auch in den Altbundesländern stets antifaschistische Kräfte, die sich Gehör verschafften. Die befanden sich jedoch am Rand der Gesellschaft, welche sich zu keinem Zeitpunkt konsequent antifaschistisch verhielt. Das geben die BRD-Oberen im übrigen auch indirekt zu. Befragt, warum man mit den Kommunisten heute strikt abrechnen würde, während nach 1945 die Nazis bis auf wenige geschont wurden, wird stets geantwortet, gerade jenen Fehler der Nichtaufarbeitung wolle man nicht wiederholen. Unterschlagen wird, daß die ökonomischen und staatlichen BRD-Strukturen sich hätten weitgehend selber verfolgen müssen, wäre konsequent gegen Nazis vorgegangen worden.

Keine kritische Auseinandersetzung

Das ist im übrigen keine von Kommunisten konstruierte Sicht zur Schaffung eines Feindbildes. Bereits in den 60er Jahren schrieben die Mitscherlichs in ihrem Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“: „Die Ideologie der Nazis ist zwar nach 1945 pauschal außer Kurs geraten, was aber nicht bedeutet, daß man eine sichere innere Distanz zu ihr gefunden hätte. Dazu wäre eine kritische Auseinandersetzung, zum Beispiel eine Untersuchung auf die Wahrhaftigkeit mancher Teile dieser ‘Weltanschauung’, notwendig gewesen; aber sie kam nicht zustande. So haben sich, sozusagen naiv, weil unreflektiert, Teilstücke dieses Weltbildes völlig unbehelligt erhalten. *Das folgenreichste dürfte der emotionelle Antikommunismus sein. Er ist die offizielle staatsbürgerliche Haltung, und in ihm haben sich ideologische Elemente des Nazismus mit denen des kapitalistischen Westens amalgamiert.*“ (Hervorhebung durch die Verfasser)

Was die Mitscherlichs unter massenpsychologischen Aspekten beschreiben, betrifft gleichermaßen den unbehelligten Erhalt von ökonomischen Strukturen und ebenso die personelle Kontinuität im staatlichen und juri-

stischen Bereich. Das alles kommt bei Wagner nicht vor. Dem Osten wird – über die Ursachen zu schreiben, ist nicht Gegenstand dieser Arbeit – ein anderes System übergestülpt, seit 1990 schon existiert dieses kapitalistische Großdeutschland, und dem Leser wird suggeriert, die Wirkungen der übertragenen gesellschaftlichen Verhältnisse seien nicht der Rede wert, aber die Nachwirkungen der DDR seien fatal. Hierzu noch einmal die Mitscherlichs: „Wir haben also davon auszugehen, daß auch Moralen ein Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind. Sie kommen und gehen.“

Es verwundert kaum noch, daß Wagner weitgehend auf eine sozialpolitische Analyse der Neubundesländer verzichtet. Natürlich läßt sich die fortschreitende Manifestierung rechtsextremer Tendenzen nicht allein auf die soziale Misere zurückführen, aber maßgeblich für die Wirksamkeit der Nazis unter jungen Leuten ist sie doch wohl.

Unerheblich ist in diesem Kontext, daß ein Teil der Jugendlichen, die rechten Parolen folgen, weder arbeitslos ist noch ohne Lehrstelle. Jugendliche leben übrigens im Regelfalle schon länger in der BRD als ihre DDR-Jahre zählen. Es ist das allgemeine soziale Klima im Osten, eine ungekannte kulturelle und moralische Verelendung eingeschlossen, welches es braunen Demagogen unter jungen Leuten leicht macht: Eine diffuse Angst vor der Zukunft, die Verführung, vom heutigen Tag rücksichtslos soviel für sich zu nehmen, wie man nur kriegen kann und der verordnete Blick auf eine Vergangenheit, die ähnlich gewesen sein soll wie die Naziära. Doch die DDR-Vergangenheit wird zunehmend differenzierter bewertet. Soziales steht hoch im Kurs. Wer da die jüngere Vergangenheit mit der Nazizeit vergleicht, erweckt auch bei so manchem Sympathie mit Hitler. Das ist pervers, aber es funktioniert.

Rechte Wahlpropaganda im Osten hat sich genau darauf eingestellt. In einem Flugblatt heißt es: „Wir Mitglieder der NPD...stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR.“ Die Gleichsetzung von DDR und Faschismus kommt den Rechtsextremen in doppelter Hinsicht zu paß: Zum einen ist die Zerstörung jeglicher Bindung in das vergangene Leben – in die Kindheitswelt – psychologisch verheerend und schafft „beste“ Voraussetzungen für rechten Einfluß. Zum anderen spielen sich eben die Nazis als Verteidiger der DDR auf, in einem Atemzug mit der Verteidigung Hitlerdeutschlands. Sie schüren eine gefährliche Nostalgie und sie stoßen auf Freiräume, da auch zu viele Linke gar zu schnell bereit sind, den ersten sozialistischen deutschen Versuch zu denunzieren.

Für manch einen sind die heute noch umstrittenen Ereignisse vor der Zionskirche, wo Punker von Skinheads zusammengeschlagen wurden und die VP erst eintraf, als alles vorbei war, für die DDR diskreditierender, als

das nach 1945 ungebrochene Weiterexistieren des deutschen Bankwesens für die BRD. Diese Unverhältnismäßigkeit, die auch die gesamte Studie Wagners durchzieht, ist Methode. Schauen wir uns, in Gestalt entsprechender Zitate, noch einmal jene Faktoren an, die in der Studie als aus der DDR rührende Ursachen für rechtsextremistische Tendenzen im Osten benannt werden:

„Geprägt durch die Erfahrungen der DDR, die von Autorität, Vormundhaftigkeit und Konformität bestimmt waren, sahen und sehen sehr viele Leute einen Ausweg in Orientierungen, die ebenfalls autoritär, vormundhaftlich und konformitätsbildend sind ... Die kollektive Annäherung an die rechtsextreme Idee einer Solidargemeinschaft auf völkisch nationaler Basis entspringt diesem Gefühl des Beschädigtseins zentraler Werte wie Ordnung, Sicherheit, Pünktlichkeit, Fleiß, Arbeitsamkeit, Überschaubarkeit im öffentlichen und sozialen Raum... Gemeinsames Unbehagen gegenüber allem Kreativen, Individualistischen, Avantgardistischen oder Unkalkulierbaren... Korruptierte Gleichheitsvorstellung, die alle kulturellen und individuellen Unterschiede autoritär nivellierte... Keinerlei Schutz des Individuums vor dem Zugriff des Kollektivs... Das Demokratieverständnis vieler Ostdeutscher hat genau dort seine Grenze, wo es gilt, Ausländer in den Demokratisierungsprozeß einzubeziehen... Die Entwicklung extremistischer Gruppierungen in der DDR war eine spontane Reaktion auf die wirtschaftliche und soziale Stagnation sowie den Verfall von Identifikationswerten... Der Auf- und Ausbruch war die Reaktion auf soziale Agonie, den allgemeinen Anpassungsbrei und die totalitäre Kälte.“

Soweit Wagners Charakterisierung der DDR. Und er zieht aus dieser Darstellung den Schluß: „Gerade im Osten Deutschlands ergeben sich erhebliche Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat, die zunächst nicht unmittelbar im politischen Raum erkennbar sind, sondern akkumulativ wirken. Die demokratischen Institutionen, die in der DDR allenfalls in Keimformen in selbstbestimmten Gruppen oder als Plakatwand vorhanden waren, sind auch im achten Jahr nach der Wende noch schwach verwurzelt. Die wirtschaftliche Lage ist, trotz bestimmter Verbesserungen, in der allgemeinen Lebenslage eines Teils der Bevölkerung, sehr kritisch, der Arbeitsmarkt ist stark belastet, und die Entwertungen menschlicher Kapazitäten und Orientierungen sind massenhaft evident. Es wurden große Hoffnungen geweckt, obwohl Konfliktlösungen vielfach nicht in Sicht und Abläufe von Konfliktlösungen kaum erprobt sind. Die gewonnene Stabilität ist äußerst zerbrechlich. Daraus resultieren tiefe Frustrationen. Der gesellschaftliche Umbau wird nicht nur positiv erfahren. Der Niedergang der Normen, der Werte und Begriffe des realen Sozialismus wird häufig als fremdbestimmt

wahrgenommen. Es gibt keine durchgreifend rasche Akzeptanz der neuen, dem demokratischen System eigenen Werte.“

Wie ist das mit der Demokratie?

Im Klartext: In der DDR gab es faktisch keine Demokratie. Deshalb hat es die wahre Demokratie, die ihr Zuhause im kapitalistischen Deutschland hatte und hat, so schwer, akzeptiert zu werden. Gewonnene Stabilität und bestimmte Verbesserungen in der allgemeinen Lebenslage sind noch nicht hinreichend.

Noch einmal zurück zu Wagners Kennzeichnung der gesellschaftlichen Atmosphäre in der DDR. Wer in ihr lebte, kann sich selbst ein Bild machen. Aber – nehmen wir aus methodologischen Gründen für einen Moment an, alle Charakteristika würden stimmen. Träfen sie denn nicht weitgehend auch auf die alten Bundesländer zu? Autorität, Konformität, Anpassung. Finden wir das nicht massenhaft zum Beispiel in der Wirtschaft? Kälte – muß man sie im Westen suchen? Ein gemeinsames Unbehagen gegen Andersartige – eine Seltenheit? Nivellieren nicht fast allmächtige Medien kulturelle und individuelle Unterschiede – und zwar pausenlos gegen Null. Und Werte wie Ordnung, Sicherheit, Pünktlichkeit und Fleiß – schreien sie uns nicht aus der Werbung entgegen.

Die demokratische Öffentlichkeit im Westen bleibt bei Wagner von all dem annähernd unberührt. Nur bei den Kommunisten brachten diese Dinge Unheil. Nachhaltig, wie sich zeigt. Nein, die Wagnersche Logik ist nicht jene unbestechlicher Wissenschaftlichkeit, dafür umsomehr die der Apologetik. Und die hat bekanntlich ihre eigenen Gesetze: Es ist überzubetonen, was der gewünschten Aussage entspricht und herunterzuspielen oder auch zu leugnen, was ihr entgegensteht.

Bei den Auslassungen, die wir ins Visier nehmen, geht es also in erster Linie um die tendenziöse Interpretation von nicht dominanten Tendenzen in der DDR und die damit verbundenen Behauptungen, sie seien die eigentlichen Quellen für angewachsenen Rechtsextremismus in den Neubundesländern. Es geht um eine Betrachtungs- und Deutungsweise, die präjudiziert, die logische Folge der gewesenen „kommunistischen“ Diktatur sei, daß sich deren damaliges Erziehungssystem in neonazistisches Verhalten heute transformiert hat. Das ist die Anwendung der Totalitarismuskonzeption zur „Bewertung“ des „modernen“ Nazismus im Osten. Wagner verbucht durchaus Wirkung. Manche Tatsachen scheinen ihm Recht zu geben. Der Eindruck wird zudem durch Medienkonzentration verstärkt.

Wir wollen es uns nicht leicht machen und in der Polemik mit Wagner faktisch Gleiches praktizieren wie er. Dann nämlich würden wir alle rechten

Tendenzen nur auf die, vor allem nach 1989, aus dem Westen herübergekommenen Einflüsse zurückführen und zudem darauf verweisen, daß – laut Wagner – bei der Mehrzahl der heute rechts orientierten Jugendlichen etwa im zarten Alter zwischen fünf und zwölf Jahren die Keime für Anfälligkeit hinsichtlich einschlägiger Parolen gelegt wurden. Dennoch würden auch dann Fragen offen bleiben. Wir möchten zumindest den Versuch unternehmen, eine Antwort zu finden, die der Vereinfachung nicht das Wort redet.

Die Wirkung historisch harter Brüche

Daß die in der DDR stets beabsichtigte und geschaffene Resistenz gegen alles Faschistische nicht die Wirkung hatte, die vielleicht denkbar gewesen wäre, liegt natürlich in unserer Verantwortung. Das Leugnen der in der Studie beschriebenen Erscheinungen, das Verweigern der Analyse und daher das Fehlen von Konzepten zur spezifischen Arbeit mit diesbezüglich anfälligen Jugendlichen trug dazu bei, daß antifaschistische Erziehung zunehmend abstrakt wurde und an Wirkung einbüßte. Desweiteren unterschätzten wir die Verharmlosungen, die die Nazizeit in den Erzählungen so mancher Großeltern und Eltern erfuhr. Wir fühlten uns hinsichtlich des Antifaschismus zu sicher. Mehr diesbezügliche Schuld läßt sich aus unserer Sicht kaum feststellen.

Schwächen des Systems waren nicht die Geburtshelfer von Rechtsradikalem. Nicht einmal der Kapitalismus erzeugt ohne weiteres Faschismus. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß das leichte Spiel, welches die Braunen bei einem Teil sehr junger Menschen im Osten haben, nicht zuletzt etwas mit den historisch außergewöhnlich harten Brüchen zu tun hat, denen die Kinder- und Jugend-Wendegeneration ausgesetzt war und in gewisser Weise noch ist.

Die Mitscherlichs geben im bereits erwähnten Buch, Abschnitt „Identifikationsschicksale in der Pubertät“, wesentliche Anregungen, mit welchen Prozessen auch wir es offenkundig zu tun haben. So schreiben sie: „Wenn die in der Pubertät normalen Anstrengungen, das Über-ich und das Ich- Ideal neu zu formen, durch eine umfassende Störung bestehender Idealformen...zusätzlich erschwert und verwirrt werden, können gewiß katastrophale Folgen entstehen; deswegen scheint es der Mühe wert, die Entwicklung der Identifikationsnöte genauer zu betrachten, die mit einer jeweiligen Gesellschaft und deren Idealen in einem engen Zusammenhang stehen.“

Genau dieser Mühe unterziehen sich weder Wagner noch andere Betrachter. Die heute besonders anfällige Altersgruppe hat in kürzester Zeit

zweimal „umfassende Störungen bestehender Idealformen“ durchlebt. Sie wurde zum einen mit allen Erscheinungen des Niedergangs des sozialistischen Versuchs konfrontiert, mit einer Situation, in der sich der an sich normale Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit zu einem harschen, unlösbaren Konflikt zusammengebraut hatte. Sie mußten in der Endphase der DDR bereits weitaus mehr als die normalen Pubertätsanstrengungen unternehmen, um das Zurücktreten bisher wirksamer Vorbilder zu verkraften und die vielfältigen Anläufe zu meistern, um über neue Identifikationen neue Orientierungen zu gewinnen. Die Identifikation mit Gorbatschow und die Orientierungen der Perestroika jedenfalls erwiesen sich als Flop. Keine Kleinigkeit bei der Formung neuer Ideale. Diese Generation fand im Grunde genommen diesbezüglich kaum Brauchbares mehr vor. Ihre Lage war ebenso mit für sie ungeheueren Anstrengungen verbunden, zu einer realeren Einschätzung der Elterngeneration zu gelangen. Die Wertbeständigkeit der Identifikation mit den Eltern ist schon im Verlaufe einer unter alltäglichen Umständen verlaufenden Pubertät mit den bekannten Problemen verbunden, mit Spannungen, die nicht selten bis zu Zerreißproben gehen. Nun schien es so, als könnten keine Ideale der Elterngeneration mehr übernommen werden, noch dazu, da die Eltern selbst häufig jede Orientierung verloren hatten. Andere verbindlich erscheinende Ideale fanden sie ebensowenig vor, und aus solch einem Mangel an Identifikationsmöglichkeiten ist es jungen Menschen in der Regel kaum möglich, jemandem oder einer Sache gegenüber so etwas wie Verantwortung zu empfinden oder gar solche zu übernehmen. Sebastian Haffner beschrieb in „Germany: Jekyll & Hyde – 1939 Deutschland von innen betrachtet“ einen massenpsychologisch vergleichbaren Zustand jenes Teils seiner Generation, die Nazis geworden waren: „Sie hatten keine Werte und keine Tradition. Die Väter hatten zum größten Teil ihre Überzeugungen aufgegeben und sehnten sich danach, von der Bühne abzutreten“.

Die Jahre 1989/90 stürzten die Kinder- und Jugend-Wendegeneration buchstäblich über Nacht in einen Konsumrausch. Sie wurde mit Pseudowerten überschüttet, die sich auf zwei Begriffe reduzieren lassen: Geld und Stärke. Gepaart waren die damit verbundenen Wünsche mit unglaublichen Illusionen über die Möglichkeiten des Kapitalismus. Diese Generation mußte bis dahin für sie unvorstellbare Reizüberflutungen ertragen, im Innern leer und somit fast wehrlos. Katastrophale Folgen konnten nicht ausbleiben. Diese Generation ist nicht schlechterdings mit Identifikationsnöten aufgewachsen, sondern in einer einzigen Identifikationsnot. Erschwerend hinzu kommt folgender Umstand: Überall und allenorts wurde zum Zwecke der Erniedrigung und Denunziation der alten Macht, der DDR also, das Ab-

schwören verlangt und praktiziert. Und die übergroße Mehrheit beteiligte sich daran. Die jungen Leute erlebten in vielen Elternhäusern, an den Schulen und andernorts ein Maß an Selbstverleugnung und Heuchelei, das jeder Beschreibung spottete. Denken wir nur an die Millionen Bücher, die auf dem Müll landeten. Der Einbruch dieses Wertdiktats, den die neue Macht, die BRD, verordnete, bedeutete gerade für junge Menschen einen Kulturschock. Und eine weitere Erschütterung folgte auf dem Fuße: All das half nichts. Millionen wurden trotz der praktizierten Unterwürfigkeit arbeitslos, evaluiert, weit unter ihrer Qualifikation eingesetzt und ähnliches mehr. Es läßt sich ohne Übertreibung sagen: Diese Generation hatte Belastungen zu ertragen, die für einen großen Teil eben nicht verkraftbar waren. Es war – unter der Flagge grenzenloser Freiheit – die Repression, daß über Nacht nichts mehr einen Wert haben durfte, was das bisherige Leben ausmachte. Hier sollen noch einmal die Mitscherlichs zu Wort kommen: „..., je mehr Erziehung durch Repression, desto weniger Neigung und Fähigkeit zur Toleranz. Je weniger Toleranz Erfahrung, desto weniger Wissen um die Wirklichkeit, desto mehr Wirklichkeitsvermeidung..., nicht nur durch Verketzerung, und konsequenterweise desto weniger Bedenken, den anderen, der nicht nur ein Fremder bleibt, der zum kaum-noch-Menschen sich erniedrigt sieht, intolerant und ohne Einhalt des Gewissens zu malträtieren“.

Bringt man diese, meist unreflektiert erfahrene Wenderepressionsschädigung mit der sich in die Gegenwart hinein immer weiter zuspitzenden sozialen Situation in Verbindung, so wirkt der gerade unter Jungen sich breit machende Zynismus im Kontext mit äußeren Manipulationen wie eine Zeitzünderbombe. Die Mitscherlichs sprechen von einer Manipulation, „...durch welche der hohe Binnendruck nach außen abgelenkt wird – der Einfall besteht darin, daß die Gesellschaft sich Haßobjekte erfindet, die außerhalb der jeweiligen Klein- oder Großgruppe existieren und denen gegenüber man asoziale, oder vielleicht genauer, präsoziale Triebverhaltensformen, also deren schieren Egoismus...ausleben darf...Diesen Vorgang nennt man Projektion. Er kommt dadurch zustande, daß das »Böse« auf den Sündenbock geladen und erst in ihm erfahrbar wird.“

Genau diese Projektion findet massenhaft statt, der Sündenbock sind vor allem die Ausländer. Die veröffentlichte Meinung initiiert, steuert und vertieft diese Massenprojektion ebenso wie die offizielle Regierungspolitik. Denken wir nur an die Grundgesetzänderungen hinsichtlich des Asylrechts. Und diese Projektion ist denen dienlich, die die eigentlich Herrschenden sind! Verschwinden doch das Wesen des shareholder value und dessen soziale Auswirkungen hinter dem Rauchvorhang der alles verschuldenden Ausländer. Primär aus diesem Konglomerat von massenpsychologischen

Verwerfungen und eiskaltem Kalkül kommt jenes soziale Milieu, daß es den Rechten unter vielen Jungen so leicht macht, nicht nur im Osten; aber dort unter besonderen Voraussetzungen.

„Es gibt keine Moral. Gott ist tot“, würde Nietzsche heute freudvoll oder entsetzt wiederholen. Das Abnorme wird zur gewöhnlichen Brutalität, und die erfährt in den Medien alltäglich Multiplikation. Wenn schon totalitäre Kälte, dann ist es diese. Diese Art von Eiszeit ist in den Osten eingebrochen. Auch eine Marktlücke für Nazis. Sie bieten zweierlei: Brutalität bis zum Exzess und die „Geborgenheit“ der Kumpanei. Die im Westen lange schon existierenden Faschostrukturen wußten, warum sie ihre Kader schnurstracks in den Osten beförderten, was übrigens die Studie nicht unterschlägt; über die in Polen Tätigen wird später geredet werden; noch schweigt da des Sängers Höflichkeit. Über die vielen Nazis im Osten hingegen berichten die Medien häufig und gerne. Welche Genugung: die Kommunisten, so tönt es hämisch, haben ihre früheren und heutigen Todfeinde selber produziert und Leute wie Bernd Wagner liefern zur Häme auch noch die „Theorie“.

Seit 1990 gibt es keinen deutschen sozialistischen Versuch mehr. Die heute ganz Jungen sind bewußt in dieser BRD aufgewachsen. Die Jüngeren sind die Pubertätswendegeneration. Wer für die Chancen, die die Nazis bei einem nennenswerten Teil von ihnen haben, allein oder auch nur in erster Linie die DDR verantwortlich machen will, befördert Antikommunismus. Der hat bisher stets den Rechten genutzt.

aus: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform

Zur aktuellen Einwanderungs-Debatte

In die Diskussion über Einwanderung und Migration ist Bewegung gekommen. Die wesentliche Ursache für diese Bewegung sind aber nicht Forderungen und Beschwerden der Migrantinnen und Migranten zur Verbesserung ihrer Situation. Ursache sind vielmehr Forderungen aus der Industrie, die an dem seit 1973 bestehenden Anwerbestopp rüttelt und dessen Aufhebung, zumindest aber dessen Modifizierung verlangt. Die Forderungen aus der Wirtschaft haben auch die parteipolitischen Fronten in Bewegung gebracht. Von der FDP liegt bereits ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz vor. SPD und Grüne haben Diskussionsbereitschaft angekündigt, wollen aber erst einmal die Ergebnisse der Sachverständigenkommission abwarten.

Aus der CDU/CSU, die sich mit ihrer jahrelangen „Ausländer raus!“-Politik in die Defensive gedrängt sieht, kommt derzeit ein Chor ganz verschiedener Stimmen. Ihr gemeinsamer Nenner ist: „Zuwanderungssteuerung im Interesse unseres Landes“ bei gleichzeitiger Verschärfung der Flüchtlingsabwehr. „Menschen, die uns brauchen“, sollen noch weniger geduldet werden, während „Menschen, die wir brauchen“, Arbeitskräfte für Industrie, Gaststättengewerbe, Bauwirtschaft, Landwirtschaft usw. wieder im Ausland rekrutiert werden sollen.

Diese mit einem demokratischen Menschenbild und dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbare Unterscheidung von Menschen nach ihrer angeblichen „Nützlichkeit“ durchzieht die gesamte Diskussion. Allen vorliegenden Gesetzentwürfen und Konzepten zur Regulierung von Einwanderung ist zudem die Absicht gemeinsam, Einwanderung weiter im Interesse der Wirtschaft gesetzlich zu begrenzen.

Die PDS muss sich zu diesen Diskussionen verhalten. Zu grundlegenden Änderungen oder Korrekturen unserer Position besteht dabei keinerlei Grund. Im Gegenteil, zeigen doch die gegenwärtigen Diskussionen die Richtigkeit grundlegender Aussagen im Parteiprogramm und in unseren Wahlprogrammen. Insbesondere unsere Forderungen nach offenen Grenzen für Menschen in Not, nach gleichen Rechten für alle, nach uneingeschränkter Wiederherstellung des Schutzes für Verfolgte und vollständiger Einhaltung

der Genfer Flüchtlingskonvention (auch bei frauenspezifischen Fluchtgründen und nichtstaatlicher Verfolgung) sowie nach einer demokratischen Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen sind und bleiben Richtschnur.

Die aktuelle Debatte erfordert im Augenblick kein „Alternativgesetz“ der PDS zur Regulierung von Einwanderung. Wir brauchen eine Präzisierung unserer Ziele. Dazu soll dieses Papier einen Beitrag leisten.

1. Einwanderung war und ist keine Belastung, sondern eine Bereicherung

Einwanderung, insbesondere in wirtschaftlich reiche und blühende Gebiete und Staaten, ist keine neue Entwicklung. Seit Jahrhunderten wandern Menschen aus wirtschaftlich rückständigen Gebieten in Gebiete, die wirtschaftlich prosperieren. Wer den Menschen das Recht auf Einwanderung verweigern will, verwehrt ihnen auch das Recht auf Auswanderung aus Gebieten bzw. Staaten mit wirtschaftlicher Not. Eine solche Politik lehnen wir grundsätzlich ab.

Eine Politik, die Armut nicht bekämpfen, sondern ignorieren und gegen daraus resultierende Wanderungsbewegungen Dämme errichten will, ist nicht nur zum Scheitern verurteilt. Sie ist auch inhuman.

Menschen, die zu uns kommen, sind keine Belastung, wie uns konservative und rechtsextreme Demagogen weismachen wollen. Menschen sind Reichtum. Sie produzieren noch mehr Reichtum. Es kommt darauf an, sie von Anfang an gleichberechtigt aufzunehmen und zu integrieren.

Wenn es nach der Propaganda der Konservativen und Reaktionäre ginge, würden bei einer Aufhebung des Anwerbestopps Millionen Arme aus allen Weltgegenden in dieses Land strömen. Diese Propaganda ist verlogen und falsch.

Bei der Süderweiterung der Europäischen Union hieß es von den gleichen politischen Kräften auch, dass jetzt Millionen Spanier, Portugiesen, Griechen usw. ins Land kommen würden. Das Gegenteil war der Fall. Die Zurückdrängung von Armut und Repression in Südeuropa führte zu einer Rückwanderung von Menschen in diese Länder. Nicht anders wird es bei der Osterweiterung der EU sein, wenn die EU eine Politik der Angleichung der Lebensverhältnisse verfolgt.

Außerdem: Wenn Migrantinnen und Migranten von Anfang an gleichberechtigt sind, sinkt auch der Anreiz für Unternehmer, die diese Menschen vielfach nur deshalb im Ausland rekrutieren, weil sie damit bei uns bestehende soziale und gewerkschaftliche Standards umgehen bzw. aufheben wollen.

Hinzu kommt: Selbst bei Konservativen beginnt langsam die Einsicht zu wachsen, dass die Bundesrepublik schon aus demografischen Gründen in den kommenden Jahren Einwanderung braucht. In den vergangenen zehn Jahren sind etwa 2 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik eingewandert als ausgewandert - Flüchtlinge, Migranten, Aussiedler und Familienangehörige von hier lebenden Menschen. Mehr als die Hälfte davon kamen in den Jahren 1990 bis 1992. Seitdem ist die Einwanderung rückläufig, in den Jahren 1996 und 1997 sogar negativ. Die bundesdeutsche Bevölkerung ist demografisch schon jetzt überaltert und wird nach demografischen Schätzungen in den nächsten 20 bis 30 Jahren absolut stark zurückgehen und zugleich im Durchschnitt noch älter werden. Schon allein deshalb ist nach Schätzungen von UN-Experten eine jährliche „Netto-Zuwanderung“ von mindestens 500.000 Menschen erforderlich.

Eine Korrektur der ausländerfeindlichen Migrationspolitik ist auch aus diesen Gründen unverzichtbar.

2. Schluss mit der Abwehrpolitik gegen Zuwanderer, demokratische Integration statt erzwungene Assimilation

Die PDS fordert schon lange eine demokratische Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, weg vom reaktionären „Blutsrecht“. Sie fordert gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen und eine aktive Integrationspolitik.

Im Vordergrund der Diskussion um eine moderne Einwanderungs- und Migrationspolitik muss deshalb in unseren Augen eine Korrektur der falschen Politik gegenüber den Millionen Flüchtlingen und MigrantInnen stehen, die schon seit vielen Jahren bei uns leben.

Die rot-grüne Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ist praktisch schon jetzt gescheitert. Die Einbürgerung, die Gleichberechtigung der fast 8 Millionen Migrantinnen und Migranten kommt nicht voran. Die bürokratischen Schikanen, die Verfünfachung der Gebühren für die Einbürgerung, das noch weitergehende Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft als unter der alten Regierung und andere Hindernisse führen zu einer Stagnation, wenn nicht sogar zu einem Rückgang der Einbürgerungszahlen.

Erforderlich ist deshalb ein neuer Anlauf zu einer demokratischen Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, ein Anlauf, der diesmal nicht gegen, sondern mit den bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten gemeinsam stattfinden muss. Erforderlich sind ebenfalls aktive und demokratische Integrationsprogramme, um die Isolierung und Diskriminierung der hier lebenden MigrantInnen zu beenden. Integrationsprogramme, wie sie bei uns bisher nur für Aussiedler praktiziert werden, wie sie in den Niederlanden

für alle Zuwanderer längst üblich sind und wie sie jüngst auch der Städte- und Gemeindebund zu Recht gefordert hat. Die Diskriminierung der MigrantInnen und Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt muss ersatzlos abgeschafft werden.

In den Niederlanden sind Sprachkurse Recht und Pflicht zugleich. Ein „Einbürgerungsvertrag“ sieht dort für Neuankömmlinge Sprachkurse, Qualifizierungsprogramme und andere Unterweisungen vor, wie wir sie nur für Aussiedler kennen, sowie das Recht auf Unterricht in der eigenen Sprache und Kultur. Wieso gibt es all das nicht bei uns? Wieso werden die höhere Arbeitslosigkeit, die Sprachprobleme, die schlechtere Wohn- und Ausbildungssituation bei uns Flüchtlingen und Migranten immer noch zum persönlichen Vorwurf gemacht, anstatt endlich aktiv und gemeinsam dagegen gehandelt wird? Wieso haben bei uns nur ausgewählte Minderheiten wie die dänische Minderheit, Sorben, Friesen und Roma/Sinti Minderheitenrechte, nicht aber die Millionen anderen Migrantinnen und Migranten? Selbst die UNO hat diese Ungleichbehandlung von Minderheiten kritisiert. Wir fordern gemeinsam mit dem DGB und anderen Kräften: Allen hier lebenden Minderheiten muss das Recht und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Kultur, Sprache und Religion zu pflegen.

Grundlage der diskriminierenden, rassistischen und inhumanen Politik ist seit Jahrzehnten das Ausländergesetz. Die PDS tritt in der Diskussion um eine neue, eine moderne Migrationspolitik für die ersatzlose Abschaffung dieses Gesetzes ein. Sie fordert die Aufhebung aller Bestimmungen, Gesetze und Verordnungen, die Menschen nichtdeutscher Herkunft diskriminieren. Das gilt auch für den Familiennachzug. Sie fordert ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das nicht nur die politische, sondern auch die soziale und kulturelle Diskriminierung dieser Menschen aktiv zu bekämpfen und zu korrigieren hilft. Die Richtlinie der EU zur Bekämpfung ethnischer Diskriminierung muss sofort umgesetzt werden.

3. Keine Rückkehr zur alten „Gastarbeiterpolitik“ unter neuer Fassade

Die derzeitigen Diskussionen bei Regierungsparteien, sowie bei FDP, der CDU/CSU und in der Industrie lassen befürchten, dass am Ende zwar eine Lockerung des 1973 verhängten Anwerbstopps erfolgt, aber ansonsten nur die Rückkehr zur alten „Gastarbeiterpolitik“ unter neuer Fassade.

Nach unserer Meinung kann der 1973 verhängte Anwerbstopp vollständig aufgehoben werden. Wer einen Arbeitsvertrag vorweisen kann, gleichgültig in welcher Branche, soll ungehindert einreisen können. Aber zu einer solchen Freigabe der Einwanderung gehört zwingend auch die strikte

Gleichberechtigung der Einwanderer und Einwanderinnen von Anfang an. Die alte Forderung der Gewerkschaften, dass der Arbeitgeber die Kosten für Sprachkurse für die von ihm angeworbenen Arbeitskräfte tragen muss, muss endlich umgesetzt werden.

Die UN-Konvention für Wanderarbeiter, die eine strikte Gleichberechtigung für Wanderarbeiter mit den Menschen in den Anwerbeländern verlangt, muss von der Bundesregierung endlich ratifiziert und umfassend umgesetzt werden. Menschen, die zu uns kommen, müssen ein festes Niederlassungsrecht haben und gleichberechtigt sein, das heißt auch umfassendes Wahlrecht haben. Sie müssen nach wenigen Jahren, in der Regel nach 3 Jahren, das Recht haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Das diskriminierende Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft muss aufgehoben werden. Staatsbürgerrechte sind keine Religionen, die nur einen Gott kennen.

4. Schluss mit dem Schweigen über „illegale“ Legalisierung!

Wenn Konservative und Reaktionäre sagen, bei einer Aufhebung des Anwerbstopps würden Millionen Arme zu uns kommen, antworten wir ihnen: „Sie sind schon da!“ Schaut euch doch um, in den Küchen und Spülecken der feinen Gaststätten, in denen ihr speist, bei den Putzkolonnen, die eure Büros und Wohnungen sauber halten, auf den Weinbergen, in der Landwirtschaft, auf den Baustellen, bei all den schmutzigen und schlecht bezahlten Jobs in diesem Land!

Der Ausbreitung von immer mehr „schmutzigen“ Arbeitsverhältnissen in diesen und anderen Branchen durch brutale Ausnutzung der Rechtlosigkeit von Menschen, die durch falsche, repressive Politik in Rechtlosigkeit gehalten werden, muss endlich offensiv entgegengetreten werden. Nicht durch weitere Diskriminierung und Verfolgung der Menschen, die schon viel zu viel gelitten haben, sondern durch ihre Integration und Gleichberechtigung.

Es gibt Schätzungen, nach denen inzwischen eine Million oder noch mehr „illegale“ in diesem Land leben und arbeiten. Sie tragen Zeitungen aus, verkaufen Blumen, kochen und spülen in Gaststätten und Hotels, leisten Erntearbeit auf Weinbergen, im Obst- und Gemüseanbau, putzen in Wohnungen und Büros. Viele wurden illegal rekrutiert, andere gerieten durch die restriktive „Ausländer- und Asylpolitik“ und persönliches Unglück in die so genannte „Illegalität“.

Die PDS fordert, diesen Menschen durch eine „Stichtagsregelung“ (wie in Spanien, Frankreich und anderen EU-Ländern und in den USA praktiziert) die Möglichkeit zu geben, sich ungestraft zu melden und „legalisieren“ zu können und damit ein Aufenthaltsrecht zu erwerben. Im übrigen vertreten

wir den Grundsatz: Wer sechs Monate nach Einreise seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, soll Aufenthaltsrecht haben.

Es muss endlich Schluss gemacht werden mit dem scheinheiligen Wegsehen, dem Schweigen und der Ausnutzung der Not dieser Menschen durch gewissenlose Geschäftemacher.

August 2000

Handeln gegen Rechts

Beschluss des PDS-Vorstandes vom 14. August 2000

1.

Rechtsextreme Einstellungen und Handlungen sind inzwischen Teil einer breiten Alltagskultur in Deutschland geworden. MigrantInnen, Flüchtlinge sowie Zuwanderer und Zuwanderinnen werden zunehmend für eine verfehlte Politik, für Massenarbeitslosigkeit und Kriminalität verantwortlich gemacht.

Seit Jahren werten demokratische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Warnsignale für die Veränderung der Gesellschaft und für den Verlust an demokratischen Einstellungen. Dennoch wurden bedenkenlos politische Kampagnen wie die Unterschriftensammlungen gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft initiiert, wurde und wird nach wie vor die Abschaffung des Asylrechts aus den Reihen von CDU und CSU gefordert. Auch die von Rot-Grün versprochenen konkreten Maßnahmen zur Herstellung gleicher Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen und zur Erweiterung des Asylrechts sind bisher ausgeblieben bzw. in ihrer Wirkung marginal.

Die gegenwärtige Diskussion zum Vorgehen gegen rechte Gewalttäter wird von einigen Politikern sehr einseitig geführt und stellt sich somit als fragwürdig und heuchlerisch dar. Im Mittelpunkt steht die Verschärfung des Strafrechts, die Ausweitung von Polizeiaufgaben, die Einschränkung demokratischer und Persönlichkeitsrechte. Die Debatte um die eigentlichen Ursachen für Rechtsextremismus, die insbesondere aus der Mitte der Gesellschaft heraus resultieren, und ihre kulturelle Dimension wird verdrängt.

2.

So wichtig Erklärungen und Bekenntnisse gegen Rechts und eine gründliche Diskussion zu diesem Thema sind, entscheidend für die Zurückdrängung des Rechtsextremismus ist das Engagement der einzelnen Menschen. Die PDS fordert daher insbesondere ihre Mitglieder und WählerInnen auf, Zivilcourage und demokratische Entschlossenheit zu zeigen:

- Durch den Besuch von Obdachlosenunterkünften und Flüchtlingsheimen, um sie unserer Solidarität zu versichern;
- Durch Einmischen in Gespräche, wo fremdenfeindlich gesprochen oder Rechtsextremismus bagatellisiert wird;

- Durch Hilfe bei Übergriffen, sei es durch Rufen der Polizei oder andere geeignete Maßnahmen;
- Durch die Unterstützung und Initiierung von demokratischen Protesten gegen rechte Gewalt;
- Durch die Beteiligung an Aktionen von Kirchen, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen und Zusammenschlüsse.

3.

Auf Bundesebene setzt sich die PDS für folgende Maßnahmen ein:

- Die Diskriminierung von über 8 Millionen Menschen durch die Ausländergesetzgebung muss beendet werden. Alle hier lebenden Menschen sollen das Wahlrecht haben, die Sondergesetze gegen Flüchtlinge (Asylbewerberleistungsgesetz, Abschiebehaft, Arbeitsverbot) sind abzuschaffen.
- Das Staatsbürgerschaftsrecht muss demokratisiert werden, die Minireform war unzureichend, wie die sinkenden Einbürgerungszahlen belegen; dazu gehören die Akzeptanz der Mehrstaatlichkeit, die Erleichterung der Anspruchseinbürgerung und die Reduzierung der Einbürgerungsgebühr.
- Zu Komplementierung der Länderprogramme (siehe Sachsen-Anhalt und Brandenburg) soll auf Bundesebene ein 30-Millionen-Programm zur Ausbildung und Stärkung demokratischer und emanzipatorischer Jugendkultur besonders in den ländlichen Regionen angesichts der speziellen Situation in den neuen Ländern bezüglich rechtsextremer Entwicklungen aufgelegt werden.
- Wir brauchen endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem Bestimmungen zum Schutz von Minderheiten und Menschen nicht-deutscher Herkunft gebündelt sind.

In den Ländern fordert und initiiert die PDS:

- Die öffentliche Debatte zu Rassismus und Rechtsextremismus.
- Die Überarbeitung der Lehr- und Ausbildungspläne, um in der Schule einen offensiveren Umgang mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu erreichen.
- Den Aufbau mobiler Einsatzgruppen der Polizei gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit prüfen (Beispiel Brandenburg).
- Eine konsequentere Verfolgung von Straftaten, die den Straftatbestand der Volksverhetzung bzw. das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole erfüllen.
- Initiative für ein Bund-Länder-Sonderprogramm zum Erhalt und Ausbau von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes.

- Bereitstellung eines Programms für die schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit insbesondere für die Gruppe der 12-14jährigen und die Einrichtung von Stiftungen für Jugend- und Breitenkultur

Auf kommunaler Ebene ergreift die PDS folgende Initiativen:

- Den Beginn bzw. die Fortsetzung einer Gesprächsoffensive zu diesem Thema.
- Einrichtung von Schieds- bzw. Beschwerdestellen (oder auch Antidiskriminierungsbüros) gegen Rassismus und Diskriminierung unter Beteiligung von angesehenen Verbänden wie z.B. Kirchen, Amnesty oder Liga für Menschenrechte, die Beschwerden und Eingaben über rassistische Diskriminierung nachgehen und öffentlich darüber berichten. Solche Schieds- oder Ombudsstrukturen sollten auch auf Länder- und Bundesebene eingerichtet werden.
- Stärkere Einbeziehung von bedrohten Einrichtungen (z.B. Flüchtlingsunterkünfte, Aussiedlervereine, Obdachlosenunterkünfte) in öffentliche Veranstaltungen wie Straßen- oder Sportfeste etc. Kommunale Einrichtungen z.B. Vereine oder Schulen sollen für Patenschaften für Opfergruppen gewonnen werden.
- Entsprechend dem Vorschlag von Mandatsträgern der PDS in der Kommune wird ein Erfahrungsaustausch von KommunalpolitikerInnen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus durchgeführt.
- Förderung interkultureller Kinder- und Jugendarbeit, der Fan-Projektarbeit sowie der demokratischen Selbstorganisation von Migrant*innenjugendlichen

4.

Die PDS unterstützt den „Vorschlag für einen Aktionsplan gegen Rassismus für die Bundesrepublik Deutschland“ des DGB. Sie begrüßt die Initiative „Gesicht zeigen“ von Uwe- Karsten Heye, Paul Spiegel und Michel Friedman. Sie sucht die Kooperation mit allen demokratischen Organisationen und Verbänden, mit den Kirchen und jüdischen Gemeinden, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Rechts zu schaffen.

Die PDS ruft ihre Mitglieder und WählerInnen auf, sich am an den Veranstaltungen zum Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung – Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg am 10. September zu beteiligen und an der Ehrung von Opfern des Faschismus und rechter Gewalt teilzunehmen. An Orten, an denen in den letzten Jahren Menschen nichtdeutscher Herkunft und Linke von Neonazis ermordet wurden, sollen Blumen niedergelegt werden.

Rechtsextremismus entschieden bekämpfen

Zur Diskussion um eine entschiedenere Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik erklärte die stellvertretende Parteivorsitzende der PDS und Europaabgeordnete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Die Prüfung eines NPD-Verbots ersetzt nicht die notwendigen Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. Zu lange haben Politikerinnen und Politiker die Menschen alleine gelassen, die sich Neonazis und neuen Rechten in den Weg stellen. Im Gegenteil. Insbesondere in Wahlkämpfen wurden rassistische Stimmungen geschürt. Erinnerung sei nur an die Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die Rüttgers "Kinder statt Inder"-Parole oder auch die Äußerungen von Innenminister Schily zum Grundrecht auf Asyl.

Die Politik kann jetzt, wo sie endlich das Problem Rechtsextremismus ernst zu nehmen scheint, eine Menge tun. Dies erfordert konkretes Handeln und keine Sommerloch-Profilierungen. Dazu gehört, dass die Rechte Nicht-Deutscher endlich mit westeuropäischen Zivilisationsstandards in Einklang gebracht werden müssen. Dies beinhaltet:

1. Sofortige Abschaffung der Ausländergesetze
2. Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge
3. Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien
4. Aufhebung der totalen Abschottung der EU-Außengrenzen
5. Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl
6. Abschaffung des Flughafenverfahrens
7. Abschaffung des Sachleistungsprinzips im Asylbewerberleistungsgesetz
8. Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts, die dem jus solis uneingeschränkt Geltung verschafft, doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert und Einbürgerung wesentlich erleichtert.
9. Legalisierung illegalisierter Flüchtlinge in der Bundesrepublik, wie sie auch in Frankreich, Spanien und Belgien vollzogen wurde.

Dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik muss entschieden entgegengetreten werden. Dies beinhaltet:

1. Die Einladung einer OSZE- oder UN-Mission zur Beobachtung rechts-extremistischer Gewalt in Deutschland, insbesondere in sogenannten national befreiten Zonen.
2. Finanzielle Förderung antifaschistischer und demokratischer Initiativen und Förderung der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechts.
3. Förderung demokratischer Zentren, nach dem Vorbild Sachsen-Anhalts.
4. Staatliche Förderung für Vereine zur Betreuung von Opfern rechtsextremer Gewalt.
5. Entzug staatlicher Förderung für wissenschaftliche Institute, die Geschichtsrevisionisten und Negationisten ein Forum bieten.
6. Förderung einer demokratischen antifaschistischen Jugendkultur
7. Aufbau von Informations- und Dokumentationszentren zu rechtsextremer Ideologie und neuer Rechte.
8. Erfüllung der internationalen Verpflichtungen gegenüber der Entschädigung von Opfern nationalsozialistischer Gewalt in Europa.
9. Erhaltung und Förderung antifaschistischer Mahn- und Gedenkstätten

10. 8. 2000

10-Punkte-Sofortprogramm gegen Rechts

Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, legte am 15. 8. 2000 ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus vor:

1. Um Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen, muss Schluss gemacht werden mit der Verharmlosung der rechten Szene und der von ihr verübten Gewalt. Polizei und Justiz müssen aufhören, organisierte und planmäßig gesteuerte rechte Gewalt als Taten „alkoholisierter jugendlicher Einzeltäter“ zu verharmlosen. Die alten wie die neue Bundesregierung haben bisher immer den Umfang rechter Gewalt bagatellisiert. Es ist bezeichnend, dass das Bundesinnenministerium rechtsextremistische Taten wie die Hetzjagd gegen den algerischen Asylbewerber Omar ben Noui in Guben im letzten Jahr oder die Ermordung von drei Polizisten in NRW vor wenigen Wochen nicht als „rechtsextremistische Gewalt“ oder nicht als rechtsextremistische Morde einstuft. Das Wegschauen des Staates bei rechtsextremistischer Gewalt bedeutet auch, den Opfern dieser Gewalt Schutz und Unterstützung zu entziehen.
2. Die offizielle Politik darf nicht länger den Stichwortgeber für rechte Gewalt machen. Fremdenfeindliche Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Rüttgers) oder „Die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht“ (Schily) oder das Propagandabild von der „Asylantenflut“ müssen auch in den großen Parteien geächtet werden.
3. Bündnisse gegen Rechts und antifaschistische Organisationen dürfen nicht länger diskreditiert und an den gesellschaftlichen Rand gedrückt werden. Gerade die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden haben eine lange Tradition der Diskriminierung und sogar Verfolgung antifaschistischer Gegenwehr und Politik. Antifaschistische Organisationen und Bündnissen sollten gestärkt und gefördert werden, auch finanziell. Das sollte auf kommunaler Ebene beginnen.
4. Ein Verbotsantrag gegen die NPD allein ist noch kein wirksamer Kampf gegen Rechtsextremismus. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit

- und Antisemitismus müssen vielmehr in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und Gegenwehr isoliert und geächtet werden. Dazu gehört auch ein energischer Einsatz staatlicher Mittel.
5. Einen Verbotsantrag gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu beantragen ist Sache der Bundesregierung, des Bundesrats oder des Bundestags. Faktisch entscheiden über die Einreichung eines solchen Verbotsantrages also die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die CDU/CSU. Die PDS-Fraktion wird, sollte ein solcher Antrag gestellt werden, diesen unterstützen.
 6. Ich begrüße die Anregung des Zentrums für Türkeistudien, 1 Prozent der Mittel, die bei der UMTS-Versteigerung erzielt werden, für die Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das wären beim gegenwärtigen Stand etwa 900 Millionen DM. Davon sollten:
 - 300 Millionen DM für zusätzliche Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verwendet werden;
 - 300 Millionen DM für Jugendprogramme, internationalen Jugendaustausch, Jugendzentren u.ä. Programme zumeist auf kommunaler Ebene bereitgestellt werden und
 - 300 Millionen DM für kommunale Integrationsprogramme für Migranten und Flüchtlinge nach niederländischem Vorbild (Sprachkurse, Aus- und Fortbildungshilfen wie für deutsche Aussiedler, Verbesserungen des Wohnumfelds, schulische Hilfen usw.) sowie für Hilfen zugunsten der Opfer rechtsextremistischer Gewalt ausgegeben werden.Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist bisher kein Schwerpunkt in der Politik der Bundesregierung. Auch die Behauptungen der Regierung, sie gebe jährlich 400 Millionen DM für die Bekämpfung von Rechtsextremismus aus, sind in der Presse zu Recht als „Etikettenschwindel“ kritisiert worden. Im Haushalt des Bundesinnenministeriums sind in diesem Jahr ganze 2 Millionen DM für „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und eine bundesweite Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingestellt worden. Im nächsten Jahr sind bisher lächerliche 2,5 Millionen DM dafür vorgesehen. Anträge der PDS, diesen Titel deutlich zu erhöhen, sind seit Jahren sowohl von der alten wie der jetzigen Bundesregierung immer wieder abgelehnt worden.
 7. Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verlangt aber mehr als antifaschi-

stische Organisationen und Bündnisse und auch mehr als energisches Handeln der Regierung. Auch die Wirtschaft muss sich beteiligen. Es kann nicht angehen, wenn Rechtsextremisten bei Tochtergesellschaften des Bertelsmann-Konzerns Bücher wie „Mein Kampf“ frei erwerben können, wenn an Kiosken und durch Grossisten Zeitungen und Zeitschriften wie die „National-Zeitung“ oder die „Junge Freiheit“ landauf landab öffentlich angeboten werden, wenn Firmen wie die Telekom Einrichtungen wie die „Nationalen Infotelefone“ dulden und gewähren lassen. Auch die Wirtschaft muss die Duldung und Vermarktung rechtsextremistischer Propagandamachwerke beenden.

8. Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus bedeutet auch, die Verherrlichung des Nationalsozialismus zu verbieten und wirksam zu verfolgen. Die PDS-Fraktion hat dazu bereits im Frühjahr einen Gesetzentwurf eingebracht, der jetzt im Innenausschuss liegt und der Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, wie sie auf Demonstrationen der NPD immer wieder skandiert werden, unter Strafe stellt. Die Regierungsparteien haben sich zu diesem Entwurf bisher nur zweideutig geäußert, die CDU/CSU sogar ablehnend. Unser Gesetzentwurf wird auch Gegenstand der Anhörung im Innenausschuss im Oktober zum Rechtsextremismus sein.
9. Rechtsextremistische Gewalt entwickelt sich auf einem breiten Bodensatz von Fremdenfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Diskussion um die Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Sieben Monate nach Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes hat der Bundesrat im vergangenen Monat die Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes endlich verabschiedet – mit 88 Änderungen. In diesem Monat will nun das Bundeskabinett diese Verwaltungsvorschrift beschließen, dann tritt sie in Kraft. Das zeigt deutlich, wie es um die Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit in dieser Gesellschaft bestellt ist. Auch die stagnierenden Einbürgerungszahlen seit Jahresanfang zeigen: die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ist eine Pleite. Die Kommissbereitschaft der Regierungsparteien und der FDP vor der rasistischen Kampagne von CDU und CSU hat zu einem Gesetz geführt, das die Einbürgerung nicht erleichtert, sondern möglicherweise sogar erschwert, auf jeden Fall verteuert. Die PDS besteht deshalb auf Nachbesserungen und einer weiteren Reform im Staatsbürgerschaftsrecht. Wir müssen weg vom Blutsrecht, weg von der Diskriminierung und Verteufelung des „Doppelpass“, hin zu einem modernen, weltoffenen, demokratischen Staatsbürgerschaftsrecht.

10. Rechtsextremismus bekämpfen heißt vor allem: fremdenfeindliche Gesetze abschaffen. Im Kampf gegen Rechts ist nicht ein Abbau von Bürgerrechten erforderlich, sondern mehr Bürgerrechte, insbesondere für die Opfer rechtsextremer Gewalt, für Migranten und Flüchtlinge. Solange eine gesellschaftliche Situation fortbesteht, in der ein Zehntel der Bevölkerung systematisch ausgegrenzt und zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden, wird rechtsextremistische Gewalt immer wieder auftreten.

Die PDS-Fraktion fordert deshalb von der Bundesregierung, alle fremdenfeindlichen Gesetze abzuschaffen und den Migranten und Flüchtlingen in diesem Land endlich gleiche Rechte zu gewähren. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Migrations- und Flüchtlingspolitik dieses Landes. Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Abschiebehaft, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge müssen abgeschafft werden. Nichtstaatliche Verfolgung und frauenspezifische Fluchtgründe müssen endlich als Asylgrund anerkannt werden, wie es in anderen EU-Ländern schon lange der Fall ist. Das „Ausländergesetz“, seit Jahrzehnten Grundlage der Diskriminierung und gesellschaftlichen Isolierung von Migranten und Flüchtlingen in diesem Land, muss ersatzlos aufgehoben werden. Die zahlreichen Diskriminierungen gegen Migranten und Flüchtlinge im Arbeits- und Sozialrecht - vor allem bei der Arbeitssuche - müssen ersatzlos aufgehoben werden. Wer sich hier aufhält, muss auch arbeiten dürfen. Die über eine Million sogenannten „illegalen“ Menschen in diesem Land müssen eine Aufenthaltsberechtigung bekommen, müssen „legalisiert“ werden.

Bürgermeister gegen Rechtsextremismus

*Fritz-Dieter Kupfernagel, Oberbürgermeister der Stadt
Sangerhausen, unterbreitet seinen PDS-AmtskollegInnen in
einem Offenen Brief Vorschläge für die Arbeit vor Ort.*

An die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der PDS An den Bundesvorstand der PDS

An die Kommunalpolitischen Foren

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gesellschaft scheint aufgerüttelt worden zu sein - endlich! Die Medien berichten ungewohnt umfangreich über neuerliche Beispiele rechtsextremer Gewalt. Politikerinnen und Politiker überbieten sich geradezu in der Darstellung oder auch Selbstdarstellung ihrer Sicht auf die eingetretene Situation. Leider überwiegt die Betroffenheit, tatsächliche Handlungsansätze bleiben Mangelware. Uns Kommunalpolitikerinnen und -politikern ist das Problem des Rechtsextremismus seit geraumer Zeit bekannt, dazu bedurfte es nicht der aktuellen Aufgeregtheit.

Wir erfahren in unserer täglichen Arbeit, wie hier lebende Ausländerinnen und Ausländer zuweilen angepöbelt, schikaniert oder sogar geschlagen werden. Und das nicht nur von kahlgeschorenen Jugendlichen oder erklärten Nazis. Die ablehnende Haltung, die Furcht vor Fremden, die bei einigen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zum offen gezeigten Hass führt, korrespondiert durchaus mit Parolen, die von den Eliten dieses Landes in Umlauf gesetzt wurden. Wer erklärt, dass das Boot voll sei, muss sich nicht wundern, wenn die darin Befindlichen sich auf unterschiedliche Weise zur Wehr setzen, sobald weitere einsteigen möchten.

Bei allem Verständnis dafür, dass Bundes- und Landespolitiker in einer offenkundig dramatischen Situation – die auch ich so sehe – nach schnellen Lösungen suchen und diese vor allem im Verbot rechter Zusammenschlüsse und Organisationen sehen, sollte uns bewußt sein, dass dies nicht ausreicht und Aktionismus in der Sache wenig bringt. Das Problem lässt sich nicht rasch regeln – es ist ja auch nicht von gestern auf heute entstanden. Ihm ist weder mit ausschließlich moralischen Appellen noch mit Betroffenheit beizukommen.

Wir alle kennen nur zu gut die Konfliktfelder, die entstehen, wenn Solidarität mit Sozialneid kollidiert, wenn unterschiedliche Lebensweisen und -ansprüche aufeinandertreffen, wenn die Schwächsten in der Gesellschaft zum Sündenbock gemacht werden. Diese Konflikte entstehen nicht irgendwo abstrakt, sondern konkret in den Kommunen. Dort, wo wir miteinander leben. Ich kann verstehen, wenn mancherorts diese Konflikte ohnmächtig verdrängt oder gedeckelt werden. Es ist keine Einladung in die Gemeinde, keine Werbung für die Stadt, wenn bekannt wird, dass Ausländerinnen und Ausländer hier nicht willkommen sind. Touristen und Investoren könnten fernbleiben und das ist ein wirtschaftliches Problem.

Doch es ist ebenso falsch wie ungehörig, Ausländer auf ihre Arbeits- und Finanzkraft zu reduzieren. Ich denke, dass wir uns über dieses so komplexe Thema einmal verständigen und unsere Erfahrungen austauschen sollten. Ich bin mir völlig bewusst, dass alle Regelungen unter den gegebenen Bedingungen nur an Symptomen „herumdoktern“, weil eine Wettbewerbsgesellschaft wie unsere, die nur Gewinner oder Verlierer kennt, geradezu provoziert, den anderen neben mir immer zum Verlierer werden zu lassen. Es geht um praktische Möglichkeiten, wie wir Erscheinungen des Rechtsextremismus wirksam vor Ort begegnen können. Darüber, welche Initiativen ins Leben gerufen und welche unterstützt werden sollten, wie wir Schritt um Schritt unsere Alltagskultur, das Klima in der Gesellschaft verändern können. All das kann nur in einem wechselseitigen Miteinander von oben und unten, von Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern geschehen – der Verweis auf „die da oben“ ist genau so wenig hilfreich, wie die Delegierung der Verantwortung von Bund und Land in die Kommunen. Alle Ebenen und alle gesellschaftlichen Kräfte sind in die Pflicht gestellt. Wir sollten unsere praktischen Erfahrungen weitergeben und über Schritte sprechen, wie wir konkret vor Ort das Problem in den Griff und perspektivisch vielleicht auch gelöst bekommen.

Nach erstem Überlegen unterbreite ich einige Vorschläge für konkretes Handeln vor Ort, über die und andere sich interessierte PDS-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker möglichst bald austauschen sollten:

- aktive Unterstützung von Bündnissen gegen Rechts in Kommunen bzw. Initiierung und Unterstützung ihrer Gründung (Runde Tische könnten es auch sein.)
- Initiierung von Aktionen wie in Brandenburg „Aktion Noteingang“ in Zusammenarbeit mit Kneipen und Geschäften
- finanzielle, materielle und personelle Unterstützung von explizit antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen und Förderung alternativer jugendkultureller Ansätze vor Ort; Verstärkung der

direkten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in unseren Kommunen und Förderung entsprechender Projekte

- Überprüfung aller kommunalen Projekte, welche sich vorrangig in ihrer Arbeit mit rechten gewaltbereiten Jugendlichen beschäftigen hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit
- Aufarbeitung der eigenen kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Öffentlichmachung, denn Geschichte wird erst vor Ort richtig fassbar (z.B. in welchen Betrieben haben wieviele ZwangsarbeiterInnen arbeiten müssen?)
- Beitritt von Kommunen zum ZwangsarbeiterInnenentschädigungsfonds mit einem symbolischen Beitrag
- Aufbau von antirassistischen und antifaschistischen Telefonketten
- Erhalt und Ausbau von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes
- regelmäßige Durchführung von antifaschistischen Stadtrundgängen
- öffentliche Veranstaltungen der PDS zum Thema „Rechtsextremismus“ und Vorstellung unserer eigenen Vorschläge zur Bekämpfung
- öffentliche Aktionen der PDS vor Ort zum Entfernen von neonazistischen Schmierereien und Aufklebern in den Kommunen
- Unterstützung von multikulturellen Zentren in den Kommunen, um den Ausländer als Menschen neben mir in eigener Identität kennen zu lernen.

An der Organisation eines solchen Treffens, wenn gewünscht, auch in Sangerhausen, will ich gern mitwirken. Über Reaktionen auf meinen Brief würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz-Dieter Kupfernagel

Oberbürgermeister der Stadt Sangerhausen

15.08.2000

Rechtsextremismus in Berlin konkret und vor Ort bekämpfen

Vorschläge der PDS für den „Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“

Die PDS begrüßt die Bereitschaft des Regierenden Bürgermeisters, zu einem Runden Tisch gegen Rechtsextremismus einzuladen. Wir werden, aufbauend auf die Erfahrungen der „Initiative gegen Rassismus in Europa“, dazu beitragen, ein breites gesellschaftliches Bündnis für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu mobilisieren. Allerdings: Der Runde Tisch wird nur dann Erfolg haben, wenn er Klartext redet. Ein Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners wird den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht. Wir würden es begrüßen, wenn die CDU dabei nicht abseits steht.

1. Zentrale Bedeutung für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus kommt den Berliner Schulen zu. Sie sind einerseits der Ort, wo rechtsextreme Parteien und Gruppierungen ihren Nachwuchs zu rekrutieren versuchen, sie bieten andererseits die Chancen, demokratisches Gedankengut an junge Menschen zu vermitteln. Diese Chancen müssen besser als bisher genutzt werden.

Wir schlagen vor:

- Zeitzeugen und Opfer des Nationalsozialistischen Regimes, antirassistische Initiativen an Schulen einzuladen
- Politikerinnen und Politiker sowie Personen des öffentlichen Lebens verpflichten sich, an die Schulen zu gehen um dort „Gesicht zu zeigen“.
- Der Senat lobt einen Wettbewerb aus, der kreative und intelligente Initiativen von Schulen, Schülervertretungen und Schülerzeitungen zum Thema „Antirassismus und Toleranz“ prämiiert.
- Angebote der Lehrerfortbildung zu aktuellen Ideologien, Erscheinungs- und Organisationsformen des Rechtsextremismus werden erweitert.

2. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss dort stattfinden, wo er sich konkret zeigt. Zivilgesellschaft wie staatliche Institutionen sind gleichermaßen aufgefordert, vor Ort Flagge zu zeigen.

Wir schlagen vor:

- In den Berliner Bezirken müssen, wie in Hohenschönhausen bereits geschehen, Analysen über die Situation im Bezirk in Bezug auf rechtsextreme Anschauungen, Strukturen, Treffpunkte und Jugendkulturen erarbeitet werden.

- In den Bezirken müssen konkrete Aktionspläne für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus erarbeitet werden. Darauf aufbauend müssen gemeinsam mit bezirklichen Akteuren – wie beispielsweise Anwohnern, Gewerbetreibenden, Jugendeinrichtungen, Vereinen – konkrete Handlungskonzepte erstellt werden um z.B. gegen Treffpunkte von Rechtsextremisten im öffentlichen Raum vorzugehen.

- Die Polizei sollte vor den bekannten Treffpunkten rechtsextremer Jugendlicher stärkere Präsenz zeigen.

3. Der Rechtsextremismus fordert flexible Formen der Gegenwehr. Gegen die verbreitete Unsicherheit im Erkennen rechtsextremer Tendenzen und die Hilflosigkeit bei der Entwicklung von Gegenstrategien sollen „Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gegründet werden. Erfahrungen in Brandenburg sprechen dafür, diese Teams auch in Berlin zu gründen und einzusetzen.

Wir schlagen vor:

- Mobile Beratungsteams mit Sozialarbeitern und Fachleuten für rechtsextreme Ideologien, Strukturen und Jugendkulturen zu gründen.

- Sie überall dort einzusetzen, wo es Konflikte mit Rechtsextremisten gibt und wo besonderer Aufklärungsbedarf über Rechtsextremismus besteht, also z.B. in Schulen und Jugendeinrichtungen.

- Sie sollen über rechte Strukturen und Subkulturen aufklären, die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern unterstützen, vor Ort bei der Entwicklung von Gegenstrategien helfen.

- Sie sollen Menschen unterstützen, die Opfer rechtsextremer Bedrohung und Gewalt geworden sind.

4. Die Ächtung von Rassismus und Rechtsextremismus muss eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe sein. Die Politik hat hier eine Vorbildfunktion. In positiver wie negativer Weise.

Wir schlagen vor:

- Gegenüber Rechten Aufmärschen, die nicht verboten werden können, mobilisieren die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen eine das Stadtbild prägende Gemeinsamkeit der Demokraten.
 - Die demokratischen Parteien gehen eine Selbstverpflichtung ein, nicht als Stichwortgeber für Rechtsextremisten zu dienen. Kampagnen, wie die der Kreuzberger CDU im Wahlkampf 1999 („Deutschland muss in Kreuzberg wieder erkennbar sein“ dürfen sich nicht wiederholen.
 - Von den Parteien und dem Senat muss ein eindeutiges Bekenntnis zu Einwanderung und Integration und gegen Ausgrenzung von Menschen nichtdeutscher Herkunft ausgehen. Das Sachleistungsprinzip für Flüchtlinge, ihre Zwangsunterbringung in Vollverpflegungsheimen und die Abschiebepaxis tragen zur Stigmatisierung von Flüchtlingen bei und müssen deshalb beendet werden.
 - Die Politik kommt ihrer Vorbildfunktion auch dadurch nach, dass sie ein effektives Sensorium für rechte Tendenzen innerhalb der staatlichen Institutionen entwickelt und entsprechende Vorfälle ahndet statt sie zu verharmlosen. Das gilt für die Polizei ebenso wie für Behörden.
5. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes muss intensiviert werden. In der aktuelle Debatte erhält die Frage nach dem Ort der Gedenkstätten für Opfergruppen eine besondere Wichtigkeit.
Wir schlagen vor:
- Die Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes an zentraler Stelle der Stadt zu platzieren. Sie dürfen nicht an den Stadtrand verdrängt werden.
 - Auf diffamierende Begriffe wie „Gedenkmeile“ künftig zu verzichten...
6. Sichtbare Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus fordert neue Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit.
Wir schlagen vor:
- Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftsverbänden, Sportvereinen und den darüber reden, wie sie – über die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus in ihrem Bereich hinaus – gemeinsam mit der Politik durch eine Öffentlichkeitskampagne in der Stadt ein Signal gegen Rechtsextremismus setzen können. (Plakate, Fernseh- und Kinospots, Anzeigenaktionen)
 - Am 27.1.2001, dem Tag der Erinnerung an die Opfer des Holocaust, eine Großveranstaltung für Demokratie und Toleranz auf dem Rariser Platz durchzuführen.

7. Antifaschistisches und antirassistisches gesellschaftliches Engagement muss unterstützt werden, statt es zu diskreditieren, zu kriminalisieren und damit an den Rand der Gesellschaft zu drängen.

Wir schlagen vor:

- Antirassistische Initiativen müssen in ihrer Arbeit – auch finanziell – unterstützt werden.
- Die Politik versteht ihre Arbeit als ein Faktor zur Unterstützung des gemeinsamen Anliegens.
- Die Arbeit dieser Initiativen darf nicht länger durch die vom Verfassungsschutz vertretene These, es sei nichts weiter als ein Rekrutierungsinstrument für Linksextremisten, unter Generalverdacht gestellt werden.

8. Die Verkürzung der Auseinandersetzung mit der Gefahr des Rechtsextremismus auf Repression und Verbote ist gefährlich.

Sie nährt die Illusion, das Problem des Rechtsextremismus sei administrativ zu lösen und droht eine Debatte um notwendige gesellschaftliche Gegenstrategien zu verschütten. Rassistisches und autoritäres Gedankengut verschwinden dadurch nicht. Einen Abbau demokratischer Rechte – wie des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit – mit der Begründung des Kampfes gegen Rechtsextremismus ist der falsche Weg. Mehr Bürgerrechte, mehr aktives demokratisches Engagement der richtige.

Berlin, 18. 8. 2000

Anlage

Politikberatung

Die AG formierte sich bereits 1990 als immer deutlicher wurde, dass die Abwehr des zunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ein wichtiges Politikfeld im vereinten Deutschland werden würde. Die seither kontinuierlich wirkende Arbeitsgemeinschaft sieht ihr Tätigkeitsfeld bundesweit, und ihre etwa 40 ständigen und weit über 70 sporadisch mitwirkenden Mitglieder kommen aus den neuen und alten Bundesländern. Dabei handelt es sich um Mitglieder und Sympathisanten der PDS, um Wissenschaftler und Praktiker aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens. Die AG tagt in der Regel vierteljährlich; ihre Leitung obliegt einem periodisch zusammenkommenden Sprecherrat. Ansprechpartner für die AG ist Klaus Böttcher, Mitarbeiter des Parteivorstandes (Tel.: 030/24009 447, Fax: 030/24009 342). Für die Mitarbeit in der AG sind weitere Interessenten stets willkommen.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich seitens der AG eine enge Zusammenarbeit mit ähnlichen Arbeitsgemeinschaften bei den Landesvorständen der PDS, mit den PDS-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen und in letzter Zeit auch mit den PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftungen in Berlin und anderen Bundesländern. Ein produktives Zusammenwirken gibt es mit verschiedensten antifaschistischen Organisationen und Initiativen sowie mit anderen AGs und Interessengemeinschaften in der PDS.

Die Aktivitäten der AG waren und sind recht vielfältig. So fanden in den 90er Jahren gemeinsam mit der Bundestagsgruppe bzw. -fraktion der PDS fast jährlich bundesweite Konferenzen in Berlin, Salzgitter oder in Nürnberg mit mehreren Hundert Teilnehmern statt. Von diesen politisch-wissenschaftlichen Konferenzen gibt es gedruckte Protokolle. Seit 1997 veröffentlicht die AG einen vierteljährlichen gedruckten „Rundbrief“ im Umfang von 20 bis 65 Seiten, in denen neue Studien und Analysen zum bundesrepublikanischen und internationalen Rechtsextremismus, Rezensionen über neue Bücher zur Problematik und mannigfache praktische Erfahrungen aus Kreisen und Ländern über die Abwehr rechtsextremistischer, vor allem neonazistischer Gefahren publiziert werden. Weitere Arbeitsergebnisse waren Materialien zur Politikberatung (besonders Entscheidungshilfen für Mitglieder des Parteivorstandes), Anträge an PDS-Parteitage sowie Vorschläge zur Programm-Diskussion der PDS. Auf Bit-

te von Basisorganisationen und Vorständen der PDS, von antifaschistischen Initiativen stehen Mitglieder der AG auch als Referenten zur Verfügung.

Als nächste größere Veranstaltung findet am Vorabend der Konferenz der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Wegsuche ins 21. Jahrhundert: für Gerechtigkeit, Toleranz und Weltoffenheit – der extremen Rechten kein Feld überlassen“ am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder dort am 17. November 2000 eine vom Parteivorstand der PDS getragene Podiumsveranstaltung mit Gaby Zimmer, Dr. Peter Kreisky (Wien) und anderen Persönlichkeiten zur Problematik „Aus der Geschichte lernen – Aktuelle Erfordernisse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der BRD und in Europa“ statt.

Kontakt:

Klaus Böttcher, Mitarbeiter des Parteivorstandes

Tel.: 030/24009 447, Fax: 030/24009 342

Für solidarisches Handeln. Gegen Ausgrenzung!

Die Gesellschaft im Griff der Rechten.

Dass eine umfassende Auseinandersetzung mit Rechts notwendig ist, daran kann es keinen Zweifel geben. Zu sehr haben die Rechten in diesem (und nicht nur in diesem) Land, die gesellschaftliche, politische und kulturelle Öffentlichkeit in ihrer Hand. Zu sehr dominieren und prägen rechte Politikmuster und die sie legitimierenden Grundwerte, Menschenbilder und Gesellschaftsideale das tägliche Leben in dieser Gesellschaft. Zu sehr strukturieren sie sämtliches politisches und soziales Denken und Handeln in diesem Land.

Schlimmer noch: Sie bestimmen die Voraussetzungen und Vorzeichen, unter denen politische Lösungskonzepte für bestehende Probleme akzeptiert und als reale politische Optionen und Alternativen überhaupt diskutiert werden dürfen. Der marktradikale Neoliberalismus mit seinem rücksichtslosen und ausgrenzenden Pathos hat sich als die dominante geistige Strömung unserer Tage tief in das politische und soziale Denken und Handeln der meisten Menschen eingegraben.

Entsolidarisierung als vorherrschendes Einstellungsmuster.

Zu den Gewinnern zu gehören, Erfolg zu haben und sich im Konkurrenzkampf gegen die anderen durchzusetzen, das sind die wesentlichen Zielvorgaben, die vor allem junge Menschen als Ideale vermittelt bekommen. Von den Eltern, den öffentlichen Bildungsinstanzen wie Schule und Universität ebenso, wie von der offiziellen Politik und den traditionellen und modernen Massenmedien.

Besonders die Wirtschaft am STANDORT DEUTSCHLAND hofft auf flexible und aufopferungsvolle LeistungsträgerInnen. Doch dieses Dazugehören beinhaltet vor allem, sich autoritäre, sozial ungerechte, ausgrenzende und unsolidarische Einstellungen eigen zu machen und diese auch tagtäglich zu praktizieren. Treten nach unten und buckeln nach oben, oder mit einem Satz: Rechts-sein ist wieder normal.

Seinen krassesten Ausdruck findet diese politische Entwicklung in dem Erstarken des organisierten Rechtsradikalismus, vor allem seit dem Beginn der

90er Jahre. Diesen brutalen Rechtsradikalismus findet sogar der Mainstream widerlich, ohne sich allerdings über seine geistigen Parallelen und Gemeinsamkeiten mit ihm klarzuwerden.

Rechts außen oder einfach nur Mittendrin?

Plattenbau, Ost-Berlin, Wendeopfer, zerrütete Familie und keine Ausbildung bzw. Arbeit – so oder ähnlich lautet oft das vorschnelle Urteil, wenn es darum geht, zu begründen, warum junge BerlinerInnen rechten, nationalistischen, ausländerfeindlichen und faschistoiden Gedanken und Ideologien „verfallen“. Also eine begrenzte Gruppe von sog. Modernisierungsverlierern, welche an den (rechten) Rand der Gesellschaft gedrückt wurde.

Nur so einfach ist es nicht: Nationalistisches, rechtsextremes und faschistoides Gedankengut sind nicht nur bei „orientierungslosen“ Jugendlichen zu finden. Es sind Probleme, die nicht vom Rand der Gesellschaft, sondern aus ihrer eigenen Mitte heraus erwachsen. Jenseits von tatsächlicher oder vermeintlicher sozialer Randgruppe, sind diese menschenverachtenden Einstellungen nämlich in allen Altersgruppen und sozialen Schichten der Bevölkerung präsent.

Wer also bei Rechts nur an brandschatzende Stiefelfaschisten denkt und sich dementsprechend auf eine antifa-aktionistische oder sozialarbeiterische Praxis beschränkt, der hat den Umfang dieses Problems nicht erfaßt, sondern sitzt lediglich der Problembeschreibung eines selbstverliebten Mainstreams auf, der selber jedwede kritische und an die Wurzeln gehende Auseinandersetzung mit rechtem Denken und Handeln abzuwehren versucht. Und dies aus gutem Grund, würde doch eine eben solche, im eigentlichen Begriffssinne radikale Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rechts an den Grundfesten dieses gesellschaftlichen Mainstreams rütteln.

Standort befiel, wir folgen dir!

Der Nationalismus der Neuen Mitte.

Zu diesen Grundfesten gehört vor allem die weite Verbreitung rechter (auch nicht-faschistischer) Ideologien und Wertesysteme, wie sie etwa in der geistigen Strömung des modernen Konservatismus zum Ausdruck kommt. In zwei Dingen wird diese rechte Vorherrschaft in den Köpfen vieler Menschen besonders deutlich:

Zum einen in der scheinbaren Alternativlosigkeit der bestehenden, sozial und politisch ungerechten Verhältnisse. Diese werden von einem überwiegenden Teil der Gesellschaft als naturgegeben und unveränderlich einfach hingenommen und ebensowenig kritisiert, wie die daraus hervorgehenden

Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Politische und soziale Alternativen zum Bestehenden werden von vornherein ausgeschlossen und wahlweise mit dem Verweis auf den gescheiterten Staatssozialismus, auf ein drohendes Chaos oder einfach nur mit einer angeblichen Unnatürlichkeit sozial und politisch gerechter Verhältnisse diskreditiert.

Zum anderen wird die rechte Hegemonie in der konsequenten Durchsetzung marktförmiger und autoritärer Denk- und Handlungsmuster in jeglichen sozialen Lebensbereichen und Politikfeldern deutlich. Alles und jeder wird primär auf eine betriebswirtschaftliche Größe reduziert, die sich rechnen muss. Zum gefühlsmäßigen Ausgleich wird uns Nationalismus, Wohlstandschauvinismus u.ä. in allen seinen Facetten als eine Art sozialen Klebstoff dargeboten. Besonders krass spiegelt sich dies in der allumfassenden Standort- und Wettbewerbsideologie wieder. Diese greift den latenten Nationalismus ebenso auf, wie sie den auf Ausgrenzung und Entsolidarisierung zielenden Wohlstandschauvinismus samt law-and-order-förmigen INNERE SICHERHEIT-Diskurs nach sich zieht. Nicht zufällig fallen soziale und politische Ausgrenzung und der abgestufte Abbau von grundlegenden Bürger- und Menschenrechten zusammen.

Die Antifaschistische Clubtour 2000. Linke Alternativen zum rechten Alltag.

Die Auseinandersetzung mit Rechts in allen seinen Schattierungen und Ausprägungen zu führen, ist das zentrale Anliegen der Antifaschistischen Clubtour 2000 von ['solid] Berlin. Selbstverständlich kann eine wirksame Auseinandersetzung mit Rechts -bei aller notwendigen Einordnung in größere gesellschaftspolitische Zusammenhänge, Strukturen und Prozesse- dabei nicht abstrakt geführt werden. Vielmehr wollen wir im Rahmen der Antifaschistischen Clubtour wichtige politische Felder nachzeichnen, auf denen eine Auseinandersetzung mit rechter Ideologie und Praxis möglich und notwendig ist.

Egal, ob die rechtlichen und sozialen Ausschlußmechanismen im deutschen Bildungssystem noch mehr erweitert oder die Situation von AusländerInnen und Flüchtlingen noch weiter verschärft wird. Egal, ob unter dem Vorwand einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung biologistische Bevölkerungspolitik in den Staaten der sog. Dritten Welt betrieben oder ob die weitere Re-Militarisierung der deutschen Außenpolitik mittels weltweit operierender Bundeswehr und NATO/WEU betrieben werden soll. Wir wollen im Rahmen unserer Clubtour möglichst viele politische Felder auf rechte ideologische Versatzstücke wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus in seinen spezifischen Ausprägungen und Ursachen

in der politischen Alltagspraxis hin untersuchen. Ebenso wollen wir die Formierung von linkem Widerstandspotential anregen und unterstützen und uns an der Diskussion und Formulierung von konkreten linken Alternativen zu den vorherrschenden Entwicklungswegen beteiligen.

Linke Politik heißt Aktion, Bildung und Kultur.

Um unseren Ansprüchen an eine junge und linke Politik gerecht werden zu können, werden wir uns bei dieser Veranstaltungsreihe auf drei wesentliche Elemente politischer Praxis besonders konzentrieren:

- Erstens die Verbindung politischer Aufklärung und Bildung mit alltäglichen Konflikten und konkreten Problemlagen, also deren Einbettung in ihre gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge.
- Zweitens die Motivation anderer junger Menschen zu einer eigenständigen, reflektierten und möglichst umfassenden linken Politikpraxis, egal in welchen organisatorischen Zusammenhängen sie diese primär umsetzen wollen und können.
- Drittens die Verknüpfung von politischer Aktion und Diskussion mit einer eigenständigen linken Kultur. Letzteres betrifft nicht nur das selbstbewußte Ausleben und Ausprägen einer eigenständigen kulturellen Identität, die die Pluralität verschiedener Lebensstile und Ausdrucksformen respektiert, dabei aber die Herausbildung gemeinsamer linker Grundüberzeugungen fördert. Es schließt auch die bewußte Auseinandersetzung mit den alltäglichen Verhaltensweisen unter Linken selber und gegenüber vermeintlich unpolitischen jungen Menschen mit ein.

Kontakt:

[solid] Berlin, Oderberger Straße 47, 10435 Berlin

tel. 030/44052311, fax 030/44052313

e-mail: info@solid-berlin.de, web: www.solid-berlin.de

Pressearchiv und Bildungszentrum

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (APA-BIZ) informiert seit 1989 über die Entwicklungen des Rechtsextremismus. Wir fördern und vernetzen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Unsere Angebote richten sich an alle, die mit rechtsextremer Gewalt, neofaschistischer Organisierung, rassistischen Übergriffen oder der Verbreitung von völkischen und menschenverachtenden Ideologien konfrontiert sind. Dem Wiedererstarken rechtsextremer Ideologien entgegenzutreten, erfordert Entschlossenheit, Kreativität und Wissen. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Unsere MitarbeiterInnen beobachten seit Jahren die Entwicklungen rechtsextremer Parteien und Organisationen, der militanten Neofaschisten, der rechtsextremen und neofaschistischen Medien und vor allem der Einflussnahme auf verschiedene Spektren der Jugendkultur wie z.B. Skinheads oder Dark Wave. Für Recherchen halten wir unser umfangreiches Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in Deutschland ist. Wir verfügen über rechtsextreme und neofaschistische Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der neunziger Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Sondersammlungen

Wir verfügen über weitere Sammlungen, deren Bestand wir erhalten und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. 1995 übernahmen wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit. Die Sammlung von PfiFF, dem Projekt für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin, das über mehrere Jahre die Entwicklung der sogenannten „Neuen Rechten“ verfolgte, wird von uns verwaltet. 1999 konnten wir das Foto- und Redaktionsarchiv der Deutschen Volkszeitung (DVZ) – die tat vor der Vernichtung bewahren. Zur Zeit bereiten wir das DVZ-Fotoarchiv für die öffentliche Nutzung vor.

Kommunikation

Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Die Aufklärung über die Ideologie des Rechtsextremismus und das Wissen über die Arbeitsweise von neonazistischen Organisationen und Vereinigungen sind wichtige Argumente gegen Rechts.

Da sich unsere Analysen und Einschätzungen nur durch die konkrete Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus weiterentwickeln, sind wir immer an euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren mit euch gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen euch in unseren Verteiler auf.

Unser Archiv ist jeden Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr geöffnet. Weitere Termine vereinbaren wir gerne nach vorheriger Absprache. Außerhalb unserer Öffnungszeiten könnt ihr telefonisch, schriftlich oder per e-mail um Informationen anfragen.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungswerk e.V.
Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin
tel/fax 030-6116249
e-mail mail@apabiz.de (pgp-key available)
<http://www.apabiz.de>

... und Bildungszentrum

Unsere MitarbeiterInnen beobachten seit Jahren die Entwicklungen rechts-extremer Parteien und Organisationen, der militanten Neofaschisten, der rechtsextremen und neofaschistischen Medien und vor allem der Einflussnahme auf verschiedene Spektren der Jugendkultur wie z.B. Skinheads oder Dark Wave.

Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Mädchen im Rechtsextremismus, Neofaschismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Jugendsubkulturen, Rassismus sowie Praxistips.

Die meisten Vorträge können sowohl als Abendveranstaltungen oder als Tages- oder Wochenendseminar gehalten werden. Auf Wunsch bereiten wir mit euch gerne spezielle Gruppenseminare, Workshops in Schulen, Vortragsreihen oder Wochenendseminare vor.

Bei Interesse wendet euch einfach an unsere AG Bildung oder fordert unseren ReferentInnen-Katalog an.

Spenden

Unsere umfangreiche Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Daher bitten wir euch um Spenden, wenn ihr unsere Angebote nutzt. Wer unser Projekt laufend unterstützen möchte, kann Fördermitglied werden. Spenden an unseren gemeinnützigen Verein sind steuerlich absetzbar.

Interessante web-adressen (Auswahl)

www.Infolinks.de/suche.htm – Suchmaschine Antifaschismus

www.Ivvdn.de/antifa/index.htm – antifaschistisches Monatsmagazin

www.Antifa.de/index.html – Antifaschistische Aktion Berlin

www.Nadir.org/na.dir – strömungsübergreifendes Informationssystem zu linker Politik und sozialen Bewegungen

www.antifa.net – europäisches antifaschistisches Netzwerk

www.berlinet.de/ari – Antirassistische Initiative

www.amadeu-antonio-stiftung.de – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

www.bnr.de – Blick nach rechts, Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten

www.magenta.nl/crosspoint/brd.html – Crosspoint Anti Racisme – German Organisations

www.wiesenthal.com:80/watch.index.html – CyberWatch of Simon-Wiesenthal-Center

www.NADESHDA.org – Dokumentensammlung

www.Netzgegenrechts.de – Infoportal zum Rechtsextremismus von deutschen Zeitungen und Sendern

www.opferperspektive.de – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg

www.zdk-berlin.de – Zentrum für demokratische Kultur

www.burks.de – enthält sehr gut Linksammlung antifaschistischer und faschistischer Seiten im Internet

Stand: August 2000